

A2 Mitgliederbeteiligung bei der Konzeption von Wahlkampagnen

Antragsteller*in: Reinhard Jurk (KV Fürstenfeldbruck)

Tagesordnungspunkt: Fortsetzung TOP 7 Anträge

1 Der Landesverband Bayern wird aufgefordert, die Mitglieder der Partei frühzeitig
2 und umfassend in die thematische und konzeptionelle Gestaltung zukünftiger
3 Wahlkampagnen einzubinden. Diese Einbindung soll sowohl für Wahlkampagnen auf
4 kommunaler und Landesebene erfolgen und bereits in der Planungsphase beginnen.
5 Der Landesverband soll sich darüber hinaus auch für entsprechende Maßnahmen auf
6 Bundesebene in geeigneter Form einsetzen.

7 Ziel des Antrags:

- 8 • Verbesserung der Kampagnenqualität, insbesondere auch hinsichtlich der
9 Originalität, der Anwendbarkeit auch auf Nicht-Städtische Themen und der
10 Skalierbarkeit des Konzepts auf Soziale Medien.
- 11 • Sicherstellung eines transparenten und offenen Dialogs zwischen Parteiführung
12 und Mitgliedern.
- 13 • Frühe Einbindung der Parteibasis in die thematische Ausrichtung und
14 Strategieplanung von Wahlkampfkampagnen.
- 15 • Stärkung der innerparteilichen Demokratie und Förderung des Zusammenhalts
16 innerhalb der Partei.

17 Vorgeschlagene Maßnahmen zur Umsetzung:

- 18 • Einrichtung regelmäßiger, öffentlicher (Voraussetzung: Mitglied)
19 Konsultationen und Workshops zur Entwicklung von Wahlkampfthemen und -konzepten;
20 ggf. unter Aufsetzen einer Arbeitsgruppe analog der bestehenden LAGs.
- 21 • Schaffung von digitalen Plattformen, auf denen Mitglieder ihre Ideen und
22 Vorschläge einbringen können.
- 23 • Einberufung einer parteiinternen Arbeitsgruppe, die aus Vertretern der
24 Parteiführung, der Basis und Fachleuten besteht, um die Ergebnisse der
25 Konsultationen in konkrete Kampagnen umzusetzen.
- 26 • Regelmäßige Berichterstattung über den Stand der Wahlkampfplanung an die
27 Parteimitglieder.

Begründung

Unsere Partei lebt von der aktiven Mitwirkung und dem Engagement ihrer Mitglieder. Die Basis bildet das Fundament unserer politischen Arbeit und sollte daher stärker in die strategische Ausrichtung von

Wahlkampagnen einbezogen werden. Dies gilt insbesondere für die inhaltliche Schwerpunktsetzung und die konzeptionelle Planung, die wesentlich für den Erfolg unserer Kampagnen sind.

Das Feedback zu der Kampagnengestaltung, sowohl von Mitgliedern als auch von vielen Bürger*innen an den Wahlkampfständen vor Ort, war in den letzten Wahlkämpfen überwiegend negativ. Themenauswahl sowie optische Gestaltung der Materialien wurden oft als ungeeignet, zu unauffällig und als nicht originell bezeichnet.

Durch eine frühzeitige Beteiligung der Mitglieder können die Ideen und Bedürfnisse aus der Parteibasis besser in die Wahlkampfplanung einfließen, was zu einer stärkeren Identifikation mit den Kampagnen führen kann. Gleichzeitig wird dadurch das politische Profil unserer Partei geschärft, da der Dialog zwischen Mitgliedern und Führungsspitze zu einer breiteren und fundierteren Themenauswahl beiträgt.

Diese Schritte sollten zu einer stärkeren Identifikation der Mitglieder mit der Partei sowie zu erfolgreicherem Wahlkämpfen führen.

Unterstützer*innen

Holger Schmidt-Endres (KV Fürstenfeldbruck), Stefan Haas (KV Dachau), Anton Speierl (KV Dachau), Heike Demant (KV Fürstenfeldbruck), Heide Kuckelkorn (KV Fürstenfeldbruck), Elke Struzena (BV Bundesverband), Kamran Michael Salimi (KV Fürth-Stadt), Christoph Appel (KV Haßberge), Lara Appel (KV Haßberge), Alexander Rohde (KV Freyung-Grafenau), Hans-Heinrich Sautmann (KV Fürstenfeldbruck), Hans-Dieter Manger (KV Aschaffenburg-Land), Manuela Rottmann (KV Bad Kissingen), Felix Gerstner (KV Neustadt/Aisch-Bad Windsheim), Martin Züchner (OV Neuhausen-Nymphenburg), Nicola Tews (KV Aschaffenburg-Stadt), Ulrike Schweiger (KV Berchtesgadener Land), Robert Blasius (KV Unterallgäu), Kay Paulick (KV Rosenheim), Bettina Markl (KV Pfaffenhofen), Frédérique Schmidt-Baricault (KV Fürstenfeldbruck), Manfred Herrmann (KV Neumarkt), Julia Probst (KV Neu-Ulm), Gabriele Masch (KV München), Alexander Schnapper (KV Ansbach), Christian Hartranft (KV München), Philipp Jonsson (KV Fürstenfeldbruck), Christian-Ulrich Sauter (KV Erlangen-Stadt), Tanja Josche (KV Roth), Katharina Bach (KV Ansbach), Jakob Baiz (KV Fürstenfeldbruck), Elisabeth Schleburg (KV Ostallgäu), Rudolf Schmidhuber (KV Mühldorf), Evelyn Meyer (KV Fürth-Land), Karin Scherer (KV Erlangen-Land), Philipp Schwertner (KV Ansbach), Erich Hinderer (KV Main-Spessart), Lukas Schorer (KV Neuburg-Schrobenhausen), Christina Mader (KV Oberallgäu), Edith Thomalla (KV Oberallgäu), Gabriele Graswald-Vidovic (KV München)

A3 Mehr Schutz, finanzielle und rechtliche Unterstützung für Frauen, die mit ihren Kindern in Frauenhäusern leben.

Gremium: LAG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 16.09.2024

Tagesordnungspunkt: Fortsetzung TOP 7 Anträge

1 In Bayern gibt es aktuell (Stand März 2023) 41 staatlich geförderte und drei
2 nicht staatlich geförderte Frauenhäuser, sie verfügen über 389 Plätze für Frauen
3 und mindestens 440 Plätze für mitbetroffene Kinder. Dem gegenüber stehen 50.000
4 Frauen, die jährlich in Bayern Opfer von häuslicher Gewalt werden. Viele von
5 ihnen suchen Schutz und Hilfe in Frauenhäusern, sowohl auf dem Land als auch in
6 der Stadt.

7 Wir wollen Frauen, die von Gewalt betroffen sind, nicht allein lassen. Die
8 Istanbul - Konvention macht seit 2017 deutlich, dass alle gewaltbetroffenen
9 Frauen und Mädchen ein Recht auf niedrigschwellige, spezialisierte,
10 barrierefreie und diskriminierungsfreie Unterstützung haben.

11 Daher fordern wir von der Landesregierung folgende Maßnahmen:

12 **1. Breit aufgestellte Hilfe:**

13 Interventionsstellen, ambulante Fachberatung für Frauen mit Gewalterfahrung,
14 Frauenhäuser, Second Stages, Fach-Täter:innenarbeit sollen auskömmlich
15 finanziert werden, alle haben Ihre Bedeutung und sollen nach Bedarfen finanziert
16 werden.

17 **2. Möglichkeit psychologischer Betreuung vor Ort:**

18 Psycholog:innen, die regelmäßig in den Einrichtungen, für Anamnese und
19 Diagnostik der von Gewalt betroffenen Frauen und deren Kinder zur Verfügung
20 stehen.

21 **3. Stärkung der Fach-Täter:innenarbeit:**

22 Maßnahmen, wie Anti-Aggressions-Trainings sind im Umgang mit Gewalttäter:innen
23 essentiell. Ihre Bedeutung im Rahmen der Fach-Täter:innenarbeit soll auch in der

24 Rechtsprechung mehr Berücksichtigung finden, z.B. als Bedingung für den weiteren
25 Umgang mit Minderjährigen.

26 **4. Pflichtschulungen an Familiengerichten:**

27 Das Land Bayern wird aufgefordert, Richter:innen in Familiengerichten zu
28 Fortbildungen und Schulungen zum Thema Kindeswohl zu verpflichten. Damit sollen
29 Richter:innen befähigt werden, der Istanbul Konvention gemäß zu urteilen.

30 **5. Bevorzugung des Residenzmodells bei Frauenhausaufenthalten:**

31 Bei Familiengerichten soll das Residenzmodell im Falle eines Aufenthalts in
32 einem Frauenhaus dem Wechselmodell gegenüber den Vorzug gegeben werden. Das
33 Bundesverfassungsgericht hat in einem Beschluss aus dem Jahr 2021 bereits darauf
34 hingewiesen, dass ein Wechselmodell nicht zwangsweise angeordnet werden darf.
35 Vielmehr sei eine individuelle Prüfung der für die Ausgestaltung der elterlichen
36 Sorge entscheidenden Gesichtspunkte vorzunehmen. Viele Familiengerichte
37 favorisieren für Frauen und Kinder und deren Väter nach Frauenhausaufenthalten
38 nach wie vor das Wechselmodell. Dies ist fragwürdig. Wir fordern die
39 Familiengerichte auf, den Beschluss von 2021 zu beachten.

40 **6. Anwendung der Cochemer Praxis für Kinder unter 10 Jahren:**

41 Um Druck und Stress für die betroffenen Kinder unter 10 Jahren zu reduzieren,
42 fordern wir, dass ihre Anhörungen zu Hause durchgeführt werden. Zur Durchführung
43 sind interdisziplinäre Weiterbildungen für die Familiengerichte notwendig.

Unterstützer*innen

Raluca Behrens (KV Dachau), Katharina Wittig (KV München), Patrizia Siontas (KV Erlangen-Land), Evelyn Eckert (KV München), Heide Kuckelkorn (KV Fürstfeldbruck), Georg Ashton (KV München), Lendita Musliji (KV München), Gabriele Lukschik (KV München), Fabian Sauer (KV München), Harald Schmidt (KV München), Mia Peters (KV München), Katrin Grünbaum (KV Fürth-Stadt), Kamran Michael Salimi (KV Fürth-Stadt), Stephan Kadur (KV Fürth-Stadt), Philipp Steffen (KV Fürth-Stadt), Johannes Newald (KV Fürth-Stadt), Julia Rupp (KV Fürth-Stadt), Karolina Novinscak Kölker (KV München), Gabriele Masch (KV München), Anneliese Droste (KV Neustadt-Waldnaab), Christine Garibasch (KV Neumarkt), Hannah Quaas (KV Schwandorf), Doris Wagner (KV München), Tina Winklmann (KV Schwandorf), Lucas Pöllinger (KV Schwandorf), Maria Krieger (KV Kelheim), Dieter Janecek (OV Neuhausen-Nymphenburg), Helene Sigloch (KV Regensburg-Stadt), Michael Sasse (KV Rosenheim), Madeleine Schneider (KV Tirschenreuth), Peter Brückner (KV Würzburg-Land), Monir Shahedi (KV Regensburg-

Stadt), Susanne D Alessandro (KV München), Sarah Onken (KV Ebersberg), Stefan Schmidt (KV Regensburg-Stadt), Bernhard Zimmer (BV KPV Bayern), Jessica Hecht (KV Würzburg-Land), Johannes Wagner (KV Coburg-Stadt), Verena Machnik (KV Starnberg), Alexander Rohde (KV Freyung-Grafenau), Oliver Groth (KV Regensburg-Stadt), Maximilian Breu (KV Freising), Harald Neumann (KV Neustadt-Waldnaab), Britta Jacob (KV Dachau), Jutta Koller (KV München), Ulrike Schweiger (KV Berchtesgadener Land), Marie-Christine Scholz (KV Regensburg-Stadt), Bernd Leuthäusser (KV Coburg-Stadt), Johannes Rückerl (KV Regensburg-Stadt), Patrizia Siontas (KV Erlangen-Land), Georg Kreis (KV Neustadt-Waldnaab), Ramona Rümelin (KV Freising), Frédérique Schmidt-Baricault (KV Fürstenfeldbruck), Alexander Schnapper (KV Ansbach), Julia Post (KV München), Tim-Luca Rosenheimer (KV Bamberg-Land), Philipp Jonsson (KV Fürstenfeldbruck), Jonas Werner (KV Erlangen-Stadt), Katharina Bach (KV Ansbach), Regina Hammerl (KV Regensburg-Land), Reinhard Jurk (BV KPV Bayern), Raluca Behrens (KV Dachau), Peter Knoff (KV Regensburg-Stadt), Karin Scherer (KV Erlangen-Land), Philipp Schwertner (KV Ansbach), Rebecca Lenhard (KV Nürnberg-Stadt), Lendita Musliji (KV München), Gabriele Graswald-Vidovic (KV München)

A4 Moore, Wiesen, Auen: Wir wollen den Natürlichen Klimaschutz umfassend stärken

Gremium: LAG Ökologie
Beschlussdatum: 13.09.2024
Tagesordnungspunkt: Fortsetzung TOP 7 Anträge

1 Natürliche CO₂-Speicher nehmen etwa 50 Prozent der menschengemachten
2 Treibhausgasemissionen aus der Atmosphäre auf. Das bedeutet: Damit wir die
3 Klimakrise wirksam bekämpfen, brauchen wir dringend den Natürlichen Klimaschutz.
4 Dabei kommt es vor allem darauf an, dass wir natürliche Lebensräume wie Auen,
5 Moore, Flüsse, Wiesen, Wälder und Böden gezielt stärken, reparieren und
6 bestenfalls wiederherstellen. Denn viele Lebensräume sind seit Jahrzehnten in
7 einem schlechten Zustand oder wurden dauerhaft zerstört.

8 Dabei gewinnen wir mit einer naturverträglichen Landnutzung für uns Menschen
9 enorm viele Vorteile. Wir reduzieren die Gefahr zerstörerischer Klimafolgen wie
10 Hochwasser und Dürre. Gleichzeitig sichern wir die Lebensmittelversorgung,
11 schützen unser Trinkwasser und binden CO₂. Kombiniert mit nachhaltigen
12 Bewirtschaftungsformen erzeugen wir zudem regionale Wertschöpfung und
13 Einkommensquellen in der Landwirtschaft. Wir wollen gesunde Lebensräume erhalten
14 und schaffen, indem wir Maßnahmen für den Natürlichen Klimaschutz umsetzen, die
15 gleichzeitig dem Naturschutz, dem Wasserschutz und dem Bodenschutz dienen.

16 Wir bayerische Grüne fordern daher:

- 17 • Wir wollen gezielt Auen und Moore umfassend schützen, wiedervernässen und,
18 wo möglich, wiederherstellen.
- 19 • Der Natürliche Klimaschutz und der Naturschutz werden als überragend
20 öffentliches Interesse eingestuft.
- 21 • Wir setzen uns für flexibel anpassbare Maßnahmen für den Natürlichen
22 Klimaschutz und Naturschutz ein, denn gute Lösungen erreichen wir
23 hauptsächlich gemeinsam mit den Nutzer*innen vor Ort. Bereits bestehende
24 regionale und gut funktionierende Maßnahmen wollen wir unterstützen und
25 weiterentwickeln.
- 26 • Artenreiche Weideflächen und Wiesen sind wichtige CO₂-Speicher und leisten

27 traditionell einen wichtigen Beitrag für die Biodiversität. Weidehaltung
28 wollen wir daher finanziell fördern und ausbauen.

- 29 • Viele Flächen für den Natürlichen Klimaschutz und Naturschutz sind in
30 keinem guten Zustand. Wir fordern, dass diese Flächen zeitnah und
31 nachhaltig gut gemanagt werden und dafür notwendiges Personal
32 bereitgestellt wird.

- 33 • Wir wollen wertvolle Flächen für den Naturschutz sowie
34 Landwirtschaftsflächen für eine umweltverträgliche Landwirtschaft sichern.
35 Landschaftlich wertvolle Nutzflächen müssen erhalten bleiben. Dem
36 Flächenfraß schieben wir endlich wirksam den Riegel vor.

- 37 • Für die Programme, die Umsetzung der Maßnahmen und für das Fachpersonal
38 müssen ausreichend finanzielle Mittel bereitgestellt werden.

Unterstützer*innen

Bernhard Zimmer (BV KPV Bayern), Susann Freiburg (KV Lichtenfels), Hans-Dieter Manger (KV Aschaffenburg-Land), Maria Krieger (KV Kelheim), Alexander Rohde (KV Freyung-Grafenau), Maximilian Breu (KV Freising), Robert Blasius (KV Unterallgäu), Bettina Markl (KV Pfaffenhofen), Manfred Herrmann (KV Neumarkt), Mareen Kutsch (KV München), Gabriele Masch (KV München), Helga Mandl (KV Traunstein), Katrin Grünbaum (KV Fürth-Stadt), Flora Weichmann (KV Starnberg), Paulus Maximilian Guter (KV Erlangen-Stadt), Viola Grießhammer (KV Ansbach), Anne Schmitt (KV Bamberg-Land), Bernhard Schüßler (KV München-Land), Sven Altendorfer (KV Schweinfurt), Kornelia Haslbeck (KV Pfaffenhofen), Christian-Ulrich Sauter (KV Erlangen-Stadt), Elisabeth Schleburg (KV Ostallgäu), Claudius Rafflenbeul-Schaub (KV Miesbach), Rudolf Schmidhuber (KV Mühldorf), Karin Scherer (KV Erlangen-Land), Philipp Schwertner (KV Ansbach), Rita Petra Keller (KV Augsburg-Stadt)

A5 Willkommen Arbeitskräfte! – Bundesgesetze zur Arbeits- und Fachkräfteeinwanderung konsequent umsetzen und Willkommenskultur entwickeln

Antragsteller*in: Stefan Schmidt (KV Regensburg-Stadt)

Tagesordnungspunkt: Fortsetzung TOP 7 Anträge

1 Bayern hat ein enormes Arbeits- und Fachkräfteproblem. Ob in der Pflege, in
2 Kitas, im Handwerk, im Transport oder im Restaurant – das fehlende Personal
3 macht sich schon heute in vielen Berufen bemerkbar. Laut einer Untersuchung des
4 Instituts der deutschen Wirtschaft mangelte es schon 2022 an 160.000
5 qualifizierten Arbeitskräften in Bayern – Tendenz steigend. Der Personalmangel
6 hemmt das wirtschaftliche Wachstum, die Innovationskraft und die
7 Wettbewerbsfähigkeit. Allein 2022 verursachte der Arbeits- und Fachkräftemangel
8 einen Wertschöpfungsverlust von 17 Milliarden Euro in Bayern.[\[1\]](#)

9 Stark vom Personalmangel betroffen ist auch die Tourismusbranche. Es fehlen
10 Arbeits- und Fachkräfte im Wirtshaus, im Hotel und im Freizeitpark. Allein in
11 der Gastronomie und Hotellerie sind aktuell etwa 15.000 Stellen in Bayern
12 unbesetzt. Es fehlt an Köch*innen, Hotelfachleuten und Servicekräften. Das ist
13 dramatisch für das Reiseland Bayern, das mit den mit Abstand am meisten
14 Übernachtungen in Deutschland das beliebteste Urlaubsland ist. Besonders stark
15 unter dem Arbeits- und Fachkräftemangel leidet vor allem der ländlich geprägte
16 Teil Nord- und Ostbayerns. Der demografische Wandel ist dort stärker ausgeprägt
17 als in den urbanen Regionen. Und die vakanten Stellen können nicht so schnell
18 nachbesetzt werden. In der Folge fehlen besonders viele Arbeitskräfte in den
19 Regionen rund um Kronach, Neustadt a.d. Waldnaab oder Tirschenreuth.[\[2\]](#)

20 Der Bedarf an Arbeits- und Fachkräften kann nicht rein durch inländische
21 Potenziale gedeckt werden, deshalb sind wir auf Arbeits- und Fachkräfte aus dem
22 Ausland angewiesen, um unseren Wohlstand auch in Zukunft zu sichern. Laut
23 Berechnungen der Agentur für Arbeit liegt der Bedarf an ausländischen Arbeits-
24 und Fachkräften bundesweit bei jährlich etwa 400.000 Personen. Wenn die Söder-
25 Regierung sich bei der Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte ausschließlich
26 auf qualifizierte und hochqualifizierte Fachkräfte beschränken möchte und diese
27 auch nur dann in Erwägung zieht, „wenn Lücken kurzfristig geschlossen werden
28 müssen und gleichzeitig keine entsprechend qualifizierten heimischen
29 Arbeitskräfte zur Verfügung stehen“[\[3\]](#), dann hat sie nicht verstanden, wie
30 existentiell ausländische Arbeits- und Fachkräfte für die Sicherung unseres
31 Wohlstands sind.

32 **Bundestag hat Weg für ausländische Arbeits- und Fachkräfte geebnet**

33 Der Bundestag hat entscheidende Weichen gestellt, um das Potential ausländischer
34 Arbeits- und Fachkräfte anzuheben. Mit der Weiterentwicklung des
35 Fachkräfteeinwanderungsgesetzes, mit dem Chancenaufenthaltsrecht und mit dem
36 Staatsangehörigkeitsrecht haben wir wichtige Bausteine einer modernen
37 Einwanderungs- und Integrationspolitik geschaffen. Das
38 Fachkräfteeinwanderungsgesetz erleichtert die Einwanderung zur Ausbildung und
39 zum Arbeiten enorm: Der Zugang in den deutschen Arbeitsmarkt wird vereinfacht
40 und entbürokratisiert, die berufliche Praxis des ausländischen Personals wird in
41 den Fokus gerückt und ein transparentes Punktesystem eingeführt.

42 Das Chancenaufenthaltsrecht bietet berufliche Perspektiven für mehr als 130.000
43 Geduldete, die zum Stichtag 31.10.2022 seit mind. fünf Jahren in Deutschland
44 leben. Ihnen ermöglichen wir, innerhalb von 18 Monaten die Voraussetzungen zu
45 erfüllen, um dauerhaft in Deutschland bleiben zu können. Dabei haben wir Grüne
46 im Bundestag einen echten Meilenstein erreicht: Wir ermöglichen endlich den sog.
47 Spurwechsel! Damit geben wir Geflüchteten, die kein Asyl erhalten, aber seit
48 Jahren bei uns leben, die Chance, dauerhaft bei uns zu bleiben und bereiten
49 ihnen den Weg in den Arbeitsmarkt und in unsere Gesellschaft.

50 Und das neue Staatsangehörigkeitsrecht ist entscheidend, um sicherzustellen,
51 dass sich dringend benötigte Arbeitskräfte für Deutschland entscheiden und
52 langfristig hierbleiben. Deswegen haben wir die Einbürgerungsfristen verkürzt
53 und die doppelte Staatsangehörigkeit ermöglicht. Die Perspektive, deutsche*r
54 Staatsbürger*in zu werden und mitentscheiden zu dürfen, stärkt Deutschlands
55 Stellung als Einwanderungsland, verbessert die Integration und sorgt für einen
56 besseren sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

57 Die Gesetzgebung des aktuellen Bundestages zeigt schon jetzt erste Erfolge und
58 birgt noch großes Potential: Das Chancenaufenthaltsrecht hat bisher etwa 60.000
59 Menschen in Deutschland ein dauerhaftes Bleiberecht beschert, davon etwa 7.500
60 in Bayern. Gleichzeitig ist klar: Ihr volles Potential kann die Gesetzgebung des
61 Bundestages nur entfalten, wenn auch die Landesregierungen mitspielen.

62 **Bündnis 90/Die Grünen fordern:**

63 **I. Bessere Aufnahme ausländischer Arbeits- und Fachkräfte**

64 **1. Willkommenskultur in Bayern verbessern**

65 Bayern steht im Wettbewerb um ausländische Arbeits- und Fachkräfte. Zu häufig
66 verliert Bayern aber diesen Wettbewerb. Einer der Gründe liegt in den
67 Diskriminierungserfahrungen, die ausländischen Arbeits- und Fachkräfte noch

68 immer erleben, ob bei der Wohnungssuche oder im Kontakt mit Ausländerbehörden.
69 Diese Erfahrungen sind laut einer OECD-Untersuchung auch einer der Hauptgründe,
70 warum nach ihrer Einwanderung deutlich weniger ausländischen Arbeits- und
71 Fachkräfte davon überzeugt sind, dass Deutschland ein Interesse an ausländischen
72 Arbeits- und Fachkräften hat als vor der Einwanderung.[\[4\]](#) Damit sich
73 ausländische Arbeits- und Fachkräfte in unserem Bundesland wohlfühlen, einen
74 Platz in unserer Gesellschaft finden und sich letztlich für Bayern als neue
75 Heimat entscheiden, sollten wir sie mit offenen Armen empfangen. Wir brauchen
76 eine ausgeprägte Willkommenskultur in Bayern. Statt von Integrationsobergrenzen
77 zu schwadronieren und Angst vor der Zuwanderung in unsere Sozialsysteme zu
78 schüren, muss die bayerische Staatsregierung gemeinsam mit den
79 gesellschaftlichen Akteuren eine verbesserte Willkommenskultur voranbringen.
80 Dazu gehört nicht nur, jeden Menschen mit seinen Bedürfnissen und Erfahrungen
81 wertschätzend und respektvoll zu begegnen, sondern auch, Integration nicht als
82 Einbahnstraße zu verstehen.

83 **2. Vereinfachter Zugang zur Anerkennung ausländischer Berufs- und** 84 **Studienabschlüsse**

85 Für ausländische Arbeits- und Fachkräfte, die sich ihre Berufs- oder
86 Studienabschlüsse in Deutschland anerkennen lassen möchte, sorgen die vielen
87 Anlaufstellen häufig für Verwirrung und Unsicherheit. In Bayern gibt es
88 berufsabhängig zahlreiche verschiedene Anlaufstellen für die Anerkennung
89 ausländischer Qualifikationen. So ist z.B. für akademische Heilberufe wie
90 Ärzt*innen und Apotheker*innen die Regierung von Oberbayern und die Regierung
91 von Unterfranken zuständig, für Pflegefachleute das Bayerische Landesamt für
92 Pflege, für Handwerksberufe die Handwerkskammern und für Sozial- und
93 Kindheitspädagog*innen das Zentrum Bayern für Familie und Soziales (ZBFS),
94 Region Unterfranken.[\[5\]](#) Um die Orientierung zu verbessern ist eine zentrale
95 Erstanlaufstelle notwendig. Zudem müssen die Prozesse effizienter gestaltet,
96 klare Strukturen etabliert und benutzerfreundliche, leicht verständliche
97 digitale Tools eingeführt werden. Auch Unternehmen, die nach ausländischen
98 Arbeits- und Fachkräften suchen, benötigen eine unkomplizierte Unterstützung
99 durch digitale Verfahren.

100 **3. Bezahlbaren Wohnraum schaffen**

101 Ob eine ausländische Arbeits- und Fachkraft sich für Bayern entscheidet, hängt
102 auch davon ab, ob sie eine bezahlbare Wohnung in Nähe des Arbeitsortes findet.
103 Schon heute fehlt günstiger Wohnraum vor allen in bayerischen Ballungsräumen.
104 Entsprechend stark sind Miet- und Immobilienpreise in den letzten Jahren
105 gestiegen. In der Folge konkurrieren die ausländischen Arbeits- und Fachkräfte
106 mit den Einheimischen um den wenigen, bezahlbaren Wohnraum. In vielen Fällen
107 werden die migrantischen Arbeitskräfte diesen Wettbewerb wahrscheinlich
108 verlieren. Deswegen muss Bayern seine Anstrengungen für bezahlbaren Wohnraum
109

110 drastisch erhöhen: Zum einen braucht es eine passgenaue und gut ausgestattete
111 staatliche Wohnraumförderung und mehr genossenschaftliches Wohnen. Zum anderen
112 wollen wir die Kommunen bekräftigen, wieder stärker selbst als Akteur auf dem
113 Wohnungsmarkt aktiv zu werden. Auch wollen wir Unternehmen beraten und
114 unterstützen, die Mitarbeiterwohnraum schaffen wollen. Gleichzeitig müssen wir
115 ausländische Arbeits- und Fachkräfte gezielt beraten und Ihnen eine
Hilfestellung für die Wohnungssuche bieten.

116 **4. Kinderbetreuungsplätze ausbauen**

117 Nicht nur einheimische Familien und Arbeitskräfte sind Kinderbetreuungsplätze
118 die Grundvoraussetzung für eine Erwerbstätigkeit. Damit Bayern für ausländische
119 Arbeits- und Fachkräfte attraktiv wird, brauchen wir ausreichend
120 Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Im bundesweiten Vergleich der Angebote zur
121 Ganztagsbetreuung von Grundschulern und der Nachfrage gehört Bayern zu den
122 Schlusslichtern. Mit einer Betreuungslücke von 23 Prozent übersteigt die
123 Nachfrage das Angebot bei weitem. Auch bei den Betreuungsplätzen für Kinder
124 unter 3 Jahren sieht es nicht besser aus: Mit einer Betreuungslücke von knapp 12
125 Prozent liegt Bayern im bundesweiten Mittelfeld.[\[6\]](#) Auch hier ist die bayerische
126 Staatsregierung gefragt. Sie muss die Kommunen tatkräftig beim Ausbau
127 unterstützen.

128 **II. Schnellere und bessere Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten**

129 **1. Positive Behördenkultur entfalten und Personal aufstocken**

130 Anders als die Behörden anderer Bundesländer nutzen bayerische Behörden, allen
131 voran die Ausländerbehörden, zu selten den Ermessensspielraum, der ihnen
132 zusteht. Ähnlich wie in anderen Bundesländern müssen wir in Bayern eine positive
133 Behördenkultur entfalten, die Migrant*innen gegenüber wohlwollend eingestellt
134 sind und die Regelungen im Sinne der Migrant*innen auslegen.

135 Entscheidend ist auch, dass die Behörden proaktiv mit den Migrant*innen
136 kommunizieren und diese Vorgehensweise landesweit einheitlich praktiziert wird.
137 Anders als in Bayern haben die Behörden in Baden-Württemberg, Berlin,
138 Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen schon Monate vor dem Inkrafttreten des
139 Chancenaufenthaltsrecht die Geduldeten proaktiv angeschrieben und über ihre
140 Möglichkeiten informiert. Bayern hingegen hat auf eine landesweit einheitliche
141 Vorgehensweise verzichtet. Das Ergebnis: Manche Landratsämter und kreisfreie
142 Städte haben die infrage kommenden Migrant*innen proaktiv schriftlich
143 informiert, andere haben sie bei Terminen mündlich informiert und wiederum
144 andere haben den Geduldeten keinerlei Informationen zukommen lassen.

145 Um eine positive Behördenkultur in Bayern zu entfalten, braucht es einerseits
146

147 ausreichend Personal. Das fehlt in Bayern. Die bayerische Staatsregierung muss
148 die finanziellen Mittel erhöhen, damit das Personal aufgestockt werden kann.
149 Andererseits braucht es einen Mentalitätswechsel in den bayerischen Behörden
150 gemäß dem Motto: Willkommen Arbeitskräfte! Das bayerische Innenministerium
151 sollte diesen Mentalitätswechsel in ihren nachgeordneten Behörden einleiten und
positiv begleiten.

152 **2. Angebote für Deutsch- und Integrationskurse aufstocken und Kommunen bei**
153 **Integrationskonzepten unterstützen**

154 Deutsch gilt nicht nur als eine schwer zu erlernende Sprache, sondern auch als
155 unverzichtbar, um vor Ort im Alltag und im Berufsleben erfolgreich
156 zurechtzukommen. Umso wichtiger ist es, Migrant*innen durch ein sehr gutes
157 Angebot an Deutsch- und Integrationskursen zu unterstützen. Die Realität sieht
158 in Bayern aber anders aus: Die Angebote für Deutsch- und Integrationskurse
159 können bei weitem nicht mit der Nachfrage mithalten. Die Folge: Lange
160 Wartelisten und verzögerte Integration. Verheerend ist die Situation vor allem
161 für Geduldete, wenn sie die Frist zum Nachweis von Sprachkenntnissen im Zuge des
162 Chancenaufenthaltsgesetz wegen der langen Warteliste nicht einhalten können –
163 unverschuldet! Wir fordern die bayerische Staatsregierung dazu auf, die
164 finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit die Angebote für Deutsch-
165 und Integrationskurse aufgestockt werden können.

166 Auch bei Integrationskonzepten weist Bayern enorme Lücken auf und hinken im
167 Ländervergleich hinterher. Während bundesweit bis 2021 mehr als die Hälfte der
168 Landkreise und kreisfreien Städte ein Integrationskonzept oder ein inhaltlich
169 gleichwertiges Papier erarbeitet hat, waren es in Bayern gerade mal knapp ein
170 Viertel aller Landkreise und kreisfreien Städte. Damit belegt bundesweit den
171 letzten Platz.[\[7\]](#) Dabei können gezielte Gesetze und Förderungen auf Landesebene
172 die Lokalpolitik unterstützen, um Konzepte zur besseren Integration und Teilhabe
173 zu erstellen. Die bayerische Staatsregierung hat bislang aber keine Anreize oder
174 gar Verpflichtungen geschaffen, um für mehr Integrationskonzepte zu sorgen. Das
175 muss die Söder-Regierung schnellstmöglich ändern!

176 Integration ist eine Querschnittsaufgabe auf kommunaler Ebene. Deswegen ist es
177 notwendig, die Integrationsbedarfe und -angebote vor Ort systematisch zu
178 erfassen, diese Informationen transparent und leicht zugänglich zur Verfügung zu
179 stellen und auch alle integrationsrelevanten Akteure zu vernetzen, insbesondere
180 auf Ebene der kommunalen Gremien, Ämter und Einrichtungen, aber auch die freien
181 Träger von Integrationsangeboten inklusive der Migrantenselbstorganisationen.

182 Nach dem Vorbild von Nordrhein-Westfalen wollen wir in Bayern künftig ein
183 Netzwerk an Kommunalen Integrationszentren errichten. Damit wollen wir
184 leistungsfähige Strukturen für die Integrationsarbeit auf kommunaler Ebene
185 schaffen und stärken. Zudem wollen wir die Förderung der hauptamtlichen

186 Integrationslots*innen weiter ausbauen.

187 [1] Vgl. [\[1\] Vgl. https://www.bayern.landtag.de/aktuelles/aus-den-
188 ausschuessen/sozialausschuss-
189 1/#:~:text=Demzufolge%20mangelte%20es%20schon%202022,Wertsch%C3%B6pfungsverlust%-
190 20von%2017%20Milliarden%20Euro](https://www.bayern.landtag.de/aktuelles/aus-den-ausschuessen/sozialausschuss-1/#:~:text=Demzufolge%20mangelte%20es%20schon%202022,Wertsch%C3%B6pfungsverlust%20von%2017%20Milliarden%20Euro)

191 [2] Vgl. [\[2\] Vgl. https://www.br.de/nachrichten/wirtschaft/wo-in-bayern-die-meisten-
192 arbeitskraefte-fehlen-werden,TmL07e7](https://www.br.de/nachrichten/wirtschaft/wo-in-bayern-die-meisten-arbeitskraefte-fehlen-werden,TmL07e7)

193 [3] [\[3\] https://www.stmwi.bayern.de/wirtschaft/ausbildung-beruf/fachkraeftestrategie/](https://www.stmwi.bayern.de/wirtschaft/ausbildung-beruf/fachkraeftestrategie/)

194 [4] Vgl. [\[4\] Vgl. https://migrant-integration.ec.europa.eu/library-document/oecd-studie-
195 der-weg-nach-deutschland_de](https://migrant-integration.ec.europa.eu/library-document/oecd-studie-der-weg-nach-deutschland_de)

196 [5] Vgl. [\[5\] Vgl. https://www.stmas.bayern.de/berufsbildung/anererkennung-
197 ausland/#:~:text=In%20Bayern%20besteht%20seit%20dem,Inhalt%20und%20Dauer%20der%20-
198 0Ausbildung und <https://www.anerkennung-in-deutschland.de/html/de/index.php>](https://www.stmas.bayern.de/berufsbildung/anererkennung-ausland/#:~:text=In%20Bayern%20besteht%20seit%20dem,Inhalt%20und%20Dauer%20der%20Ausbildung)

199 [6] Vgl. [\[6\] Vgl. https://www.sueddeutsche.de/bayern/betreuungsbedarf-studie-bayern-bei-
200 ganztagsangeboten-nur-schlusslicht-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-230713-99-
201 384630](https://www.sueddeutsche.de/bayern/betreuungsbedarf-studie-bayern-bei-ganztagsangeboten-nur-schlusslicht-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-230713-99-384630)

202 [7] Vgl. [\[7\] Vgl. https://www.berlin-
203 institut.org/fileadmin/Redaktion/BI_Teilhabe23_Online_230918.pdf](https://www.berlin-institut.org/fileadmin/Redaktion/BI_Teilhabe23_Online_230918.pdf)

Unterstützer*innen

Tina Winklmann (KV Schwandorf), Johannes Schöpfl (KV Regensburg-Stadt), Dieter Janecek (OV Neuhausen-Nymphenburg), Wiebke Richter (KV Regensburg-Stadt), Martina Neubauer (KV Starnberg), Monir Shahedi (KV Regensburg-Stadt), Lendita Musliji (KV München), Peter Knoff (KV Regensburg-Stadt), Merten Niebelschütz (KV Regensburg-Land), Christian Hartl (KV Regensburg-Stadt), Christine Garibasch (KV Neumarkt), Markus Schmitt (KV Regensburg-Stadt), Nicolai Bube (KV Regensburg-Land), Bertold Bernreuter (KV Amberg-Stadt), Hans Stocker (KV Tirschenreuth), Maximilian Rischer (KV Regensburg-Stadt), Madeleine Schneider (KV Tirschenreuth), Klaus Witzmann (KV Regensburg-Stadt), Christoph Beck (KV Schwandorf), Robert Uerpmann-Witzack (KV Regensburg-Stadt), Josef Schmidt (KV Tirschenreuth), Eva Selle (KV Regensburg-Land), Oliver Groth (KV Regensburg-Stadt), Wolfgang Stangl (KV Regensburg-Land), Nicole Lorenz (KV Eichstätt), Anneliese Droste (KV Neustadt-Waldnaab), Thomas Manka (KV München), Simone Zink (KV Eichstätt), Madeleine Schneider (KV Tirschenreuth), Hilke Ganzert (KV München), Angelika Masi-Geißner (KV Amberg-Sulzbach), Yvonne Rösel

(KV Amberg-Sulzbach), Andrea Sedlmaier (KV Regensburg-Stadt), Jessica Hecht (KV Würzburg-Land), Sarah Onken (KV Ebersberg), Manuela Rottmann (KV Bad Kissingen), Hannah Quaas (KV Schwandorf), Lucas Pöllinger (KV Schwandorf), Alexander Schnapper (KV Ansbach), Verena Machnik (KV Starnberg), Hans-Heinrich Sautmann (KV Fürstenfeldbruck), Maria Krieger (KV Kelheim), Maximilian Breu (KV Freising), Martin Züchner (OV Neuhausen-Nymphenburg), Regina Hammerl (KV Regensburg-Land), Ulrike Schweiger (KV Berchtesgadener Land), Peter Eckert (KV Amberg-Sulzbach), Robert Blasius (KV Unterallgäu), Gabriele Masch (KV München), Jonas Werner (KV Erlangen-Stadt), Paulus Maximilian Guter (KV Erlangen-Stadt), Stephan Fritsch (KV Erlangen-Stadt), Tanja Josche (KV Roth), Kornelia Haslbeck (KV Pfaffenhofen), Claudius Rafflenbeul-Schaub (KV Miesbach), Karin Scherer (KV Erlangen-Land), Elisabeth Schleburg (KV Ostallgäu), Philipp Schwertner (KV Ansbach), Lendita Musliji (KV München), Gabriele Graswald-Vidovic (KV München)

A6 Klare grüne Standpunkte.

Antragsteller*in: Werner Löcher-Lawrence (KV München)
Tagesordnungspunkt: Fortsetzung TOP 7 Anträge

1 Klare grüne Standpunkte.

2 Die LDK fordert alle Mandatsträger*innen von Bündnis90/Die Grünen in den
3 Kreisverbänden, den Landesverbänden und im Bund auf, sich bei ihren
4 Entscheidungen und Stellungnahmen klar am Grundsatzprogramm der Partei zu
5 orientieren. Nicht nur außerhalb, sondern auch innerhalb der Partei fragen sich
6 die Menschen zunehmend, wofür wir, die Grünen, überhaupt noch stehen. Wir haben
7 in unserem Programm klare Grundsätze formuliert, von A wie Asyl, über F wie
8 Frieden, G wie Gerechtigkeit, K wie Klima und Naturschutz, über S wie Soziales
9 bis hin zu Z wie die Zukunft für künftige Generationen sichern. Das alles wird
10 in unserer Politik und unseren Äußerungen immer weniger sichtbar. Ja, wir sind
11 eine Bündnispartei, wir leben in einer Demokratie, wir brauchen Mehrheiten. Aber
12 um sie zu erringen, müssen wir für unsere Überzeugungen einstehen.
13 Kompromissbereitschaft bis zur Selbstaufgabe und eine Verwässerung unserer Ziele
14 bis zur Unkenntlichkeit können nicht der Weg sein. Die Zeiten haben sich
15 geändert, Krieg, Angriffe auf die Demokratie, Rassismus und ein beschleunigtes
16 Abrutschen in die Klimakatastrophe fordern neue Entscheidungen. Unsere
17 Grundsätze betrifft das nicht. Den Kampf für die Menschenrechte, den Erhalt
18 unserer Umwelt, von Freiheit und Gerechtigkeit. Nur wenn unsere Grundsätze in
19 unserem Handeln und Reden wieder deutlich werden, gewinnen wir Vertrauen zurück
20 und erreichen die Menschen, die sich ein zukunftsfähiges Land wünschen, das
21 wertorientiert statt angstgetrieben handelt und in dem auch zukünftige
22 Generationen ein gutes Leben finden.

Begründung

Wir alle können nicht damit zufrieden sein, wie wir als Grüne im Moment dastehen. Wir drohen, in eine Abwärtsspirale zu geraten, weil immer weniger klar ist, wofür wir eigentlich stehen - obwohl das doch Dinge sind, die ein Großteil unserer Gesellschaft ebenfalls will: Sicherheit und Gerechtigkeit, den Erhalt unserer Freiheit und die Achtung der Menschenrechte, einen besseren Klimaschutz und, und, und ... Aber die Dinge werden im Klein-Klein zerredet, im Ampelstreit nicht mehr als das erkannt, was sie sind. W i r werden nicht mehr als das erkannt, was wir sind und wollen. Dem gilt es entgegenzuwirken, in unseren öffentlichen Stellungnahmen und unseren Entscheidungen. Dieser Antrag ist das Ergebnis endloser Diskussionen mit Parteimitgliedern und Grünen-Wählern, die mitunter nur noch den Kopf schütteln. Bitte stimmt dem Antrag zu.

Unterstützer*innen

Brigitte Janson (KV München), Julia Borghoff (KV München), Saiyed Qutubuddin Shah (KV München), Martin Züchner (KV München), Carola Zankl (KV München), Christopher Stark (KV München), Elke Leo (KV Nürnberg-Stadt), Michael Löffler (KV München), Andreas Reuter (KV Nürnberg-Stadt), Verena Matzner (KV München), Sonja Altmann-Zehetbauer (KV München), David Ammon (KV München), Sascha Pratnekar (KV Nürnberg-Stadt), Thomas Manka (KV München), Andrea Heck (KV Nürnberg-Stadt), Martin Staude (KV München), Angela Hermann (KV München), Vildan Akkol (KV München), Katharina Derwell (KV München), Rudi Lutter (KV München), Franz Ostermayer (KV München), Lino Fischer (KV München), Gabriele Masch (KV München), Stefan Haas (KV Dachau), Christian Köhler (KV Neustadt/Aisch-Bad Windsheim), Philipp Schwertner (KV Ansbach)

A7 Installation eines Rechtsbeihilfefonds für Mandatsträger*innen der GRÜNEN Bayern

Antragsteller*in: Lena Koch (KV Mühldorf)

Tagesordnungspunkt: Fortsetzung TOP 7 Anträge

1 Nach dem Vorbild der GRÜNEN Hessen sollte die Installation folgender Punkte
2 erfolgen:

3 • **Rechtshilfefonds**

4 *Auf Antrag eines Kreisverbandes können bis zu 90% der eigenen Verfahrenskosten*
5 *erstattet werden, wenn ein Kreisverband oder die Person, für die der*
6 *Kreisverband den Antrag stellt,*

- 7 • *sich gegen eine außergerichtliche Forderung oder eine Klage verteidigen*
8 *oder*
- 9 • *zur Durchsetzung eigener Ansprüche außergerichtliche oder gerichtliche*
10 *Schritte einleiten muss.*

11 *Dem Antrag ist eine vorläufige Kostenberechnung beizufügen.*

12 *Voraussetzung für den Erstattungsanspruch ist, dass der Kreisverband die*den*
13 *Landesschatzmeister*in sofort nach Kenntnis über die notwendige Verteidigung*
14 *informiert.*

15 *Antragstellerin kann nur ein Kreisverband von B90/DIE GRÜNEN Bayern sein.*

16 *Über die Vergabe von Zuschüssen aus dem Rechtshilfefonds entscheidet der*
17 *Landesvorstand, nachdem ein*e Justiziar*in der Landesgeschäftsstelle den Fall*
18 *beim LaVo eingebracht hat. Der Landesverband zahlt aus seinen Haushaltsmitteln*
19 *jährlich 2500€ in den Rechtshilfefonds ein.*

20 • **Rechtsberatung**

21 Es soll ein Leitfaden erarbeitet werden, der die möglichen Schritte, sowie

22 Ansprechpartner*innen klar darstellt und Sicherheit gibt. Außerdem sollten
23 Rechtsprechungen und schon vertretene Fälle/genehmigte Rechtsbeihilfe
24 anonymisiert einsehbar sein.

Begründung

Unterlassungserklärungen, Einschüchterungsklagen, missbräuchliche Gerichtsprozesse – mit sogenannten „**SLAPP-Klagen**“ sollen kritische Stimmen zum Schweigen gebracht werden. Kommunalpolitiker*innen sind genau diese kritischen Stimmen, die sich ehrenamtlich im Gemeinde- oder Stadtrat einbringen, mit anderen Ratsmitgliedern diskutieren, ggf. Kritik äußern und um konstruktive Lösungen ringen. Hier kann Großes im ganz Kleinen bewirkt werden.

Was aber, wenn sich dadurch jemand gestört fühlt und das Ehrenamt durch rechtliche Schritte von Bürger*innen zu einer großen Belastung wird?

Uns stehen in Bayern Kommunalwahlen bevor und vor allem wir GRÜNE müssen uns darauf vorbereiten, in Zukunft vermehrt mit Angriffen konfrontiert zu sein. Ich möchte, dass unsere grünen Mandatsträger*innen sich geschützt wissen, sobald sie ein kommunalpolitisches Ehrenamt annehmen und ich schlage dafür vor, dass wir bayerischen GRÜNEN hierfür eine Struktur in unserer Partei schaffen.

Neben der Hilfe beim Abwehren von sogenannten SLAPP-Klagen für unsere Mandatsträger*innen ist es zudem ein deutliches Zeichen nach außen: wir bayerischen GRÜNEN unterstützen unsere Kommunalpolitiker*innen rechtlich und stehen ihnen bei missbräuchlichen Klagen zur Seite.

Unterstützer*innen

Christoph Arz (KV Mühldorf), Kristin Mart-Hassan (KV Mühldorf), Dr. Matthias Kraft (KV Mühldorf), Kerstin Daser (KV Mühldorf), Stephanie Kunzlmann (KV Mühldorf), László Eifert (KV Mühldorf), Cathrin Henke (KV Mühldorf), Rudolf Schmidhuber (KV Mühldorf), Dominik Hüller (KV Mühldorf), Sophia Aigner (KV Mühldorf), Friedel Patzak (KV Mühldorf), Andreas Fischer (KV Mühldorf), Bianca Hegmann (KV Mühldorf), Zacharias Spörl (KV Mühldorf), Roland Spiegel (KV Mühldorf), Bärbel Haberstock (KV Mühldorf), Monika Rudolf (KV Mühldorf), Rainer Stöger (KV Mühldorf), Stefan Arz (KV Mühldorf), Peter Aldoza (KV Altötting), Alfons Linner (KV Mühldorf), Cathrin Fernando (KV Altötting), Hermann Hager (KV Mühldorf), Tamara Martin (KV Mühldorf), Emily Rumpf (KV Pfaffenhofen), Jakob Koch (KV Bad Tölz-Wolfratshausen), Jürgen Trepohl (KV München), Matthias Kraft (KV Mühldorf), Angelika Maier (KV Traunstein), Kornelia Haslbeck (KV Pfaffenhofen), Sophie Schuhmacher (KV Fürstenfeldbruck), Britta Boye (KV Traunstein), Merlin Nagel (KV Ingolstadt), Martina Neubauer (KV Starnberg), Maria Wißmiller (KV Ostallgäu), Kathrin Düdder (KV München), Gerhard Müller (KV Würzburg-Land), Stefan Lada-Themann (KV Kelheim), Sven Altendorfer (KV Schweinfurt), Jessica Hecht (KV Würzburg-Land),

Maximilian Breu (KV Freising), Susanne Herrmann (KV München), Florina Vilgertshofer (KV München), Marius Schlosser (KV Bad Tölz-Wolfratshausen), Manuela Rottmann (KV Bad Kissingen), Felix Erbe (KV Roth), Andreas Ammer (KV München), Alexander Schnapper (KV Ansbach), Timm Schulze (KV Bamberg-Stadt), David Göhler (KV Ebersberg), Verena Machnik (KV Starnberg), Maria Krieger (KV Kelheim), Marina Burwitz (KV München), Constantin Jahn (KV Dillingen), Michael Seyfried (KV München), Leon Eckert (KV Freising), Ulrike Schweiger (KV Berchtesgadener Land), Kilian Gumpff (KV Dillingen), Arian Kunze (KV Ebersberg), Margit Saar (KV München), Michael Sasse (KV Rosenheim), Kevin Read (KV Mühldorf), Robert Blasius (KV Unterallgäu), Bettina Markl (KV Pfaffenhofen), Ramona Rümelin (KV Freising), Christine Squarra (KV München-Land), Julia Probst (KV Neu-Ulm), Julia Post (KV München), Helga Mandl (KV Traunstein), Tim-Luca Rosenheimer (KV Bamberg-Land), Cornelia Riepe (KV Miesbach), Christian Hartranft (KV München), Pauline Port (KV Erlangen-Stadt), Viola Grießhammer (KV Ansbach), Kay Paulick (KV Rosenheim), Bernhard Schüßler (KV München-Land), Roland Barfus (KV München), Reinhard Jurk (BV KPV Bayern), Christian Engleder (KV Altötting), Karin Scherer (KV Erlangen-Land), Christian Köhler (KV Neustadt/Aisch-Bad Windsheim), Michael Rott (KV Erding), Gabriele Graswald-Vidovic (KV München), Florian Tischler (KV Nürnberg-Stadt)

A8 Dyskalkulie in das BayEUG aufnehmen

Gremium: LAG Bildung
Beschlussdatum: 19.09.2024
Tagesordnungspunkt: Fortsetzung TOP 7 Anträge

1 Wir von Bündnis 90 / Die Grünen Bayern setzen uns dafür ein (durch Aufnahme ins
2 Parteiprogramm, Anträge usw.), dass

- 3 • der Begriffs Dyskalkulie bzw. Rechenstörung in den Art. 52 BayEUG analog
4 zur Legasthenie aufgenommen wird.

- 5 • die Kosten von Therapien (nicht erst wenn bereits psychische
6 Beeinträchtigungen entstanden sind) übernommen werden.

- 7 • Fortbildungen von allen Lehrkräften in Bayern zu Dyskalkulie erfolgen.

- 8 • Infobriefe (für Lehrkräfte, Eltern und Schüler*innen) vom ISB herausgeben
9 werden.

Begründung

Dyskalkulie ist ebenso wie die Legasthenie eine anerkannte Entwicklungsstörung schulischer Fertigkeiten nach ICD 10 F81.2, die diagnostizierbar und auch therapeutisch positiv beeinflussbar ist. Zudem liegen ausreichend wissenschaftliche Erkenntnisse zur Dyskalkulie und einer schulischen Berücksichtigung vor. Während bei Legasthenie zusätzlich ein Nachteilsausgleich und Notenschutz in der Schule möglich ist, so haben Schüler*innen mit einer Dyskalkulie bislang keinerlei Anerkennung im schulischen Kontext.

Unterstützer*innen

Lisa Feldmann (LAG Bildung, Sprecherin), Paul Handel (LAG Bildung, Beisitzer), Peter Brückner (KV Würzburg-Land), Pascal Miosga-Loy (KV Regensburg-Land), Monir Shahedi (KV Regensburg-Stadt), Maximilian Breu (KV Freising), Julia Probst (KV Neu-Ulm), Marie-Christine Scholz (KV Regensburg-Stadt), Johannes Rückerl (KV Regensburg-Stadt),

Robert Blasius (KV Unterallgäu), Madeleine Schneider (KV Tirschenreuth), Regina Hammerl (KV Regensburg-Land), Frédérique Schmidt-Baricault (KV Fürstenfeldbruck), Gabriele Masch (KV München), Alexander Schnapper (KV Ansbach), Tim-Luca Rosenheimer (KV Bamberg-Land), Sarah Eisenberger (KV Bamberg-Land), Christian Hartranft (KV München), Paulus Maximilian Guter (KV Erlangen-Stadt), Stephan Fritsch (KV Erlangen-Stadt), Jonas Werner (KV Erlangen-Stadt), Christian-Ulrich Sauter (KV Erlangen-Stadt), Pauline Port (KV Erlangen-Stadt), Bernhard Schüssler (KV München-Land), Wolfgang Hofmann (KV Bad Kissingen), Sebastian Seitz (KV Pfaffenhofen), Matthias Ostermann (KV Pfaffenhofen), Michael Dallmayer (KV Pfaffenhofen), Emily Rumpf (KV Pfaffenhofen), Antje Rumpf (KV Pfaffenhofen), Peter Knoff (KV Regensburg-Stadt), Thomas Köll (KV Pfaffenhofen), Thomas Pilawa (KV Pfaffenhofen), Ludwig Höchtl (KV Pfaffenhofen), Kornelia Haslbeck (KV Pfaffenhofen), Silke Eberhardt (KV Pfaffenhofen), Barbara Wohlschläger (KV Pfaffenhofen)

A9 Frauen müssen selbst über ihren Körper entscheiden dürfen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 16.09.2024
Tagesordnungspunkt: Fortsetzung TOP 7 Anträge

1 Wenn eine Frau sich entscheidet, eine Schwangerschaft abubrechen, ist dies nach
2 wie vor illegal und nur unter bestimmten Voraussetzungen straffrei. Wir GRÜNE
3 Bayern sind überzeugt: Jede Frau muss das Recht haben, diese Entscheidung selbst
4 zu treffen, ohne als Straftäterin abgestempelt zu werden. Wir GRÜNE Bayern
5 unterstützen deshalb die Abschaffung des Paragraphen 218 im Strafgesetzbuch.

6 Die Bundesregierung hat eine Kommission aus unabhängigen Expert*innen damit
7 beauftragt, Vorschläge zu erarbeiten, wie die rechtliche Regelung von
8 Schwangerschaftsabbrüchen in Zukunft aussehen kann. Im April 2024 hat diese
9 Kommission die einstimmige Empfehlung abgegeben, dass Schwangerschaftsabbrüche
10 in der Frühphase der Schwangerschaft, also den ersten 12 Wochen, rechtmäßig sein
11 sollten. Außerdem gesteht die Kommission dem Gesetzgeber zu, auch für Abbrüche
12 in der mittleren Phase der Schwangerschaft eine Regelung zu schaffen. Außerdem
13 sollten wie bisher Ausnahmeregelungen in der gesamten Schwangerschaft vorgesehen
14 sein, zum Beispiel bei einer Gesundheitsgefahr für die Schwangeren. Nun liegt es
15 an der Politik, die nötigen rechtlichen Schritte einzuleiten.

16 Wir GRÜNE stellen uns seit jeher gegen die Kriminalisierung von Menschen, die
17 einen Schwangerschaftsabbruch brauchen, sowie von Ärzt*innen, die Abbrüche
18 durchführen und darüber informieren. Die Streichung des Paragraphen 218 aus dem
19 Strafgesetzbuch ist eine fundamentale Forderung der Frauenbewegungen. Der
20 Bericht der Kommission zeigt eindrücklich, dass eine Streichung nicht nur
21 wichtig für die körperliche Selbstbestimmung von Schwangeren ist, sondern sogar
22 auch rechtlich geboten ist. Denn die bestehende Regelung ist
23 verfassungsrechtlich, völkerrechtlich sowie europarechtlich falsch. Sie führt zu
24 einer Stigmatisierung von Schwangeren und Ärzt*innen und verschlechtert durch
25 den so entstehenden Druck auf die Ärzt*innen die Versorgungslage für Betroffene.
26 Als legale Behandlung können Schwangerschaftsabbrüche endlich in den Lehrplan
27 der Gynäkolog*innen-Ausbildung einbezogen werden. Auch würde damit die
28 Möglichkeit geschaffen, den Abbruch und damit zusammenhängende Behandlungskosten
29 über die Krankenkassen abzurechnen. Gleichzeitig ist es wichtig, die
30 rückständige Beratungspflicht für Schwangere abzuschaffen und stattdessen einen
31 Rechtsanspruch auf eine neutrale Beratung einzuführen. Hier sehen wir GRÜNE den
32 Staat in der Pflicht und wollen gesetzlich verankern, dass ein solches

33 Beratungsangebot gesetzlich verankert wird.

34 Frauenrechte sind ein Gradmesser für jede Demokratie. Gerade jetzt, wo
35 Schwangerschaftsabbrüche von Rechtsextremen infrage gestellt werden, gerade
36 jetzt, wo die Expert*innen einer Meinung sind, ist es ein wichtiges Zeichen für
37 Demokratie und Frauenrechte, wenn Frauen endlich frei und selbst über ihre
38 Körper entscheiden können.

39 Die Mehrheit der Menschen in Deutschland wünscht sich eine Entkriminalisierung
40 des Schwangerschaftsabbruchs. Eine aktuelle repräsentative Studie des BMFSFJ
41 zeigt, dass 80 Prozent der Deutschen es für falsch halten, dass ein
42 Schwangerschaftsabbruch nach erfolgter Beratung rechtswidrig ist. Frauen aus der
43 ehemaligen DDR wünschen sich endlich die reproduktiven Rechte zurück, die sie
44 bereits hatten. Und Frankreich zeigt, wie es gehen kann: Dort wurde das Recht
45 auf den Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen in der Verfassung
46 verankert. Auch in Deutschland ist eine alte Forderung der Frauenbewegung und
47 längst überfällig, Schwangerschaftsabbrüche in den ersten zwölf Wochen zu
48 legalisieren und für Schwangerschaftsabbrüche in der mittleren und späten Phase
49 der Schwangerschaft eine angemessene Regelung zu finden. Wir haben auf
50 Bundesebene die historische Chance, diese überfällige Reform mit der SPD und der
51 FDP umzusetzen. Die grüne Bundestagsfraktion hat Anfang September den ersten
52 Schritt gemacht und die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen in
53 dieser Legislaturperiode beschlossen. Unsere Koalitionspartner*innen im Bund
54 müssen jetzt den Kommissionsbericht ernst nehmen und die Entkriminalisierung
55 zeitnah mit uns auf den Weg bringen. Wir GRÜNE Bayern appellieren an FDP-
56 Bundesjustizminister Buschmann, zeitnah einen entsprechenden Gesetzesentwurf
57 vorzulegen.

58 Denn wer es mit dem Recht auf körperliche und reproduktive Selbstbestimmung, mit
59 der liberalen Gesellschaft und Freiheit ernst meint, hat mit dem
60 Kommissionsbericht jetzt eine gute Grundlage, um endlich zu handeln!

Begründung

erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

Katharina Wittig (KV München), Hans-Heinrich Sautmann (KV Fürstenfeldbruck), Doris Wagner (KV München), Jessica Hecht (KV Würzburg-Land), Ulrike Schweiger (KV Berchtesgadener Land), Monir Shahedi (KV Regensburg-Stadt), Britta Jacob (KV Dachau), Marie-Christine Scholz (KV Regensburg-Stadt), Helga Stieglmeier (KV Erding), Stephan Fritsch (KV Erlangen-Stadt), Andreas Krahl (KV Garmisch-Partenkirchen), Robert

Blasius (KV Unterallgäu), Regina Hammerl (KV Regensburg-Land), Ramona Rümelin (KV Freising), Johannes Rückerl (KV Regensburg-Stadt), Frédérique Schmidt-Baricault (KV Fürstenfeldbruck), Julia Probst (KV Neu-Ulm), Gabriele Masch (KV München), Alexander Schnapper (KV Ansbach), Eveline Kuhnert (KV Günzburg), Philipp Jonsson (KV Fürstenfeldbruck), Viola Grießhammer (KV Ansbach), Anne Schmitt (KV Bamberg-Land), Anja Callam (KV München), Elli Wolf (KV Amberg-Sulzbach), Sarah Onken (KV Ebersberg), Bernhard Schüßler (KV München-Land), Sven Altendorfer (KV Schweinfurt), Kornelia Haslbeck (KV Pfaffenhofen), Miriam Bergmann (KV Aschaffenburg-Land), Melanie Hippke (KV Augsburg-Stadt), Barbara Poneleit (KV Forchheim), Gabriele Triebel (KV Landsberg-Lech), Karin Scherer (KV Erlangen-Land), Peter Hartmann (KV Bad Kissingen)

A10 Klimaanpassung sichert gesundes Leben in Bayern

Gremium: LAG Ökologie
Beschlussdatum: 18.09.2024
Tagesordnungspunkt: Fortsetzung TOP 7 Anträge

1 Der Sommer 2024 war wieder einer der wärmsten Sommer in Bayern und welt- und
2 europaweit sogar der heißeste Sommer seit Beginn der Wetteraufzeichnung.^[1]
3 Durch die Klimakrise steigt die Durchschnittstemperatur stetig. Die Zahl der
4 „heißen Tage“ mit Temperaturen über 30 Grad Celsius sowie Anzahl und Intensität
5 der Starkregenereignisse nehmen zu- und das auch bei uns in Bayern vor Ort. Wir
6 müssen uns auf einen dauerhaften Anstieg der Temperaturen einstellen und uns
7 daran anpassen.

8 Lange Phasen hoher Temperaturen haben vielfältige Auswirkungen auf die
9 menschliche Gesundheit, besonders für ältere Personen, Schwangere, Säuglinge,
10 Kleinkinder sowie Menschen mit Vorerkrankungen. Denn der menschliche Körper muss
11 Schwerstarbeit leisten, um die Körpertemperatur konstant zu halten. In der Folge
12 steigen so z.B. Herz-Kreislauf-Erkrankungen sowie die hitzebedingte
13 Sterblichkeit in der Bevölkerung.

14 Als Starkregen werden intensive Niederschläge (z.B. mehr als 25 Millimeter pro
15 Stunde) bezeichnet. Sie entstehen durch stark mit Wasser aufgeladene
16 Regenwolken. Eine um ein Grad wärmere Atmosphäre kann rund 7 Prozent mehr Wasser
17 aufnehmen. Damit können auch normale Niederschläge in der gleichen Größenordnung
18 intensiver werden.^[2] Starkregen können so überall in Bayern Sturzfluten und
19 entlang von Bach- und Flussläufen Hochwasser auslösen, wenn Wasser nicht schnell
20 genug im Erdreich versickert und die Kanalsysteme überfordert werden.

21 Diesen Auswirkungen müssen wir vorbeugen und ihnen die Spitze nehmen. Denn eine
22 wirksame Klimaanpassung mit Hitze- und Sturzflutvorsorge in unseren Kommunen ist
23 damit unmittelbar auch Gesundheitsvorsorge für unsere Bevölkerung. Naturschutz,
24 Klimaanpassung und Natürlichen Klimaschutz müssen wir hierzu zusammen denken und
25 zusammen angehen.

26 Wir Grüne in Bayern wollen:

- 27 • Klimaanpassung zur kommunalen Pflichtaufgabe machen und die Finanzierung
28 sichern,

- 29 • das Bundes-Klimaanpassungsgesetz zügig und flächendeckend umsetzen,
- 30 • die Bayerische Klimaanpassungsstrategie schnell aufstellen und anpacken,
- 31 • Wasserrückhalt in der Fläche stärken und so auch die Grundwasserneubildung
32 verbessern,
- 33 • Schwammlandschaften, Schwammstädte und Schwammdörfer konsequent fördern,
- 34 • Auen renaturieren und ihre Funktion als natürliche Überschwemmungsgebiete
35 stärken,
- 36 • Moore wieder vernässen und renaturieren,
- 37 • die bayerischen Waldbesitzer*innen dabei unterstützen, ihre Wälder als
38 klimaangepasste Mischwälder zu bewirtschaften,
- 39 • Flächen entsiegeln und begrünen, Frischluftkorridore freihalten,
- 40 • Hitzeaktionspläne und deren Umsetzung in allen gefährdeten Kommunen
41 ermöglichen,
- 42 • eine Hitzestrategie „Hitzeschild 2030“ für ganz Bayern erstellen,
- 43 • Städtebauförderung auf die Stärkung der grünen und blauen Infrastruktur
44 ausrichten und
- 45 • Fachpersonal in den Ämtern stärken und Programme finanziell gut
46 ausstatten.

47 ^[1] [https://climate.copernicus.eu/copernicus-summer-2024-hottest-record-globally-](https://climate.copernicus.eu/copernicus-summer-2024-hottest-record-globally-and-europe)
48 [and-europe](https://climate.copernicus.eu/copernicus-summer-2024-hottest-record-globally-and-europe)

49 ^[2] LfU Bayern - <https://gruenlink.de/rtkf17k9zq>

Unterstützer*innen

Alexander Rohde (KV Freyung-Grafenau), Doris Wagner (KV München), Felix Gerstner (KV Neustadt/Aisch-Bad Windsheim), Ulrike Schweiger (KV Berchtesgadener Land), Lendita Musliji (KV München), Robert Blasius (KV Unterallgäu), Mareen Kutsch (KV München), Gabriele Masch (KV München), Anne Schmitt (KV Bamberg-Land), Bernhard Schübler (KV München-Land), Martin Züchner (OV Neuhausen-Nymphenburg), Claudius

Rafflenbeul-Schaub (KV Miesbach), Peter Knoff (KV Regensburg-Stadt), Viola Gießhammer (KV Ansbach), Karin Scherer (KV Erlangen-Land), Rita Petra Keller (KV Augsburg-Stadt)

A11 Für eine umwelt- und tiergerechte Tierhaltung als Teil einer naturgerechten Landwirtschaft in Bayern

Gremium: LAG Landwirtschaft, Wald und Ländliche
Entwicklung
Beschlussdatum: 19.09.2024
Tagesordnungspunkt: Fortsetzung TOP 7 Anträge

1 **Präambel**

2 Die Nutztierhaltung steht im Zentrum der Landwirtschaftspolitik und berührt
3 wesentliche gesellschaftliche Fragen: den Schutz unserer Umwelt, das Wohl der
4 Tiere, die Zukunft unserer Ernährung und die Sicherung der bäuerlichen
5 Landwirtschaft. Angesichts der drängenden Herausforderungen durch den
6 Klimawandel, des fortschreitenden Verlusts der Biodiversität und der wachsenden
7 ethischen Bedenken gegenüber der industriellen Tierhaltung ist ein grundlegender
8 Umbau der Nutztierhaltung unerlässlich.

9 Wir Grüne stehen für eine nachhaltige, tiergerechte und klimafreundliche
10 Landwirtschaft. Es ist an der Zeit, die Versäumnisse der Vergangenheit zu
11 korrigieren und den Weg in die industrielle Landwirtschaft zu verlassen. Bayern
12 hat die Chance, eine Vorreiterrolle in diesem Wandel einzunehmen mit einer
13 Landwirtschaftspolitik, die die richtigen Weichen stellt, um die Interessen von
14 Mensch, Tier und Natur in Einklang zu bringen.

15 Wir wollen eine Landwirtschaft in Bayern, die nachhaltig gesunde und sichere
16 Lebensmittel erzeugt. Gemeinsam mit den Betrieben der handwerklichen
17 Lebensmittelverarbeitung ermöglichen die Landwirtinnen und Landwirte unsere
18 zukünftige regionale Lebensmittelversorgung und steigern die Wertschöpfung in
19 den ländlichen Regionen in Bayern.

20 Für Artenvielfalt und den Klimaschutz brauchen wir einen Wandel in der
21 Landwirtschaft und in der Agrarpolitik. Wir sind für eine massive Reduktion des
22 Importes von Futtermitteln und damit auch einer Reduzierung der zusätzlichen
23 Einträge in unser Ökosystem, wir sind für eine erhebliche Pestizidreduktion, wir
24 sind für den Erhalt unserer Kulturlandschaften, die unsere Bayerische Heimat
25 ausmachen, aber auch für den Tourismus eine große Rolle spielen.

26 Unser Weg ist der einer Kreislaufwirtschaft und einer standortangepassten

27 flächengebundenen Tierhaltung.

28 **Landwirtschaftliche Tierhaltung als Teil einer naturgerechten und**
29 **standortangepassten Landwirtschaft**

30 Die natürliche Beziehung zwischen Wiederkäuern und Grasland ist das Ergebnis
31 einer jahrtausendealten Evolution. Rinder, Schafe und Ziegen sind perfekte
32 Grasverwerter und helfen auf extensiv beweidetem Grünland dabei, Kohlenstoff zu
33 speichern. Der Kuhfladen ist ein wahrer Hotspot der Artenvielfalt. Allein in der
34 Unterfamilie der Dungkäfer bietet er Lebensgrundlage für über 33 verschiedene
35 Arten.

36 Im Hinblick auf den Klimaschutz geht es darum, den CO₂-Ausstoß durch die
37 Landwirtschaft zu reduzieren und eine Landwirtschaft zu betreiben, die die
38 Qualität von Böden als Kohlenstoffspeicher erhält und verbessert.
39 Beweidung spielt hier eine Hauptrolle.

40 Dauergrünland bedeutet für Klimaschutz und Artenvielfalt erheblich viel. Vor
41 allem im Alpenvorraum und den Alpen gibt es noch viel Dauergrünland, das mit
42 Weidewirtschaft und dem Verfüttern von Heu gut erhalten werden kann. Diese
43 Wirtschaftsweisen richtig zu managen und auszubauen, ist ein zentraler
44 Bestandteil einer grünen Landwirtschaftspolitik. Dabei gilt es auch Überweidung
45 und Intensivierung zu verhindern und richtige Beweidung, etwa durch Behirtung,
46 zu fördern.

47 Die Ökosystemleistung für Klima- und Artenschutz durch Tiere in der
48 Landwirtschaft ist für uns auch das Kriterium, wenn wir die Flächenkonkurrenz
49 kritisch in den Blick nehmen. Nach wie vor ist der Flächenverbrauch durch
50 Gebäude und Straßen, (meist von landwirtschaftliche Flächen) mit 11 ha täglich
51 zu hoch, das entspricht etwa dem Drittel eines durchschnittlichen
52 landwirtschaftlichen Betriebes in Bayern. Wir stehen für das 5 ha Ziel.

53 46 % der Gesamtfläche Bayerns wird landwirtschaftlich genutzt, davon 65 % als
54 Ackerfläche und etwa 35 % als Grünland (1 % Sonstiges). Etwa die Hälfte der
55 Ackerfläche für den Anbau von Futtermitteln genutzt, bis zu einem Drittel für
56 die Erzeugung von pflanzlichen Nahrungsmitteln und 21 % für den Anbau von
57 Energiepflanzen.

58 Die Ökosystemleistung ist auch Kriterium für Tierfutter (vor allem für Schweine,
59 Hühner, aber auch Rinder) vom Acker. Wir sind für eine Reduzierung der
60 Anbauflächen von Tierfutter zu Gunsten von Flächen zur menschlichen Ernährung,
61 um den Anteil der Lebensmittelproduktion in Bayern und die Selbstversorgung etwa
62 mit Gemüse und Leguminosen für die menschliche Ernährung zu erhöhen.

63 Wir brauchen eine kluge und vielfältige Nutzung der Kulturpflanzen, um die
64 wachsende Nachfrage nach postfossilen Rohstoffen, Stichwort Bioökonomie, mit
65 ökologisch verträglichen Pflanzenanbau zu kombinieren. Bei der
66 Lebensmittelproduktion entsteht nicht-essbare Biomasse, z.B. Stroh bei der Ernte
67 von Getreide und Leguminosen; Spelzen oder Presskuchen in Mühlen und Ölmühlen;
68 Treber beim Brauen; Molke bei der Käseherstellung oder auch Klee gras als Teil
69 ökologischer Fruchtfolgen. In naher Zukunft wird ein steigender Anteil davon
70 auch für die Produktion vegetarischer Nahrungsmittel genutzt werden, z.B. durch
71 Fermentation oder als Substrat für Pilze. Der große Rest muss wie bisher wieder
72 in den landwirtschaftlichen Kreislauf zurück. Als Tierfutter können aus diesen
73 Reststoffen hochwertige Lebensmittel erzeugt werden und als Substrat für
74 Biogasanlagen erneuerbare Wärme und Strom. Aus der Tierhaltung und Biogasanlagen
75 entsteht am Ende der Kaskade wichtiger organischer Dünger.

76 Auf die tierhaltenden Betriebe in Bayern kommen große Herausforderungen zu:
77 Sinkender Fleisch- und Milchkonsum, die steigenden gesellschaftlichen
78 Anforderungen an den Tierschutz, internationale Konkurrenz und der Klimawandel
79 machen ein „Weiter so!“ unmöglich. Wir werden die bäuerlichen Betriebe in Bayern
80 auf neuen Wegen unterstützen. Wir freuen uns über die Fördermittel, die das
81 Bundeslandwirtschaftsministerium unter Cem Özdemir für den Umbau der Tierhaltung
82 und das „Chancenprogramm Höfe“ zur Verfügung stellt. Zudem bringt eine bessere
83 Kennzeichnung der Haltung und Herkunft von Tieren auf den Produkten den
84 Verbraucher*innen mehr Macht, die Landwirtschaft zu unterstützen, die sie
85 wollen.

86 Flächengebundene, standortangepasste Tierhaltung und eine Reduzierung der
87 Tierbestände und ein niedrigerer Fleischkonsum sind möglich. Seit Jahren sinkt
88 der Fleischkonsum und pflanzliche Alternativen zu Fleisch und Milch werden immer
89 besser und verfügbarer. Uns ist dabei wichtig, dass auch pflanzliche Proteine
90 möglichst regional und biologisch angebaut und zu sicheren Lebensmitteln
91 verarbeitet werden. Wir müssen verhindern, dass vegane Produkte hochverarbeitet
92 und hauptsächlich in großindustriellen Strukturen und mit patentierten Verfahren
93 hergestellt werden. Doch in Europa gibt es mit der Novel Food Verordnung eine
94 gute Grundlage für die Bewertung neuer Lebensmittel.

95 Eine andere Landwirtschaftspolitik und ein verändertes Kaufverhalten der
96 Verbraucher*innen gehen Hand in Hand. Die öffentliche Beschaffung und ein
97 entsprechende Anpassung der Gerichte in der Gemeinschaftsgastronomie sind die
98 großen Hebel für eine klimafreundlichere, nachhaltigere und gesündere Esskultur.
99 Um ein anderes Konsumverhalten zu ermöglichen und zu fördern, müssen wir
100 regionale Wirtschaftskreisläufe unterstützen und entsprechende Verarbeitungs-
101 und Vermarktungsstrukturen entlang der Kette Landwirtschaft, Handwerk, Handel
102 erhalten bzw. wieder aufbauen.

103 Wir wollen die bäuerliche Landwirtschaft erhalten, kleine und mittlere Betriebe

104 leisten einen wichtigen Beitrag zur Nahrungsmittelversorgung, zur Sicherung
105 wirtschaftlichen Existenzen und schaffen Arbeitsplätze auch im Nebenerwerb und
106 in Kombination mit anderen Erwerbsmöglichkeiten (z.B. Ferien auf dem Bauernhof).
107 Wegen ihrer Beiträge für die Kulturlandschaft ist sie unverzichtbar.

108 Gerade in Bayern wächst ein erfolgreiches Netzwerk von Landwirt*innen,
109 Unternehmer*innen und Wissenschaftler*innen, die mit pflanzlichen Proteinen
110 erfolgreich sind. Wenn wir diese Strukturen gut unterstützen, entsteht eine
111 große Chance für Landwirt*innen in Bayern. Wir wollen, dass besonders auch die
112 öffentliche Hand ihre Nachfragemacht nutzt und damit den Weg bereitet ein
113 anderes Konsumverhalten zu ermöglichen und zu fördern.

114 **Forderungen**

115 Wir setzen auf die Förderung ökologischer Landwirtschaft, flächengebundener
116 Tierhaltung, von Tierwohl und der Kreislaufwirtschaft

117 Wir unterstützen den ökologischen Umbau mit einer verlässlichen und starken
118 Förderung für Betriebe, die auf ökologische Landwirtschaft umstellen.
119 Insbesondere kleine und mittlere Betriebe sollen hierbei unterstützt werden. Wir
120 schaffen Anreizsystem, die landwirtschaftliche Kreisläufe stärken, um den
121 Einsatz von chemischem Düngemittel und Pestiziden zu reduzieren und die
122 Bodengesundheit zu fördern. Die Förderung lokaler und nachhaltiger
123 Futterproduktion soll verstärkt werden, um den Sojaimport zu reduzieren.

124 Flächenbindung und standortangepasste Tierhaltung muss zum Kriterium staatlicher
125 Förderung werden.

126 Wir wollen den Erhalt und den Ausbau von Dauergrünland durch gezielte Programme
127 erhalten und erweitern.

128 Die Bestandserweiterung soll nicht mehr Kriterium für die Förderung von
129 Stallbauten sein. Wir wollen gezielt den Um- oder Neubau von kleinen Ställen für
130 mehr Tierwohl fördern.

131 Um den Tieren den bestmöglichen Komfort zu bieten, muss in die Ausstattung der
132 Ställe, in Freilauf und Weide investiert werden. Förderprogramme für die
133 Umgestaltung und den Neubau von Ställen, die modernen Tierwohlstandards
134 entsprechen, sollen ausgebaut werden. Dies umfasst auch Anpassungen, die
135 notwendig sind, um den Anforderungen des Klimawandels gerecht zu werden, wie
136 Hitzeschutz, Belüftung und flexible Stallkonzepte.

137 Neue wissenschaftliche Erkenntnisse müssen systematisch in die Gestaltung von
138 Haltungssystem einfließen. Hierzu gehören Erkenntnisse über das Verhalten, die

139 Bedürfnisse und die physiologischen Veränderungen der Tiere.

140 Neben Investitionshilfen sollen finanzielle Anreize geschaffen werden, die den
141 Übergang zu nachhaltigeren und tiergerechteren Haltungsformen erleichtern. Zudem
142 sollen Betriebe unterstützt werden, die auf nachhaltige Produktionsweisen
143 umstellen und dabei kurzfristig wirtschaftliche Einbußen in Kauf nehmen müssen.

144 Der Wandel erfordert eine Veränderung der Routinen und Gewohnheiten in der
145 Landwirtschaft. Schulungs- und Beratungsangebote, die Landwirt*innen helfen,
146 neue Arbeitsmethoden und Technologien zu adaptieren, sind unerlässlich. Dazu
147 gehört auch die psychologische Unterstützung in einem Sektor, der mit vielen
148 Unsicherheiten und Belastungen konfrontiert ist.

149 Bei den Zuchtzielen sind wir für eine Abkehr von der Leistungsoptimierung,
150 dagegen müssen Ziele wie Gesundheit, artgerechte Ernährung, Lebensalter
151 verbindlich festgelegt werden.

152 Wir fördern kleine Schlachthöfe, das lebensmittelverarbeitende Handwerk, die
153 Verarbeitung weiterer tierischer Produkte und entsprechende Initiativen im
154 Handel, um kurze Wege und regionale Wirtschaftskreisläufe zu unterstützen bzw.
155 zu schaffen.

156 Wir unterstützen das Lebensmittelhandwerk, Gastronomie und Kantinen und Mensen
157 bei der Umstellung auf ökologische Lebensmittelproduktion und Bio-Essen.

158 Wir setzen uns dafür ein, Hauswirtschafter*innen und Köch*innen in Theorie und
159 Praxis so auszubilden, dass sie pflanzliche Alternativen einsetzen, Gerichte
160 frisch zubereiten und alle Teile eines Tieres verwerten können.

161 Wir sind für eine stärkere Förderung der Forschung und Entwicklung pflanzlicher
162 Proteinalternativen sowie die Unterstützung von Start-ups, Landwirt*innen und
163 kleineren und mittleren Unternehmen, die in diesem Bereich innovativ tätig sind.

164 Wir werden die Verbraucher*innenbildung und Ernährungsbildung in Kitas, Schulen
165 und in der Erwachsenenbildung ausbauen.

Unterstützer*innen

Bernhard Zimmer (BV KPV Bayern), Miriam Bergmann (KV Aschaffenburg-Land), Maria Krieger (KV Kelheim), Alexander Rohde (KV Freyung-Grafenau), Tom Aurnhammer (KV Nürnberg-Stadt), Doris Wagner (KV München), Ulrike Schweiger (KV Berchtesgadener Land), Monir Shahedi (KV Regensburg-Stadt), Claudius Rafflenbeul-Schaub (KV Miesbach), Gabriele Masch (KV München), Paulus Maximilian Guter (KV Erlangen-Stadt),

Viola Grießhammer (KV Ansbach), Karin Scherer (KV Erlangen-Land), Thomas Gehring (KV Oberallgäu), Christina Mader (KV Oberallgäu), Veronika Leiner (KV Oberallgäu), Marc Holland (KV Kempten)

A13 Solidarisch in der Krise - Katastrophenschutz in Bayern stärken

Antragsteller*in: Leon Eckert (KV Freising)

Tagesordnungspunkt: Fortsetzung TOP 7 Anträge

1 Schrobenhausen, Günzburg, Donauwörth, Pfaffenhofen, Allershausen, Nordendorf,
2 Hohenkammer, und viele weitere Orte in Bayern, jetzt zuletzt Niederösterreich
3 und Wien: Die Klimakrise zeigte sich alleine dieses Jahr in Bayern und in
4 unseren Nachbarländern zwei mal mit ihrer vollen Kraft: Starkregenereignisse,
5 Hochwasser und Überschwemmungen. Sogenannte Jahrhunderthochwasser erleben wir in
6 immer kürzeren Abständen. Diese Katastrophen werden mehr und sie werden
7 intensiver - und auch in Regionen, die bisher als sicher galten, führen starke
8 Regenfälle zu Schäden in unbekanntem Ausmaß. Zugleich nehmen aber auch Dürren,
9 Waldbrände und andere Flächenereignisse kontinuierlich zu.

10 Unsere große Stärke ist unser Ehrenamt. Tausende Helfer*innen in Feuerwehren,
11 Hilfsorganisationen, Rettungsdiensten und dem Technischen Hilfswerk (THW)
12 leisteten wieder einmal über Tage hervorragende Arbeit. Alleine in Bayern sind
13 es ca. 450.000 Ehrenamtliche, die Tag und Nacht für uns da sind. Ihnen gilt
14 unser Dank.

15
16 Bewegung im bayerischen Katastrophenschutz ist vorhanden. Themen wurden in den
17 letzten Jahren aufgegriffen und neue Konzepte entwickelt. Dennoch gilt: der
18 Katastrophenschutz muss weiterentwickelt werden und noch besser auf die sich
19 verschärfenden Bedrohungen der Klimakrise vorbereitet sein. Hierzu bedarf es
20 einer umfassenden Problem- und Maßnahmenanalyse, mit der unser jetziges
21 Katastrophenschutzsystem - vor allem auch in der administrativen Ebene - besser
22 an diese veränderte Realität angepasst wird. Es gilt, unsere Sicherheit,
23 Freiheit und Demokratie zu bewahren.

24
25 Wir GRÜNE stehen für einen zukunftssicheren Katastrophenschutz - dies haben wir
26 in unserem Beschluss auf der LDK 2021 festgehalten. Die Entwicklung im Freistaat
27 ist zu langsam: Daher müssen wir den Druck erhöhen, durch gesetzliche und
28 administrative Entscheidungen auf Landesebene schnell Veränderungen
29 herbeizuführen.

Es beginnt in den Köpfen: die Verwaltung fit machen für den Einsatzfall

30
31
32
33 Eine gute Einsatzabwicklung findet nur dann statt, wenn auch die
34 organisatorisch-administrative Ebene vorbereitet und ausgebildet ist. Wir GRÜNE
35 fordern eine Pflicht für die bayerischen Landrät*innen und

36 Oberbürgermeister*innen, sich und ihre Mitarbeitenden intensiver und umfassender
37 auf die Bewältigung von unvorhersehbaren Ereignissen vorzubereiten. Hierzu
38 müssen mehr und gezieltere Schulungen angeboten werden. In der organisatorischen
39 Ebene der Ämter muss klarer festgelegt sein, welcher Mitarbeiterkreis im
40 Katastrophenfall Aufgaben in den administrativen Krisenstäben übernimmt.
41 Regelmäßige Übungen können aufzeigen, welche logistischen Aufgaben in den
42 Gebäude nachgerüstet und welche kritischen Prozesse vor einem Ausfall bewahrt
43 werden müssen.

44
45 Zudem setzen wir uns dafür ein, auch auf Gemeindeebene zur besseren Organisation
46 im Krisenfall eine Stabebene in Bayern einzuführen. Wenn Schadenslagen räumlich
47 oder vom Aufwand immer größer werden, als im ersten Moment abzusehen, müssen
48 auch die Städte und Gemeinden taktisch und operativ eigenverantwortlich Aufgaben
49 übernehmen können. Hierzu wollen wir ein System erarbeiten, dass sich am Stab
50 für außergewöhnliche Ereignisse (SAE) des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen
51 orientiert. Diese arbeiten unterhalb der Landkreise und stehen im engen
52 Austausch mit den Führungskomponenten von Feuerwehr, Rettungsdienst, Polizei und
53 weiteren Akteur*innen der Gefahrenabwehr. Wir sind uns bewusst: auch hier ist
54 intensive Ausbildung notwendig. Regelmäßige Übungen für alle Ebenen müssen daher
55 Pflicht sein.

57 **Helpende Hände dringend gesucht: mehr Reserven für die Einsatzorganisationen**

58
59 Um diese und andere Großschadenslagen bewältigen zu können, brauchen unsere
60 Einsatzorganisationen dringend mehr Personal. Um dieses zu finden, muss die
61 Bevölkerung auf die ehrenamtlichen Tätigkeiten regelmäßig und bereits im
62 Jugendalter aufmerksam gemacht werden. Daher wollen wir eine einfache
63 Grundausbildung für Katastrophen- und Bevölkerungsschutz entwickeln, die
64 bayernweit bereits in den Jahrgangsstufen 9 bis 13 in den Unterricht integriert
65 wird und die Basis für die Feuerwehrgrundausbildung, die THW-Grundausbildung
66 oder auch den Rettungssanitäter darstellt. Erfolgreiche Modelle wie
67 Feuerwehrgruppen in Internaten oder Sanitätsgruppen im Bereich der
68 Ganztageschulen zeigen schon jetzt, wie Jugendliche zur späteren Mitarbeit in
69 den Hilfsorganisationen motiviert werden können. Die eigene Stärke Handeln zu
70 können in einer Ausnahmesituation können wir so flächendeckend verankern.

71
72 Doch nicht jeder kann und will ein zusätzliches Ehrenamt übernehmen. Daher
73 bestärken wir unsere Forderung, auch Mitwirkungsmöglichkeiten für
74 Spontanhelfende intensiv auszubauen. Wir GRÜNE fordern, eine Struktur auf
75 Landes- oder sogar Bundesebene zu entwickeln, die den Einsatz von Freiwilligen
76 bei Schadensereignissen erleichtert. Über ein übergeordnetes System können im
77 Einsatzfall Nachbarschaftshelfende alarmiert und informiert werden. Bisher zeigt
78 sich vor Ort oft, dass die Strukturen fehlen, diese Helfenden zu organisieren
79 und sinnvolle und passende Aufgaben zuzuweisen. Daher braucht es im Vorfeld klar
80 benannte Ansprechpartner*innen und Schulungen, wie im Einsatzfall mit den
81 spontanen Helfenden umgegangen werden muss. Auch ein rechtlicher und
82 versicherungstechnischer Rahmen muss hierfür geschaffen werden.

83

84 **Katastrophen kann der Staat nur MIT den Menschen lösen**

85

86 Wir müssen unsere gesamte Bevölkerung besser vorbereiten, sich in Einsatzlagen
87 besser selbst helfen zu können. Hierzu fordern wir die Selbstschutzbildung als
88 Pflichtaufgabe für die Kommunen in das Bayerische Feuerwehrgesetz aufzunehmen,
89 sodass nahe und niedrigschwellige Kontaktstellen zwischen dem Staat und den
90 Bürger*innen geschaffen werden. Mit einem jährlichen, bayerischen Übungstag
91 sollen alle Menschen in den Gemeinden angesprochen werden. Durch das Beüben
92 verschiedener Szenarien wird neben der sinnvollen Übung für alle Ebenen auch
93 alle mitgenommen und Interesse geweckt. Auch die Teilnahme am bayerischen
94 Warntag muss für die Städte und Gemeinden verpflichtend werden.

95

96 **Solidarität ist der Schlüssel für den besten Katastrophenschutz**

97 Nur gemeinsam können wir die Krisen unserer Zeit meistern. Wir GRÜNEN stehen für
98 eine Gesellschaft die in der Not die Hand ausstreckt.

99

100 Zusammen - Bürger*innen, Einsatzkräfte und Verwaltung - bewältigen wir auch die
101 Herausforderungen der Zukunft!

Unterstützer*innen

Maximilian Breu (KV Freising), Tobias Hobmaier (KV Landshut-Land), Sandra Smolka (KV Freising), Marius Schlosser (KV Bad Tölz-Wolfratshausen), Sarah Eisenberger (KV Bamberg-Land), Timm Schulze (KV Bamberg-Stadt), Elias Leikeb (KV Bamberg-Stadt), Jonas Langlotz (KV Bamberg-Stadt), Juliane Fuchs (KV Bamberg-Land), Daniel Kurz (KV Bamberg-Stadt), Sebastian Lützow (KV Bayreuth-Stadt), Felix Erbe (KV Roth), Andreas Hauner (KV Freising), Edgar Lampl (KV Neuburg-Schrobenhausen), Kornelia Haslbeck (KV Pfaffenhofen), Bernarda Callens (KV Lichtenfels), Andre Hermann (KV München), Hannah Quaas (KV Schwandorf), Alexander Rohde (KV Freyung-Grafenau), Monir Shahedi (KV Regensburg-Stadt), Aila Maria Cäcilia Banach (KV Bayreuth-Stadt), Kilian Gumpf (KV Dillingen), Arian Kunze (KV Ebersberg), Robert Blasius (KV Unterallgäu), Bettina Markl (KV Pfaffenhofen), Lukas Spanier (KV München), Ramona Rümelin (KV Freising), Johannes Rückerl (KV Regensburg-Stadt), Florian Siekmann (KV München), Tim-Luca Rosenheimer (KV Bamberg-Land), Sarah Onken (KV Ebersberg), Paulus Maximilian Guter (KV Erlangen-Stadt), Tanja Josche (KV Roth), Anne Schmitt (KV Bamberg-Land), Sven Altendorfer (KV Schweinfurt), Bernhard Schüssler (KV München-Land), Philipp Jonsson (KV Fürstenfeldbruck), Angelika Pflügler (KV Freising), Sebastian Seitz (KV Pfaffenhofen), Matthias Ostermann (KV Pfaffenhofen), Peter Knoff (KV Regensburg-Stadt), Karin Scherer (KV Erlangen-Land)

A14 Bayerns Wirtschaft zukunftssicher machen – Was der Standort Bayern braucht

Gremium: LAG Wirtschaft und Finanzen
Beschlussdatum: 19.09.2024
Tagesordnungspunkt: Fortsetzung TOP 7 Anträge

1 **Mehr Arbeits- und Fachkräfte für einen starken bayerischen Wirtschaftsstandort**

2 Bayerns Wohlstand kann nur erhalten werden, wenn ihn genügend Menschen ständig
3 neu erarbeiten. Deshalb brauchen wir heute und in Zukunft genügend Menschen in
4 Arbeit. Der demografische Wandel ist eine sehr große Herausforderung, denn er
5 bedeutet, dass mittelfristig mehr Menschen in Rente gehen, als jüngere in Arbeit
6 kommen. Der Fachkräftemangel war früher, inzwischen herrscht ein allgemeiner
7 Arbeitskräftemangel. Qualifikation und eine ausreichende Anzahl der
8 Arbeitskräfte sind entscheidend für Bayerns Wohlstand.

9 Daher müssen wir

- 10 • Die Rahmenbedingungen verbessern, damit mehr Menschen in Vollzeit arbeiten
11 können
- 12 • mehr qualifizierten Zuzug nach Bayern aus dem In- und Ausland ermöglichen.
- 13 • die Arbeits- und Lebensbedingungen für alle Menschen in Bayern attraktiv
14 machen.

15 **Wir bayerische Grüne fordern:**

- 16 • **Hürden für Frauen am Arbeitsmarkt abbauen**

17 In Bayern arbeiten Frauen überdurchschnittlich oft in Teilzeit. Gründe dafür
18 sind häufig Hürden, die Frauen am Arbeitsmarkt im Weg stehen. Diese Hürden
19 möchten wir abbauen. Eine wichtige Maßnahme für Familien ist der **Ausbau der**
20 **Kitaplätze und der Ganztagsbetreuung**. Auch Eltern und besonders auch
21 Alleinerziehende ohne helfenden Hintergrund (Familie, Freunde) sollen eine
22 Vollzeitbeschäftigung ausüben können. Würden erwerbstätigen Frauen in Teilzeit
23 in Deutschland ihre Wochenarbeitszeit um eine Stunde erhöhen, dann entspräche

24 das bundesweit 70.000 Vollzeit-Stellen.

25 • **Arbeitslose und Unterbeschäftigte in Arbeit bringen**

26 Auch wenn die Arbeitslosenzahl in Bayern mit 3,6% (Bund 6,0% - Zahlen vom Juli
27 2024) niedrig ist, sind doch fast 280.000 Menschen arbeitslos gemeldet,
28 zusätzlich zur Dunkelziffer außerhalb der Statistik. Auch hier besteht
29 Potential, mehr Menschen in Arbeit zu bringen. Eine gezielte Bekämpfung der
30 Ursachen dieser Arbeitslosigkeit ist erforderlich. Wenn die Zahl sinkt, werden
31 die Sozialsysteme direkt entlastet.

32 • **Berufliche Bildung stärken**

33 Die Auszubildenden von heute sind die Fachkräfte von morgen. Laut aktuellen
34 Berufsbildungsbericht hat Bayern innerhalb der westlichen Bundesländer 2022 nach
35 Hamburg und Hessen die geringste Ausbildungsquote und Lehrstellen bleiben
36 unbesetzt.

37 Das duale Ausbildungssystem gilt nach wie vor als eine der tragenden Säulen der
38 Wirtschaft und als weltweites Vorbild. Wir wollen dieses Potential vollständig
39 ausschöpfen und exzellent ausgebildete Nachwuchskräfte mit Visionen in die
40 Arbeitswelt der Zukunft entlassen. Berufliche Bildung muss mit der Zeit gehen.
41 Es gilt, Ausbildungsordnungen hinsichtlich Ausbildungsberufsbild,
42 Ausbildungsrahmenplan sowie die Abschlussprüfungen an die Veränderungen durch
43 technologischen Fortschritt und aktuelles Zeitgeschehen anzupassen. Den
44 beruflichen Schulen und überbetrieblichen Ausbildungsstätten muss vom Freistaat
45 ein ausreichender Etat für personelle sowie materielle Ausstattung und
46 Fortbildung zugewiesen werden.

47 Berufliche Orientierung durch verpflichtende Betriebspraktika berufspraktische
48 Inhalte und Beratung für den Weg zur Ausbildung muss an allen Schularten ab der
49 7.Klasse fest verankert werden. Diese Praktika ermöglichen es den Unternehmen
50 auch, um für sich und den jeweiligen Beruf zu werben.

51 • **Zuziehende unterstützen**

52 Menschen, die zusätzlich nach Bayern kommen, haben je nach Ausbildung und Stand
53 der Integration unterschiedliche Bedarfe, die sich wie folgt priorisieren
54 lassen:

- 55 ◦ Wohnraum
- 56 ◦ Arbeit
- Erwerb von Deutschkenntnissen
- Unterstützung bei den bürokratischen Schritten

- 57 ◦ Zügige Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen
58 ◦ Integration, Kontakte im Umfeld
59 ◦ Wohlfühlfaktoren

59
62 Zuziehende Deutsche oder eine Österreicherin oder ein Schweizer werden die
63 Herausforderungen beim Zuzug in der Regel alleine bewältigen. ExPats erhalten
60
64 oft von ihrem Arbeitgeber oder spezialisierten Agenturen die erforderliche
65 Unterstützung.
61

66 Andere Arbeitskräfte haben bei den ein oder anderen oben genannten Punkten
67 Bedarfe, - **Das Ziel muss sein: Schritt für Schritt selbständig und unabhängig**
68 **von Unterstützung zu werden. Vollwertig integrierte Menschen stärken unsere**
69 **Wirtschaft und unsere Sozialsysteme, denn die Arbeitenden zahlen Steuern und die**
70 **Bezüge der Rentnerinnen und Rentner.**

71 Gezielte Integration von Menschen aus den verschiedensten Ländern und Kulturen
72 bereichert nicht nur unser Land, sondern verringert auch Ängste und Vorurteile
73 der schon länger hier Ansässigen und hilft, die Herausforderungen gemeinsam
74 anzupacken. Für die Zugezogenen ist die Integration sicherlich die wichtigste
75 Voraussetzung, um langfristig in Bayern zu leben und zu arbeiten.

76 **Die Rahmenbedingungen für eine lebenswerte Zukunft** sind in Bayern und
77 Deutschland noch immer vorhanden und **müssen verteidigt und gepflegt werden:**
78 Sicherheit, Rechtsstaat, ein funktionierendes Gemeinwesen und die soziale
79 Absicherung, eine offene Gesellschaft mit Entwicklungsmöglichkeiten für alle und
80 hohe Standards im Arbeits- und Gesundheitsschutz.

81 Hinzu kommt ein im europaweiten Vergleich hochwertiges Gesundheitswesen, Kunst
82 und Kultur, Traditionen und Innovation, sowie schöne Landschaften, die zentrale
83 Lage in Europa und die Internationale Anbindung.

84 Diese Faktoren kommen allen Einwohnerinnen und Einwohnern Bayerns zugute und
85 tragen so zur gegenseitigen Akzeptanz bei.

86 • **Stärkung des ländlichen Raums - auch zur Entlastung der Ballungsgebiete**

87 Der ländliche Raum kann als Wohn- und Arbeitsort noch attraktiver werden, wenn
88 es eine gute Verkehrs- und Digitalinfrastruktur gibt und attraktiver Wohnraum
89 vorhanden ist.

90 Denn es gibt in Bayern viele **Regionen mit bezahlbarem Wohnraum und manche mit**
91 **Leerstand.** Wenn sie attraktiver werden, **kann ein Zuzug in diese Regionen die**
92 **Ballungsräume entlasten und diese Regionen stärken, was eine Win-win-Situation**
93 **bedeutet.** In Bayern handelt es sich hier allerdings um ländliche Räume und

94 kleinere Städte, mit - jenseits des privaten KFZ - meist sehr schlechter
95 Verkehrsinfrastruktur. Arbeitende haben hier längere Wege. Wenn diese nur mit
96 eigenem KFZ bewältigt werden können, ist das teuer und anstrengend.

97 Es braucht **eine Initiative zum strategischen Ausbau von Bus & Bahn**, die die
98 Regionen mit vorhandenem und bezahlbarem Wohnraum an die wirtschaftsstarken
99 Regionen passend und attraktiv anbindet. Es gibt im ländlichen und
100 strukturschwachen Raum viele öffentliche Fördermöglichkeiten für die Schaffung
101 von modernem, attraktivem Wohnraum. Dies findet überwiegend im Bestand statt, so
102 dass zusätzlich beim Ressourcen- und Energieverbrauch gegenüber Neubauten
103 gespart wird. Die gute **Verkehrsanbindung und auch der Breitbandanschluss** sind
104 für die meisten arbeitenden Menschen erforderlich, um im ländlichen Raum wohnen
105 und leben zu können.

106 Dies ist auch ein wirksamer Faktor für gleichwertige Lebensverhältnisse und
107 gegen das gesellschaftlich gefährliche Gefühl, abgehängt und nicht wertgeschätzt
108 zu werden.

109 Genügend Arbeitsplätze allein reichen nicht, um Bayern attraktiv zu machen. Das
110 Gesamtpaket muss stimmen. Unser grüner Ansatz für ein lebenswertes Bayern hat
111 genau das im Blick. Nach den Menschen widmet er sich im zweiten Teil den
112 Unternehmen:

113 **Unternehmen für Bayerns Zukunft & Infrastruktur für Bayerns Unternehmen**

114 Auch wenn Bayerns Unternehmen, egal ob Handwerk, Mittelstand oder Industrie,
115 aktuell genügend Arbeit bieten können und in den unterschiedlichsten
116 Wirtschaftszweigen erfolgreich sind, haben sie neben dem Arbeitskräftemangel
117 noch zahlreiche weitere Herausforderungen.

118 In vielen Unternehmen herrscht kaum zu bewältigender Digitalisierungsstau,
119 überwiegend wegen nicht genügend eigenem Fachpersonals und überlasteten,
120 unterbesetzten Dienstleistern in der IT-Branche.

121 Die Multikrisen der letzten Jahre haben die Unternehmen geschwächt und
122 gestresst. Der Wandel der globalen Rahmenbedingungen (Schutzzölle, De-Risking,...)
123 bedeuten weiteren Veränderungsdruck für viele Unternehmen.

124 Die Unternehmen müssen zusätzlich große Anstrengungen bei Umbau oder Austausch
125 ihrer auf Öl, Kohle und Gas basierenden Prozesse und Ausrüstungen leisten.

126 Die Energiewende schreitet zwar im Stromsektor bei der Erzeugung gut voran,
127 gerade in Bayern aber wurden bekanntlich der Ausbau der Stromtrassen und der
128 Windkraft versäumt und auch keine Initiativen zum Energy Sharing und zum

129 Speicherausbau gestartet. Die Unternehmen fragen sich da zurecht, ob genügend
130 günstiger Strom in Bayern zur Verfügung stehen wird, oder ob aufgrund von
131 Engpässen die Preise unkalkulierbar werden.

132 Wir planen daher:

133 • **Digitalisierungsinitiative für bayerische Unternehmen**

134 Grundsätzlich fehlen neben den umsetzenden IT-Fachkräften auch die gestaltenden
135 Planer, Projektleiter und Business Analysts. Denn Digitalisierungsprojekte
136 greifen in alle Bereiche der Wirtschaft und Gesellschaft ein und müssen auch
137 entworfen und gemanagt werden. Für diese Schlüsselpersonen und-funktionen
138 **braucht es eine Aus- und Fortbildungsinitiative**. Da gerade hier die Zeit
139 besonders drängt, müssen solche Fachkräfte auch angeworben werden.

140 Zusätzlich benötigen wir **die Schaffung von Zentren zur Digitalisierungs-**
141 **Unterstützung für KMU's**. Der Aufbau dieser Zentren soll in Zusammenarbeit mit
142 Hochschulen und Wirtschaftsverbänden erfolgen. Ziel ist die Erarbeitung von
143 konkreten Paketen, die Best Practices in den verschiedenen Sektoren beschreiben
144 und KMU's so eine zügige Umsetzung ihrer Digitalisierungspläne ermöglichen.

145 • **Weitere Anstrengungen beim Breitbandausbau und das Schließen der**
146 **Funklöcher**

147 Hier sind wir in Bayern im internationalen Vergleich schlecht; der Zustand ist
148 beschämend. Der Ausbau ist ein entscheidender Standortfaktor und relevant für
149 die nationale wie internationale Wettbewerbsfähigkeit.

150 Hier ist es geboten, dass Bayern aus dem hinteren Feld nach vorne aufschließt.

151 • **Förderprogramme vereinfachen und dem Mittelstand zugänglich machen**

152 Der Freistaat Bayern investiert jährlich aus dem Etat des
153 Wirtschaftsministeriums ca. 1 Mrd. Euro für allgemeine sowie regionale und
154 strukturelle Wirtschaftsförderung. Die Fördermöglichkeiten sind so vielfältig
155 und unübersichtlich, dass insbesondere KMU sich ohne professionelle
156 Unterstützung (Förderlotsen) kaum einen Überblick verschaffen können. Zudem sind
157 die Anträge oft sehr aufwendig, weshalb kleinere Unternehmen darauf verzichten.
158 Für KMU brauchen wir eine verbesserte Beratung und einfacheren Zugang zu
159 bayerischen Förderprogrammen. Außerdem braucht es eine deutliche Verschlinkung
160 und mehr Transparenz, um Mitnahmeeffekte zu unterbinden.

161 • **Unterstützung der Unternehmen beim Umstieg auf klimafreundliche**
162 **Technologien durch flexible Abschreibungsmöglichkeiten**

163 Wer Fossil-basiertes ersetzt durch klimafreundlichere Technologie auf Basis
164 erneuerbarer Energien, kann die dafür erforderlichen Investitionen flexibel
165 abschreiben, und zwar per jährlicher Entscheidungsmöglichkeit über die Höhe der
166 anteiligen Abschreibung.

167 Da die Unternehmensbesteuerung Sache des Bundes ist, muss dieser Punkt kongruent
168 vom Bund geregelt werden. Die dadurch angereizten Investitionen stärken die
169 bayerische Wertschöpfung.

170 • **Eine Initiative zu Energy Sharing und Speichertechnologien**

171 Energy Sharing ermöglicht Unternehmen und Privatpersonen in ihrem näheren Umfeld
172 ihren Strom, Wärme oder Kälte zu attraktiven und unbürokratischen Bedingungen zu
173 teilen. Es ist dabei nicht nur ein Weg mehr Menschen gemeinsam an der
174 Energiewende teilhaben zu lassen, sondern auch eine Chance für die Unternehmen
175 ihren eigenen Standortvorteil auszubauen. Wir benötigen im dezentralen
176 Stromsystem der Zukunft vermehrt Speichertechnologien. Wir brauchen eine breite
177 Palette an skalierbaren und sofort einsetzbaren Speichertechnologien für
178 Unternehmen und Energieversorger. Wasserstoff allein ist keine ausreichende
179 Lösung, zumal er in anderen Bereichen sinnvoller und effizienter eingesetzt
180 werden kann. Neue Möglichkeiten der Vermarktung gespeicherter Energie und im
181 Bereich des Energy Sharing schaffen einen neuen Investitionsanreiz für die
182 Unternehmen in Bayern. Neben der gesetzgeberischen Gestaltung planen wir auch
183 eine Forschungs- und Anwendungsinitiative im Bereich der Speichertechnologien.

184 • **Weiterer Ausbau der Erneuerbaren Energien**

185 Erneuerbare Energien sind ein Standortvorteil. Für das Erreichen der Ausbauziele
186 reicht es nicht aus, nur auf die Ausbauzahlen bei Solarenergie oder Wasserkraft
187 zu verweisen. Auch das 2%-Ziel für die Windenergie muss konsequent umgesetzt
188 werden, um ausreichend Flächen für die Windenergie zur Verfügung zu stellen.
189 Zusätzlich müssen auch die Genehmigungsprozesse in den bayerischen Behörden
190 beschleunigt werden u.a. durch eine angemessene personelle Ausstattung.
191 Netzbetreiber müssen zur Aufschaltung (Netzzugang) neuer Anlagen binnen zwei
192 Monaten nach Errichtung verpflichtet werden.

193 Die Übertragungs- und Verteilnetze müssen den neuen Bedingungen entsprechend
194 angepasst und wo nötig ihr Ausbau beschleunigt werden.

Unterstützer*innen

Susann Freiburg (KV Lichtenfels), Sascha Müller (KV Schwabach), Dieter Janecek (OV Neuhausen-Nymphenburg), Frank Wigger (KV Nürnberg-Stadt), Maria Krieger (KV Kelheim), Doris Wagner (KV München), Christian Hartranft (KV München), Martin Züchner

(OV Neuhausen-Nymphenburg), Britta Jacob (KV Dachau), Evelyn Eckert (KV München), Sven Ingenfeld (KV München), Helga Mandl (KV Traunstein), Irina Freihart (KV München), Ulrich Blessing (KV München), Eike Hallitzky (KV Passau-Land), Henrik Schmidt-Heck (KV Roth), Katrin Grünbaum (KV Fürth-Stadt), Nicola Tews (KV Aschaffenburg-Stadt), Christoph Lochmüller (KV Ebersberg), Claudius Rafflenbeul-Schaub (KV Miesbach), Sanne Kurz (KV München), Tom Aurnhammer (KV Nürnberg-Stadt), Martina Neubauer (KV Starnberg), Lendita Musliji (KV München), Ulrike Schweiger (KV Berchtesgadener Land), Andreas Auer (KV Passau-Stadt), Martin Wolf (KV Miesbach), Gabriele Masch (KV München), Tanja Josche (KV Roth), Michael Sasse (KV Rosenheim), Ingrid Schröder-Donaubauer (KV Regensburg-Land), Günter Bolz (KV Nürnberg-Land), Lucas Pöllinger (KV Schwandorf), Frédérique Schmidt-Baricault (KV Fürstenfeldbruck), Heidi Schiller (KV München), Philipp Jonsson (KV Fürstenfeldbruck), Paulus Maximilian Guter (KV Erlangen-Stadt), Stephan Fritsch (KV Erlangen-Stadt), Peter Hartmann (KV Bad Kissingen), Katharina Bach (KV Ansbach), Roland Barfus (KV München), Wolfgang Hofmann (KV Bad Kissingen), Rudolf Schmidhuber (KV Mühldorf), Karin Scherer (KV Erlangen-Land), Jan Schollmeier (KV Bamberg-Stadt), Alexander Rohde (KV Freyung-Grafenau)

A15 Humanität und Ordnung: Auf uns GRÜNE kommt es an

Antragsteller*in: Manuela Rottmann (KV Bad Kissingen)
Tagesordnungspunkt: Fortsetzung TOP 7 Anträge

1 Bündnis 90/DIE GRÜNEN sind die Partei des Rechtsstaats und der Menschenrechte.
2 Unser Menschenrechtsverständnis ist universell. Egal welcher Herkunft, welchen
3 Geschlechts, welcher sexuellen Orientierung, welcher Religion, welchen Handicaps
4 – alle Menschen haben ein Recht auf ein Leben in Würde und Respekt und auf
5 gleiche Chancen. Dieses humanistische, menschenrechtliche Leitbild ist durch
6 viele Ideologien weltweit bedroht. Nationaler oder religiöser Chauvinismus,
7 Rassismus und Islamismus sind die Feinde der Menschenrechte, die größte Gefahr
8 für unsere vielfältige, freiheitliche Gesellschaft und unsere Sicherheit.

9 Bündnis 90/DIE GRÜNEN sind in der Geschichte der Bundesrepublik die Partei, die
10 früher als alle anderen Parteien die Realität des Einwanderungslands Deutschland
11 anerkannt und daraus politische Forderungen abgeleitet hat. Wir wissen, dass die
12 gute Integration Geflüchteter Voraussetzungen hat, dass sie den Geflüchteten
13 viel abverlangt, genauso wie der aufnehmenden Gesellschaft. Wir tragen in vielen
14 Großstädten, in den Landkreisen und Gemeinden und Bundesländern Verantwortung
15 für die Integration vor Ort. Unsere Mitglieder sind in einem hohen Maß
16 ehrenamtlich in der Unterstützung für Geflüchtete engagiert. Wir haben
17 Politikerinnen und Politiker in unseren Reihen, die selbst Fluchterfahrung
18 haben, vom Bundestagsabgeordneten bis zur stellvertretenden Ministerpräsidentin.

19 Andere sehen jetzt die Aufnahme Geflüchteter durch die Große Koalition in den
20 Jahren 2015/2016 als großen Fehler an, den man nicht wiederholen dürfe. Wir
21 GRÜNE haben schon in den Jahren vor 2015 laut auf die unzureichende
22 Unterstützung der Geflüchteten im Nahen Osten und aus Afghanistan in den
23 überforderten Aufnahmeländern der Region durch die internationale Gemeinschaft
24 und Deutschland hingewiesen. Es sind Fehler passiert. Aber nicht erst, als die
25 Menschen am Budapester Bahnhof gestrandet sind, sondern deutlich früher.

26 Wenn wir auf die Fluchtbewegungen der Geschichte blicken, gehen diese in der
27 Regel mit Konflikten auch in den Aufnahmegesellschaften einher. Große Teile der
28 internationalen Gemeinschaft haben zwar mit der Genfer Flüchtlingskonvention
29 rechtliche Konsequenzen aus den Fluchtbewegungen der nationalsozialistischen
30 Diktatur in Deutschland und des von Deutschland ausgehenden II. Weltkriegs
31 gezogen. Aber selbst die Aufnahme der 12 bis 14 Millionen Geflüchteten deutscher
32 Sprache, der Vertriebenen, in Österreich und den vom Krieg zerstörten beiden

33 deutschen Staaten war von Feindseligkeit und Überforderung begleitet. Rechtliche
34 Regeln allein reichen für eine gelingende Fluchtpolitik nicht aus. Wir brauchen
35 eine klare Absage an Rassismus und Intoleranz, wir brauchen aber auch Lösungen
36 für die entstehenden Probleme. Nur dann schaffen wir eine breite
37 gesellschaftliche Akzeptanz – das wesentliche Gegenmittel gegen eine strikte
38 Abschottungspolitik.

39 Fluchtbewegungen werden uns weiter begleiten. Angesichts der zahlreichen
40 gewalttätigen Auseinandersetzungen in der Nähe Europas und dem Verlust der
41 Lebensgrundlagen aufgrund des Klimawandels wird die Bewahrung unserer liberalen,
42 rechtsstaatlichen und toleranten europäischen Gesellschaftsordnungen, unserer
43 Sicherheit und des Zusammenhalts der Europäischen Union wesentlich davon
44 abhängen, ob wir auf die Herausforderungen durch Flucht die richtigen Antworten
45 finden.

46 Wir, Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Bayern, in Deutschland und die Grüne Bewegung in
47 Europa werden dabei als starke Stimme für Rechtsstaatlichkeit, Integration und
48 Menschenrechte gebraucht. Wir selbst haben es in der Hand, ob wir das Vertrauen
49 der Bürgerinnen und Bürger gewinnen für eine Politik, die Zuflucht und
50 Integration sichert und die Schwierigkeiten der Aufnahme von Geflüchteten
51 bewältigt.

52 Das Gespräch über die Realität der Integration Geflüchteter und über die
53 Aufnahmekapazitäten in Deutschland und in der EU ist schwierig geworden. Die
54 Verschärfung des Tons und die Zunahme rassistischer Aussagen über rechtsextreme
55 Parteien hinaus verengt im gesamten politischen Spektrum den Diskurs. Es droht,
56 dass das eine politische Lager nur noch über Probleme von Fluchtmigration
57 spricht und dabei sogar Migration generell nur noch negativ beschreibt, während
58 das andere Lager in Reaktion darauf die Probleme und Herausforderungen nicht
59 mehr adressiert, aus Furcht vor Verallgemeinerungen und einer Zunahme des
60 Hasses.

61 In diese Falle dürfen wir nicht tappen. Die Differenzierung, deren Fehlen wir
62 bei anderen oft zu recht kritisieren, müssen wir auch selbst leisten. Denn dann
63 werden wir als glaubwürdige Stimme wahrgenommen, gerade von denen, die sich eine
64 rationale Debatte und pragmatische Lösungen wünschen. Dazu gehört auch die
65 Unterscheidung zwischen fremdenfeindlich motivierten Einwänden gegen Geflüchtete
66 und dem berechtigten Hinweis auf eine tatsächliche Überforderung bei der Aufnahme
67 und Integration. Wenn uns das trotz der aufgeheizten Debatte gelingt, dann
68 gewinnen wir die Menschen, die genau das Gegenteil von Fremdenfeindlichkeit
69 wollen, nämlich eine funktionierende Integration und eine gute Perspektive für
70 Geflüchtete in Deutschland. Schließlich: Auch wir sind nicht gefeit vor
71 Fehleinschätzungen und sollten uns zugestehen, dass wir einerseits unsere
72 Prinzipien wahren und andererseits bereit sind, über neue Lösungsansätze offen
73 zu diskutieren.

74

Reduzierung ungesteuerter Zuwanderung

75 Die Integrationsfähigkeit eines Landes ist keine starre Größe, sie ist aber auch
76 nicht beliebig und vor allem nicht kurzfristig zu vergrößern. Es ist Bündnis
77 90/DIE GRÜNEN zu verdanken, dass der lange Widerstand gegen eine verlässliche
78 Co-Finanzierung der Integrationskosten in den Kommunen in der Bundesregierung
79 überwunden und 2023 ein verlässlicher Beitrag des Bundes vereinbart wurde. In
80 Bayern achten wir darauf, dass diese Mittel auch vollständig und zügig in den
81 Kommunen ankommen.

82 Aber Geld ersetzt kurzfristig keine fehlenden Fachkräfte für die Integration,
83 ehrenamtlich Engagierte oder Bauplätze für Kindergärten oder Wohnungen. Extreme
84 Spitzen bei den Asylgesuchen wie in den Jahren 2015/16 und 2022/23 und ein
85 weiterhin hohes Grundniveau – neben dem Erfordernis, kurzfristig eine hohe Zahl
86 von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine aufzunehmen – führen dazu, dass
87 Integration verzögert und erschwert wird: Die Geflüchteten bleiben länger in
88 provisorischen Unterkünften, sie warten länger auf Integrations- und Sprachkurse
89 oder berufliche Qualifikation, die Klärung eines Bleiberechts verzögert sich
90 wegen Überlastung der Behörden, ebenso die Anerkennung von Abschlüssen. Auch die
91 Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes kann solche Spitzen nicht gut abfangen. Aus
92 solchen Verzögerungen entstehen Hürden, die sich oft auch noch viele Jahre
93 später nachteilig auswirken.

94 Es stimmt, dass der Mangel an bezahlbaren Wohnungen, Lücken in der
95 gesundheitlichen Versorgung oder die Überforderung der Bildungs- und
96 Betreuungseinrichtungen ein schon länger und unabhängig von der
97 Fluchtzuwanderung bestehendes Problem in Deutschland sind. Aber diese Analyse
98 enthebt uns nicht von der berechtigten Erwartung der Bevölkerung und derjenigen,
99 die die Integrationsarbeit vor Ort in den Kommunen leisten, dass Lösungen dafür
100 gefunden werden und dass die Lage nicht noch weiter verschärft wird.

101 Deutschland kann und wird seiner Verantwortung für den Schutz vor Verfolgung
102 weiter nachkommen. Über die Fluchtmigration hinaus wird unser Land seine
103 grundlegende Integrationsfähigkeit, etwa im Bildungssystem, dauerhaft verbessern
104 müssen. Dennoch brauchen wir jetzt eine Stabilisierung der Zahl der hier zu
105 versorgenden Geflüchteten auf einem für die Integration leistbaren Niveau.
106 Belegte Turnhallen sind weder für die Gesellschaft noch für die Geflüchteten
107 eine wünschenswerte Situation.

108 Die Erhöhung des Drucks auf Geflüchtete, die bereits hier in Deutschland leben,
109 wie sie die Union fordert, ist dafür nicht das richtige Mittel. Die zwangsweise
110 Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften, das Fernhalten vom Arbeitsmarkt oder
111 die weitere Verringerung staatlicher Unterstützung unter das Existenzminimum
112 erhöht die Integrationshindernisse und das Risiko von Konflikten und Gewalt. Die
113 erhoffte Abschreckungswirkung ist widerlegt.

114 Wir sind vielmehr davon überzeugt, dass es richtig war, dass die Bundesregierung
115 den Zugang Geflüchteter zu Arbeit beschleunigt hat, und fordern hier weitere
116 Erleichterungen, Unterstützung und Anreize. Dies kann auch die Verpflichtung zu
117 gemeinnütziger Arbeit als ersten Schritt in die Arbeitsmarktintegration
118 umfassen, sofern die Kommunen dies mit vertretbarem Aufwand leisten können und
119 wollen.

120 **Rückkehr zu einer Gemeinsamen Fluchtpolitik der** 121 **EU unterstützen**

122 Die EU ist unter Druck von autoritären Regimen, die aktiv den Zerfall dieses
123 historisch einmaligen Staatenverbunds vorantreiben, von Rechtsextremisten und
124 Populisten in Europa, die sich willfährig für die Erfüllung dieser Aufgabe
125 hergeben, aber auch durch die unterschiedliche Betroffenheit, die
126 unterschiedlichen Erfahrungen und die unterschiedliche Interessenlage der
127 Mitgliedstaaten im Hinblick auf Zuwanderung allgemein und Fluchtzuwanderung im
128 Besonderen. Geflüchtete sind teilweise zum Mittel geworden, um die EU
129 anzugreifen und auseinanderzutreiben. Belarus und Russland haben auch dieses
130 Mittel bereits angewendet.

131 Die Europäische Union ist eine Rechtsgemeinschaft ohne eigenen Vollzugsmacht. In
132 der Flüchtlingsfrage zeigt sich verstärkt, dass geltendes Recht in der Praxis
133 immer weniger eingehalten wird. Illegale Push-Backs an den Außengrenzen sind
134 tägliche Praxis, das Dublin-System funktioniert schon lange nicht mehr, die
135 geduldete oder geförderte Durchreise Geflüchteter aus den Erstankunftsländern
136 findet weiter statt, weil ein geordneter Verteilmechanismus nicht durchsetzbar
137 ist. Eine Rechtsgemeinschaft, in der Recht in der Realität nicht mehr
138 eingehalten wird, wird aber auf Dauer zerfallen.

139 Klar ist für uns: Ein Scheitern der EU wird die Lösung vieler globaler Probleme
140 unmöglich machen und die Situation für Geflüchtete definitiv nicht verbessern.
141 Zur aktuellen europäischen Realität gehört allerdings eine rechtspopulistische
142 Regierung wie die ungarische, die jede Zuwanderung strikt ablehnt. Dazu gehört
143 auch europafreundliche, liberale Regierung wie die Polens, die bei der Aufnahme
144 ukrainischer Kriegsflüchtlinge Enormes leistet, aber die Aufnahme Geflüchteter
145 aus anderen Weltregionen ablehnt. Damit müssen wir umgehen, ob es uns gefällt
146 oder nicht.

147 Die Rückkehr zu einer gemeinsamen europäischen Asylpolitik ist daher
148 unerlässlich. Wir unterstützen daher ausdrücklich den Beitrag der deutschen
149 Regierung und insbesondere unserer Außenministerin Annalena Baerbock zum
150 Gemeinsamen Europäischen Asylsystem.

151 Innereuropäische Grenzkontrollen sind dann zu rechtfertigen, wenn sie durch eine

152 akute Sicherheitsgefährdung angezeigt sind. Dauerhafte innereuropäische
153 Grenzkontrollen gefährden den Zusammenhalt der EU und lösen das Problem nicht,
154 sondern verschieben es allenfalls. Die grundlegende Lösung liegt nicht an den
155 deutschen Grenzen, sondern in der Kontrolle der europäischen Außengrenzen unter
156 Einhaltung des Flüchtlingsrechts und in einer verlässlichen Zusammenarbeit mit
157 den Herkunfts- oder Transitregionen.

158 **Internationale und europäische Fluchtpolitik**

159 Weltweit nimmt die Zahl der Geflüchteten stark zu. Gleichzeitig sind
160 Schleusungen in die EU und nach Deutschland ein Milliardengeschäft geworden, für
161 das in erster Linie die Menschen, die sich auf diesen gefährlichen Weg machen,
162 einen hohen Preis bezahlen, oft den Preis ihres Lebens, während Schutzbedürftige
163 ohne finanzielle Mittel nur eine geringe Chance auf Aufnahme in die EU haben.
164 Alle Argumente sprechen dafür, die geordnete Umsiedlung Geflüchteter direkt aus
165 Herkunfts- oder Nachbarländern auszubauen, und die ungeordnete Zuwanderung über
166 die gefährlichen Fluchtrouten zu verringern. Dies kann gelingen durch die
167 Auslagerung der Prüfung von Asylgesuchen an die Außengrenzen und in
168 Drittstaaten, unter der Bedingung, dass die Einhaltung der Vorgaben der Genfer
169 Flüchtlings- und der Europäischen Menschenrechtskonvention nicht nur auf dem
170 Papier, sondern in der Praxis gewährleistet werden kann, dass Deutschland und
171 die EU ihre Zusagen zur Übernahme von Kontingenten – anders als oft in der
172 Vergangenheit – einhalten und auch bereit sind, legale Wege zur Zuwanderung in
173 die EU für diejenigen, die nach Ausbildung oder Arbeit suchen, zu eröffnen.

174 Nachbarstaaten in den Krisenregionen, die schon heute die größte Zahl an
175 Geflüchteten aufnehmen, müssen dauerhaft und verlässlich bei dieser Aufgabe
176 unterstützt und durch die Übernahme von Geflüchteten in die EU entlastet werden,
177 und zwar nach fairen Kriterien und nicht mehr in Abhängigkeit ihres
178 Erpressungspotenzials. Deutschland und die EU bleiben weiter in der
179 Verantwortung, international Entwicklung, Frieden und den Schutz der
180 Lebensgrundlagen zu unterstützen. Eine Umwidmung der Entwicklungs- und
181 humanitären Hilfe in die Finanzierung von Fluchtabwehr und erpresserischen
182 Regimen würde die internationale Lage weiter destabilisieren und die Probleme
183 verschärfen, anstatt sie zu lösen. Wenn es eine Lehre aus den Jahren vor 2015
184 gibt, dann die, dass Deutschland und die EU ihre internationale Verantwortung
185 nicht verdrängen dürfen.

186 **Offenheit braucht Sicherheit: Abschiebungen auf** 187 **Straftäter und Gefährder konzentrieren**

188 Europa ist auch deshalb Ziel vieler Menschen aus anderen Regionen, weil es eine
189 sichere Region mit einem starken Rechtsstaat und enormer gesellschaftlicher
190 Freiheit und Toleranz im weltweiten Vergleich ist. Die Werte der

191 Gleichberechtigung der Geschlechter, religiöser und politischer Toleranz und der
192 Gewaltfreiheit sind keine exklusiv europäischen Werte. Der arabische Frühling,
193 Auslöser der Fluchtbewegung nach Europa vor knapp zehn Jahren, oder der
194 opferreiche, mutige Kampf der Iranerinnen und Iraner gegen das Mullah-Regime
195 zeigen uns, dass sich weltweit viele Menschen über ganz unterschiedliche
196 Kulturen hinweg für diese Werte einsetzen.

197 Wenn westliche Gesellschaften weiterhin offene Gesellschaften bleiben wollen,
198 müssen sie jedoch auch wehrhaft sein gegen diejenigen, die diese Werte
199 bekämpfen. Die ungesteuerte Flucht nach Europa wurde auch vom IS missbraucht, um
200 Täter islamistischer Anschläge einzuschleusen. Sie wird missbraucht, um
201 Geflüchtete zu radikalisieren. Sie bringt auch Menschen nach Europa, die für
202 ausländische Regimes arbeiten, oder Menschen, die in Gesellschaften mit einer
203 extrem patriarchalen Gesellschaftsordnung aufgewachsen sind und diese
204 Einstellung mitbringen.

205 Daraus entsteht eine Gefahr, vor der wir Geflüchtete genauso wie die ansässige
206 Bevölkerung schützen müssen.

207 Zum einen müssen wir uns dieser Gefahr stellen und in Prävention investieren.
208 Das setzt voraus, dass die Fluchtzuwanderung so geordnet wie möglich erfolgt.

209 Zum anderen müssen auf Radikalisierung, schwere Kriminalität und Gewalt schnelle
210 und klare Reaktionen erfolgen. Die Abschiebung von Gefährdern und Straftätern
211 ist richtig. Die von der Bundesregierung ermöglichten
212 Abschiebungserleichterungen müssen vor allem für die Beschleunigung der
213 Abschiebung dieser Personen genutzt werden. Wer stattdessen gut integrierte
214 Menschen ins Visier nimmt, die sich nichts haben zu Schulden kommen lassen, nur
215 um seine Statistik zu füllen, leistet der inneren Sicherheit und der Integration
216 einen Bärendienst.

217 **Geflüchtete einbeziehen in die Gestaltung der** 218 **Integration**

219 Die hohe Zuwanderung 2015/2016 liegt bald zehn Jahre zurück. Viele derjenigen,
220 die in dieser Zeit nach Deutschland gekommen sind, sind mittlerweile deutsche
221 Staatsbürgerinnen und Staatsbürger. Sie haben beruflich Fuß gefasst und wollen
222 Deutschland etwas zurückgeben.

223 Es ist an der Zeit, die Menschen nicht nur als Empfänger von Unterstützung zu
224 sehen, sondern als Bürgerinnen und Bürger, als Mitgestalter unseres Gemeinwesens
225 anzusprechen. Ob es um die Verhinderung von Radikalisierung oder um Wege zur
226 Erhöhung der Erwerbstätigkeit geflüchteter Frauen geht: Es ist an der Zeit, mit
227 den Geflüchteten nach Lösungen zu suchen, sie einzubinden in die Bewältigung der

228 Herausforderungen, sie zu ermutigen, sich in ihren Kommunen, in den Ländern und
229 im Bund einzubringen für ihre Communities und für das ganze Land.

Unterstützer*innen

Jens Marco Scherf (KV Miltenberg), Mirjam Bergmann (KV Aschaffenburg), Fabian Hamák (KV Bad Kissingen), Margit Pickel-Schmidt (KV Haßberge), Bernhard Zimmer (KV Berchtesgadener Land), Dieter Janecek (KV München-Stadt), Karina Werner-Waage (KV Miltenberg), Dirk Simon (KV Aschaffenburg-Stadt), Ludwig Hartmann (KV München-Stadt), Gerhard Kraft (KV Main-Spessart), Pia Rückert (KV Haßberge), Christian Koll-Schwarze (KV Haßberge), Claudius Rafflenbeul-Schaub (KV Miesbach), Markus Kuhn (KV Haßberge), Andreas Uhlich (KV Haßberge), Wolfgang Rzehak (KV Miesbach), Anita Amend (KV Haßberge), Lara Appel (KV Haßberge), Stefan Schmidt (KV Regensburg), Annika Bauer (KV Haßberge), Christoph Appel (KV Haßberge), Michael Groll (KV Haßberge), Michael Thomé (KV Haßberge), Anna Luckhardt (KV Haßberge), Roland Baumann (KV Haßberge), Tina Winklmann (KV Schwandorf), Maria Krieger (KV Kelheim), Lucas Pöllinger (KV Schwandorf), Hannah Quaas (KV Schwandorf), Frank Wigger (KV Nürnberg-Stadt), Tom Aurnhammer (KV Nürnberg-Stadt), Stefan Wagener (KV Aschaffenburg-Stadt), Britta Jacob (KV Dachau), Martina Neubauer (KV Starnberg), Rebecca Lenhard (KV Nürnberg-Stadt), Doris Wagner (KV München), Benjamin Adjei (KV München), Marion Hilger (KV Aschaffenburg-Land), Peter Brückner (KV Würzburg-Land), Alexander Rohde (KV Freyung-Grafenau), Sascha Müller (KV Schwabach), Katharina Wittig (KV München), Lena Werner (KV Main-Spessart), Christian Hartranft (KV München), Constantin Jahn (KV Dillingen), Maria Wißmiller (KV Ostallgäu), Ekin Deligöz (KV Neu-Ulm), Simone Artz (KV Würzburg-Stadt), Gerhard Müller (KV Würzburg-Land), Susann Freiburg (KV Lichtenfels), Sarah Onken (KV Ebersberg), Hans-Heinrich Sautmann (KV Fürstfeldbruck), Hans-Dieter Manger (KV Aschaffenburg-Land), Martin Beier (KV München), Lendita Musliji (KV München), Sanne Kurz (KV München), Jessica Hecht (KV Würzburg-Land), Dorothea Deutsch (KV Miesbach), Alexander Schnapper (KV Ansbach), Martin Wolf (KV Miesbach), Matthias Lewin (KV Haßberge), Harald Kuhn (KV Haßberge), Katrin Grünbaum (KV Fürth-Stadt), Marco Masi (KV Haßberge), Ulrike Schweiger (KV Berchtesgadener Land), Andreas Auer (KV Passau-Stadt), Joshua Augsburg (KV Bad Kissingen), Rotraut Arnold (KV Haßberge), Helga Mandl (KV Traunstein), Thomas Bauer (KV Haßberge), Thorsten Kellermann (KV München), Heidi Schiller (KV München), Alexander König (KV München), Markus Heurung (KV Bad Kissingen), Markus Königsdorfer (KV Unterallgäu), Peter Hartmann (KV Bad Kissingen), Thorsten Kanwischer (KV München-Land), Sven Altendorfer (KV Schweinfurt), Kornelia Haslbeck (KV Pfaffenhofen), Sebastian Seitz (KV Pfaffenhofen), Maximilian Nunn (KV Bad Kissingen), André Höftmann (BV KPV Bayern), Thomas Gehring (KV Oberallgäu)

A16 Alterssicherung nachhaltig, generationengerecht und armutssicher machen

Antragsteller*in: Claudius Rafflenbeul-Schaub (KV
Miesbach)

Tagesordnungspunkt: Fortsetzung TOP 7 Anträge

1 „Kinder kriegen die Leute immer“, unter diesem Eindruck der Babyboomer und des
2 Wirtschaftswunders der Nachkriegszeit ist das heutige, umlagefinanzierte
3 Rentensystem unter Kanzler Adenauer in seinen Grundzügen entworfen worden. Die
4 Annahmen von damals, Bevölkerungswachstum und Wirtschaftsboom, gelten schon
5 lange nicht mehr.

6 Bereits in den 2030er Jahren droht das bestehende Umlagesystem zu kollabieren.
7 In den vergangenen Jahren hat die relativ gute konjunkturelle Lage, die
8 Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit und die Migration die Rente stabilisiert.
9 Das heißt aber nicht, dass das System in Zukunft weiter stabil funktioniert.

10 Voraussichtlich gegen Ende dieses Jahrzehnts wird der Altersquotient 50 %
11 bereits übersteigen. Das heißt, dass weniger als zwei Menschen zwischen 20 und
12 65 Jahren auf eine Person über 65 Jahren kommen. Ab Mitte der 2030er Jahre wird
13 sich das Verhältnis voraussichtlich auf hohem Niveau und moderat steigend
14 stabilisieren.

15 Die wirtschaftliche Schwäche und die eher geringe Attraktivität Deutschlands für
16 ausländische Fachkräfte schwächen die Rente zusätzlich. Hinzu kommt ein Wandel
17 der Arbeitswelt, vorangetrieben durch neue Berufsbilder, Arbeitszeitreduzierung
18 und die Digitalisierung.

19 Der demografische Wandel und die Veränderung der Arbeitswelt machen eine andere
20 Rentenpolitik und einen neuen Generationenvertrag notwendig. Die
21 Alterssicherungsstrategie muss nachhaltiger aufgestellt werden, eine gerechte
22 Belastung aller Generationen gewährleisten und wirksam vor Altersarmut schützen.

Ganzheitlich absichern: Das Alterssicherungsniveau in den Fokus nehmen

24 Wer lange arbeitet, verdient einen Lebensabend bei gesichertem Lebensstandard.
25 Dazu tragen unterschiedliche Einkommensformen bei: Im Mittelpunkt stehen die
26 gesetzliche Rente für die meisten Arbeitnehmer*innen und Pensionsansprüche bei

27 bestimmten Berufsangehörigen und Beamten. Hinzu kommen die private und
28 betriebliche Altersvorsorge, Miet- und Kapitalerträge und zusätzliche
29 Erwerbseinkommen durch Arbeit über das Renteneintrittsalter hinaus. Auch
30 mietfreies Wohnen in selbstgenutzten Immobilien sichert im Alter ab.
31 Altersvorsorge war schon immer durch Diversifizierung geprägt, deswegen wird es
32 Zeit, dass auch die Politik alle Alterseinkommen in den Blick nimmt.

33 Der einseitige Fokus auf die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) verengt die
34 politische Debatte, spiegelt die Realität von Rentner*innen und Pensionär*innen
35 nicht wider und überlastet die GRV. Wer etwa nur wenige Jahre gearbeitet hat und
36 danach von einer Erbschaft oder Kapitalrenditen leben kann, ist nicht unbedingt
37 altersarm, auch wenn die Rente niedrig ist. Und wer von einer niedrigen Rente
38 noch eine Miete zu stemmen hat, kann nicht auf demselben Niveau leben wie
39 Eigenheimbesitzer*innen in abbezahlten Wohnungen oder Häusern.

40 Ein ganzheitlicher Blick auf das Alterssicherungsniveau (also die Summe aller
41 Alterseinkünfte) statt eine Verengung auf das Rentenniveau der GRV ermöglicht,
42 zielgerichtet gute Alterseinkommen zu gewährleisten und dabei auf einen
43 volkswirtschaftlich wirksamen Strauß an Maßnahmen zurückzugreifen.

44 ***Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit als Leitprinzipien***

45 Für eine nachhaltige und generationengerechte Entwicklung ist es notwendig, alle
46 Potentiale zu nutzen, ohne einzelne Alters- oder Berufsgruppen zu überfordern.
47 Dazu muss das Ziel einer Stabilisierung der Rentenbeiträge bei gleichzeitiger
48 Begrenzung des Steuerzuschusses gleichberechtigte Priorität neben der
49 Stabilisierung der Alterseinkommen bekommen. Eine solche Alterssicherungspolitik
50 nimmt die Interessen der Jungen, der Alten und die Leistungsfähigkeit des
51 Staates gleichzeitig in den Blick.

52 **1. Säule: Gesetzliche Rentenversicherung**

53 ***Lebenserwartung und Lebensarbeitszeit berücksichtigen***

54 Der Renteneintritt muss dynamischer werden. Dafür werden manche auch länger
55 arbeiten müssen. Wer länger arbeiten kann und will, soll das in Zukunft leichter
56 und zu besseren Bedingungen können. Für den Erwerb voller Rentenansprüche soll
57 die Dauer der Erwerbsbiografie stärker als das Alter berücksichtigt werden. Der
58 aktuell fixe Renteneintritt benachteiligt vor allem Ausbildungsberufe, die in
59 der Regel früher in den Arbeitsmarkt eintreten und häufig mit größerer
60 physischer und psychischer Belastung einhergehen. Diese Benachteiligung gilt es
61 abzubauen. Die allgemeine steigende Lebenserwartung muss zusätzlich als
62 Demografie-Komponente wieder stärker in die Rentenberechnung einfließen.
63 Gleichzeitig sollten versicherungsfremde Leistungen wie die abschlagsfreie Rente
64

65 ab 45 Beitragsjahren („Rente mit 63“) schneller als bisher geplant abgeschmolzen
66 werden, um das Äquivalenzprinzip zu stärken.

66 ***Alterseinkommen für alle – Mindestsicherung gewährleisten***

67 Wer lange gearbeitet hat, muss mehr bekommen. Darum ist eine Grundrente über dem
68 Grundsicherungsniveau unter der Berücksichtigung von Erwerbs- und Care-Arbeit
69 eine Frage der Gerechtigkeit. Das bisherige antragsfreie Verfahren sollte jedoch
70 durch eine Bedürftigkeitsprüfung ersetzt werden, um keine Sozialleistungen an
71 anderweitig Abgesicherte auszuzahlen. Wenn das Vermögen und sonstigen Einkünfte
72 ausreichen, braucht es keine Grundrente. Zusätzlich kann eine Umverteilung von
73 Rentenpunkten wie vom Sachverständigenrat Wirtschaft vorgeschlagen den sozialen
74 Ausgleich stärken.

75 Außerdem müssen die Zuverdienst-Möglichkeiten für Rentner*innen vereinfacht,
76 attraktiver gemacht und erweitert werden. Dazu zählt auch eine Stärkung der
77 Altersteilzeit.

78 ***Die gesetzliche Rente auf eine breitere Basis stellen***

79 Die historisch bedingte Zerklüftung der ersten Säule der Altersvorsorge in die
80 gesetzliche Rentenversicherung und die berufsständischen und beamtenrechtlichen
81 Pensionskassen für meist Besserverdienende schwächt die Alterssicherung. Es
82 müssen darum Synergieeffekte und möglicherweise eine Integration geprüft werden.
83 Gerade auch durch die kapitalgedeckten Ansprüche der Versorgungskassen kann eine
84 Stabilisierung erfolgen, die allen zugutekommt. Der Bestand bestehender
85 Ansprüche muss dabei gewährleistet werden.

86 Gleichzeitig muss das Versicherungsprinzip langfristig gestärkt und die GRV so
87 attraktiv aufgestellt werden, dass auch Selbständige und Unternehmer*innen
88 verstärkt freiwillig einzahlen.

89 ***Den Kapitalmarkt stärker nutzen***

90 Das Generationenkapital ist der Einstieg in eine notwendige, verstärkte
91 Kapitaldeckung der Rente. Die bisher von der Ampel-Bundregierung geplanten
92 Einlagen sind jedoch nicht ausreichend, um die notwendigen Erträge zu erzielen.
93 Darum muss der Kapitalstock deutlich erhöht werden. Durch die Integration von
94 Teilen der Staatsbeteiligungen und Investitionen in transformationsfreundliche
95 Fonds kann zudem eine Diversifizierung stattfinden, die die Risiken für den Bund
96 reduziert und die Erträge erhöht. Die Anlagestrategie darf kein Zocken sein,
97 sondern der Kapitalmarkt muss zusätzliche Sicherheit gegenüber den
98 Unsicherheiten auf dem Arbeitsmarkt, bezüglich Lohnentwicklung und
99 Arbeitslosigkeit, bieten. Die Anlagestrategie muss zudem grundsätzlich am 1,5-

100 Grad-Klimaziel ausgerichtet sein. Langfristig soll das Generationenkapital zu
101 einem staatlichen Pensionsfond, nach dem Vorbild skandinavischer Länder,
102 weiterentwickelt werden.

103 **2. Säule: Betriebliche Altersvorsorge**

104 ***Volles Potential der Arbeitgeber nutzen***

105 Die betriebliche Altersvorsorge (bAV) stabilisiert die Alterseinkommen und macht
106 den Standort Deutschland für Arbeitnehmer*innen langfristig attraktiv. Sie soll
107 stärker gefördert werden. Zusätzlich sollen Arbeitgeber ab einer zu bestimmenden
108 Größe verpflichtet werden, diese ihren Beschäftigten anzubieten und damit auch
109 einen einfachen Wechsel zwischen Arbeitgebern zu ermöglichen. Alle
110 Arbeitnehmer*innen – auch in geringfügiger oder Teilzeitbeschäftigung – sollen
111 Anspruch auf eine Mindesthöhe an vermögenswirksamen Leistungen erhalten.

112 **3. Säule: Private Altersvorsorge**

113 ***Individuelle Vorsorge stärken***

114 Die private Altersvorsorge (pAV) soll künftig einen stärkeren Beitrag zur
115 individuellen Alterssicherung leisten. Dafür müssen die Bedingungen reformiert
116 und zusätzliche, individuelle Sparpläne im Rahmen des Generationenkapitals
117 ermöglicht werden. Auf freiwilliger Basis soll auch die Überführung der Riester-
118 Renten in die „Deutschland-Rente“ ermöglicht werden, die stärker die Potentiale
119 der Kapitalmärkte nutzen kann. Zudem sollen Freibeträge für Kleinsparer erhöht
120 werden und dynamisch an die Inflation angepasst werden.

121 ***Selbstbestimmung durch Bildung und Beratung stärken***

122 Zusätzlich sollen die Wirtschafts- und Finanzbildung sowie die unabhängige
123 Anlageberatung in allen Altersgruppen gestärkt werden, damit alle Bürger*innen
124 eine selbstbestimmte Entscheidung über ihre Altersvorsorge treffen können.

125 ***Wir sollten die Debatte jetzt führen!***

126 Die Lage ist ernst. Jeder weitere Aufschub, jedes weitere, ungedeckte
127 Versprechen wäre verantwortungslos. Jetzt ist es entscheidend, die Belastung für
128 die jüngeren Generationen zu begrenzen, die Alterseinkommen auf einem
129 ausreichenden, dynamischen Niveau zu stabilisieren und auch künftig resilient
130 gegen Veränderungen aufgestellt zu sein. Diese Neuaufstellung muss jetzt
131 eingeleitet werden.

Unterstützer*innen

Ludwig Hartmann (KV München), Tom Aurnhammer (KV Nürnberg-Stadt), Constantin Jahn (KV Dillingen), Hannah Quaas (KV Schwandorf), Britta Jacob (KV Dachau), Lucas Pöllinger (KV Schwandorf), Doris Wagner (KV München), Alexander Rohde (KV Freyung-Grafenau), Jessica Hecht (KV Würzburg-Land), Dorothea Deutsch (KV Miesbach), Martin Wolf (KV Miesbach), Martin Züchner (OV Neuhausen-Nymphenburg), Lucas Brunkhorst (KV München), Ulrike Schweiger (KV Berchtesgadener Land), Miriam Bergmann (KV Aschaffenburg-Land), Dirk Simon (KV Aschaffenburg-Stadt), Michael Sasse (KV Rosenheim), Alexander König (KV München), Maria Krieger (KV Kelheim), Christian Hartranft (KV München), Albert Maier (KV München), Daniel Günthör (KV München), Karin Scherer (KV Erlangen-Land), Erich Hinderer (KV Main-Spessart)

A17 Keine Erdgasbohrungen am Ammersee und in Bayern – Gefahr für unsere Heimat stoppen!

Antragsteller*in: Lisa Badum (KV Forchheim)

Tagesordnungspunkt: Fortsetzung TOP 7 Anträge

1 Wir GRÜNE Bayern sagen Nein zu neuen Erdgasbohrungen in Reichling am Ammersee,
2 in der Region und in ganz Bayern. Wir fordern Minister Aiwanger auf das Projekt
3 zu stoppen.

4 Aktuell werden im Konzessionsgebiet „Lech Ost“ bei Reichling am Ammersee
5 Probebohrungen geplant. In Zukunft könnten dort über eine Dauer von 15 Jahren
6 bis zu 500 Millionen Kubikmeter klimaschädliches Erdgas an die Oberfläche geholt
7 werden. Der bayerische Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger begrüßte das Vorhaben
8 im September 2022 und zeigte sich offen gegenüber weiteren Anträgen auf
9 Erdgasförderung in Bayern. Für die investierende Firma Genexco Gas GmbH ist das
10 sicher erst der Anfang, denn die Anfangsinvestitionen lohnen sich umso mehr,
11 wenn die Förderung auch auf andere Orte ausgeweitet werden kann. Wir müssen
12 jetzt ein Stoppschild setzen.

13 Die Ausbeutung von Erdgas am Ammersee und in ganz Bayern ist aus vielen Gründen
14 weder notwendig noch sinnvoll. Die Förderung in Wohn- sowie Schutzgebieten wie
15 in Reichling birgt enorme Risiken. Zudem ist das Projekt in Reichling für
16 Deutschlands Versorgungssicherheit unbedeutend. Die vermutete jährliche
17 Fördermenge würde nicht einmal 0,05 Prozent des deutschen Gasverbrauchs decken.
18 Durch die Nutzung des fossilen Brennstoffs Erdgas wird der Klimawandel weiter
19 angeheizt. Dabei ist Deutschland auf keine weiteren Erdgasquellen angewiesen,
20 vielmehr droht schon jetzt ein globales Überangebot. Jedes Molekül Erdgas,
21 welches im Boden bleibt, führt zu weniger Erderhitzung.

22 Robert Habeck gab am 19. September bei einem Bürgerdialog in Osnabrück erneut
23 bekannt, dass es keine Gasmangellage mehr in Deutschland gebe.

24 Statt immer neuer fossiler Energiequellen, brauchen wir den weiteren Ausbau der
25 Erneuerbaren Energien, um unabhängig von Gas, Öl und Kohle zu werden. Die
26 bayerische Staatsregierung muss endlich bei Windkraft und Geothermie für mehr
27 Geschwindigkeit sorgen und aufhören die Energiewende zu verzögern!

28 Mittlerweile hat sich der Gemeinderat in Reichling mit 12:0 Stimmen gegen das

29 Projekt ausgesprochen und auch Landrat Thomas Eichinger (CSU) fordert ein Ende
30 des Vorhabens.

31 Minister Aiwanger und die Staatsregierung können weitere Erdgasförderung in
32 Bayern stoppen. Das Bundesberggesetz ermöglicht die Erhebung einer Förderabgabe.
33 Bei entsprechender Höhe würden die wirtschaftlichen Bedingungen für
34 Erdgasförderung grundlegend geändert.

35 Wir fordern die bayrische Staatsregierung auf, Erdgasbohrungen in Reichling und
36 in Bayern durch die Erhebung einer Förderabgabe zu stoppen!

Unterstützer*innen

Martin Erdmann (KV Landsberg-Lech), Timm Schulze (KV Bamberg-Stadt), Sebastian Hansen (KV Würzburg-Land), Andrea Thormählen (KV Landsberg-Lech), Bernhard Schüßler (KV München-Land), Max Hennies (BV KPV Bayern), Kilian Fitzpatrick (KV Landsberg-Lech), Christiane Krinner (KV Starnberg), Flora Weichmann (KV Starnberg), Martina Neubauer (KV Starnberg), Jan Veira (KV Landsberg-Lech), Barbara Poneleit (KV Forchheim), Franziska Schmidt (KV Landshut-Land), Elias Leikeb (KV Bamberg-Stadt), Sarah Eisenberger (KV Bamberg-Land), Andreas Kleist (KV Coburg-Land), Monir Shahedi (KV Regensburg-Stadt), Sebastian Lützow (KV Bayreuth-Stadt), Michaela Reimann (KV Bamberg-Stadt), Daniel Kurz (KV Bamberg-Stadt), Christian Ohnemüller (KV Kulmbach), Susanne Bauer (KV Bayreuth-Land), Tobias Hobmaier (KV Landshut-Land), Florian Duday (KV Starnberg), Florian Hönicke (KV Starnberg), Esther Frey (LV Bayern), Johannes Wagner (KV Coburg-Stadt), Rainer Giggenbach (KV Starnberg), Sandra Smolka (KV Freising), Peter Weinmann (KV Bamberg-Land), Jonas Langlotz (KV Bamberg-Stadt), Marius Schlosser (KV Bad Tölz-Wolfratshausen), Maximilian Rischer (KV Regensburg-Stadt), Katharina Stahl (KV Bamberg-Stadt), Antonia Heil (KV Deggendorf), Matthias Rösele (KV Regensburg-Stadt), Marie Freitag (KV Landsberg), Madeleine Schneider (KV Tirschenreuth), Ludwig Hartmann (KV München), Juliane Fuchs (KV Bamberg-Land), Tobias Kirchberger (BV Grüne Jugend), Helene Sigloch (KV Regensburg-Stadt), Peter Friedl (KV Landsberg-Lech), Thomas Fleck (KV Regensburg-Stadt), Lisa Wittmann (KV Regensburg-Stadt), Rebecca Haas (KV Bamberg-Stadt), Verena Machnik (KV Starnberg), Franziska Schmidt (KV Landshut-Land), Lucas Pöllinger (KV Schwandorf), Hannah Quaas (KV Schwandorf), Martin Adler (KV Weilheim-Schongau), Katharina von Platen (KV Weilheim-Schongau), Thomas Buchmann (KV Weilheim-Schongau), Heike Dietrich (KV Weilheim-Schongau), Annette Schulze (KV Weilheim-Schongau), Stefan Haas (KV Dachau), Karin Mayer-Rosenbohm (KV Weilheim-Schongau), Bernarda Callens (KV Lichtenfels), Tim-Luca Rosenheimer (KV Bamberg-Land), Sarah Onken (KV Ebersberg), Hans-Heinrich Sautmann (KV Fürstenfeldbruck), Alexander Rohde (KV Freyung-Grafenau), Lars Hudasch (KV Weilheim-Schongau), Christian Hartranft (KV München),

Monir Shahedi (KV Regensburg-Stadt), Felix Gerstner (KV Neustadt/Aisch-Bad Windsheim), Inga Hege (KV Weilheim-Schongau), Esra Böse (KV Weilheim-Schongau), Martin Züchner (OV Neuhausen-Nymphenburg), Michael Mayer (KV Weilheim-Schongau), Maximilian Breu (KV Freising), Gabriele Triebel (KV Landsberg), Lukas Spanier (KV München), Nicola Tews (KV Aschaffenburg-Stadt), Johannes Ruckerl (KV Regensburg-Stadt), Sandra Smolka (KV Freising), Patrizia Siontas (KV Erlangen-Land), Stephan Fritsch (KV Erlangen-Stadt), Robert Blasius (KV Unterallgäu), Regina Hammerl (KV Regensburg-Land), Lena Voit (KV Bamberg-Stadt), Manfred Herrmann (KV Neumarkt), Alexander Schnapper (KV Ansbach), Günter Bolz (KV Nürnberg-Land), Kathrin Dudder (KV München), Margit Saar (KV München), Christian Köhler (KV Neustadt/Aisch-Bad Windsheim), Susanne D Alessandro (KV München), Christian Hartranft (KV München), Verena Matzner (KV München), Paulus Maximilian Guter (KV Erlangen-Stadt), Markus Königsdorfer (KV Unterallgäu), Johannes Hunger (KV Landshut-Land), Peter Hartmann (KV Bad Kissingen), Anne Schmitt (KV Bamberg-Land), Sven Altendorfer (KV Schweinfurt), Kornelia Haslbeck (KV Pfaffenhofen), Martin Züchner (OV Neuhausen-Nymphenburg), Claudia Köhler (KV München-Land), Martin Stümpfig (KV Ansbach), Peter Knoff (KV Regensburg-Stadt), Andreas Reuter (KV Nürnberg-Stadt), Karin Scherer (KV Erlangen-Land), Joachim Weiss (KV München), Gabriele Triebel (KV Landsberg-Lech), Viola Grießhammer (KV Ansbach), Christina Mader (KV Oberallgäu), Alexander Rohde (KV Freyung-Grafenau), Veronika Leiner (KV Oberallgäu)

A18 Islamismus konsequent entgegentreten

Antragsteller*in: Marlene Schönberger (KV Landshut-Land)
Tagesordnungspunkt: Fortsetzung TOP 7 Anträge

1 Islamismus bedroht unsere Gesellschaft. Er ist eine existenzielle Gefahr für
2 viele Menschen, die in dieser Ideologie als Feindbild gelten. Er zerstört den
3 gesellschaftlichen Zusammenhalt. In der Gegenwart erleben wir, wie komplex
4 Diskurse um Islamismus und extreme Rechte miteinander verstrickt sind. Als GRÜNE
5 müssen wir darauf wirksame Antworten finden. Wir müssen uns an die Seite der
6 Betroffenen stellen, islamistische Strukturen – ob djihadistisch-militant oder
7 legalistisch mit bürgerlichem Anstrich – zerschlagen und rassistischen Diskursen
8 entschieden entgegentreten.

Islamismus bekämpfen – Demokratie stärken

9
10 Der Anschlagversuch in München auf das israelische Generalkonsulat vom 5.
11 September, stellt erneut die Bedrohungslage durch Islamist*innen unter Beweis
12 und deutet auf einen ideologischen Baustein hin, durch den die extreme Rechte
13 und Islamist*innen miteinander verbunden sind: ihr Antisemitismus, glühender
14 Hass auf Israel und auf Jüdinnen*Juden. Generell verachten Islamist*innen alles,
15 was unsere Demokratie und unsere liberale Gesellschaft ausmacht: universelle
16 Menschenrechte, Würde, Freiheit, Gleichheit.

17 Sich jedem Islamismus konsequent entgegenzustellen, ist eine Frage des
18 demokratischen Bewusstseins – unabhängig davon, ob dieser nun in Form
19 gewaltbereiter Djihadist*innen oder vermeintlich gemäßigt daher kommt. Denn
20 hinter beidem verbirgt sich dieselbe Ideologie, die lediglich unterschiedliche
21 Wege zum Erreichen der eigenen Ziele, einer radikal islamischen
22 Gesellschaftsordnung, vorsieht. Für uns GRÜNE Bayern ist klar: Ein wirksamer und
23 nachhaltiger Kampf gegen Islamismus muss das ganze Spektrum ins Visier nehmen.

24 Die Debatten um Islamismus lassen sich nicht davon trennen, dass sie auf der
25 einen Seite von der politischen Rechten für rassistische Politiken
26 instrumentalisiert werden und auf der anderen Seite Teile der politischen Linken
27 unfähig zu sein scheinen, eine angemessene und konsequente Position zu finden.
28 Zu oft kommt es zu Relativierung und Ignoranz – wie nicht zuletzt die Reaktionen
29 auf den Anschlag in Solingen verdeutlicht haben. Darunter leiden besonders die
30 Betroffenen islamistischen Terrors.

31 Wir GRÜNE Bayern sind überzeugt: Unsere Demokratie ist wehrhaft. Gegen die, die
32 mit demokratischen Instrumenten gegen unseren Rechtsstaat kämpfen – und gegen
33 die, die das mit Gewalt tun. Weder Deutschland noch Bayern dürfen Rückzugsorte
34 für islamistische Organisation sein, Appeasement-Politik und Deals mit
35 islamistischen Regimen oder Islamismus finanzierenden Regierungen müssen enden.
36 Wer aber in rassistische und migrationsfeindliche Narrative verfällt, der
37 untergräbt den Kampf gegen den Islamismus.

38 **Islamismus als globales Problem**

39 Spätestens mit dem Messeranschlag von Solingen ist die Debatte um Islamismus
40 wieder in aller Munde. Dabei zeigte sich schnell: Die Empörung über Islamismus
41 scheint dann besonders groß zu sein, wenn er in Deutschland stattfindet. Dem
42 Morden, Vergewaltigen und Versklaven durch den Islamischen Staat (im Irak und
43 Syrien) wurde viel zu lange zugesehen. Noch immer kämpfen Kurd*innen weitgehend
44 alleine gegen den IS, der weiterhin in der Region aktiv ist. Dabei werden sie
45 immer wieder durch die Türkei bombardiert. Die Ausweitung der Machtbasis
46 islamistischer Bewegungen in der Sahelzone erfährt ebenfalls kein größeres
47 Interesse, weil nicht davon ausgegangen wird, dass diese Bewegungen eine direkte
48 Bedrohung für Deutschland darstellen.

49 Dabei gehört die islamistische Bedrohung mitunter zu den häufigsten
50 Fluchtursachen. Die ersten Betroffenen von Islamismus sind Menschen mit
51 Fluchterfahrungen, andere Muslim*innen, aber auch Kurd*innen, Yezid*innen,
52 Alevit*innen und Assyrer*innen. Rassismus als Reaktion auf islamistischen
53 Terrorismus ist ein Messer im Rücken der Betroffenen. Wir GRÜNE wollen
54 Islamismus global bekämpfen und stehen durch Islamist*innen Verfolgten zur
55 Seite.

56 **Die Bayerische Staatsregierung und der Terror des Mullah Regimes**

57 Seit Jahren erklärt das iranische Regime die Vernichtung Israels zum obersten
58 Ziel. Es finanziert die sogenannte "Achse des Widerstands", bestehend aus den
59 Terrorgruppen der Houthis im Jemen, der Hamas in Gaza, der Hisbollah im Libanon
60 und weiterer Gruppen im Irak, die nicht nur Israel, sondern auch Jüdinnen*Juden
61 weltweit bedrohen. Es ist davon auszugehen, dass ohne die Unterstützung des
62 iranischen Regimes die Planung und Durchführung der Massaker vom 7. Oktober 2023
63 nicht möglich gewesen wären.

64 In den Jahren 2015 bis 2018 arbeitete die Bayerische Landesregierung daran, ihre
65 ökonomischen Beziehungen zum Mullah-Regime auszuweiten und zu vertiefen. Im
66 November 2015 reiste die damalige Landeswirtschaftsministerin Ilse Aigner
67 zusammen mit knapp 100 bayerischen Unternehmer*innen und Banker*innen nach
68 Teheran. Die Staatsregierung versuchte durch die Ansiedlung iranischer
69 Bankfilialen in München US-Sanktionen gegen das iranische Regime zu unterlaufen.

70 Im Jahr 2017 wurden von Bayern aus Waren in Höhe von 353 Millionen Euro in den
71 Iran exportiert, zu einem Drittel Maschinen. Waren in Höhe von 119 Millionen
72 Euro wurden aus dem Iran nach Bayern importiert – zu 90% Erdöl und Gas. Das
73 bedeutete mehr Geld für das iranische Regime und damit mehr Geld für den
74 islamistischen Terror weltweit.

75 Der Ausstieg der USA aus dem Atomdeal 2018 war eine Zäsur für die bayerisch-
76 iranischen Wirtschaftsbeziehungen. Solange diese Beziehungen aber bestehen und
77 solange die bayerische Staatsregierung mutmaßlich nur darauf wartet, dass die
78 Sanktionen gegen den Iran gelockert oder gekippt werden, sind Bekundungen des
79 Ministerpräsidenten Markus Söder, fest an der Seite der Jüdinnen*Juden und
80 Israels zu stehen, nichts wert. Wir GRÜNE Bayern fordern eine klare Haltung der
81 Staatsregierung zum iranischen Mullah-Regime sowie ein dauerhaftes Ende aller
82 Wirtschaftsbeziehungen!

83 **Die jahrelange Toleranz gegenüber Islamismus muss enden**

84 Auch auf Bundesebene hat man sich gegenüber dem Regime in Teheran zu lange
85 nachsichtig gezeigt. Bereits seit Jahrzehnten ist bekannt, dass das Islamische
86 Zentrum Hamburg und die Imam-Ali-Moschee mit dem iranischen Regime verbunden
87 sind, dennoch wurden sie geduldet. Der Leiter des IZH von 1965 bis 1970,
88 Mohammad Beheshti, wurde nach der Revolution als Richter im Iran eingesetzt. Er
89 soll Regimegegner erpresst und hingerichtet haben. Spätestens 1993 setzte eine
90 Beobachtung durch den Hamburger Verfassungsschutz ein. Seit 2017 wurde das IZH
91 als "Instrument der iranischen Staatsführung" geführt. Im Juli 2024 hat das
92 Bundesinnenministerium das IZH endlich geschlossen und verboten, was als
93 wichtiger Erfolg der Ampelregierung im Kampf gegen Islamismus gewertet werden
94 kann.

95 Besonders augenscheinlich wird die Nachsicht gegenüber Islamismus, wenn man die
96 Haltung etlicher Bundesregierungen gegenüber Hamas, Hisbollah und iranischen
97 Revolutionsgarden näher betrachtet. So wurde die Hisbollah erst 2020 mit einem
98 Betätigungsverbot belegt. Ähnliche Maßnahmen gegen die Hamas folgten erst durch
99 die Ampelregierung nach den Massakern vom 7. Oktober 2023, bei dem 1.200
100 Menschen ermordet, mehrere tausend verletzt und über 240 als Geiseln in den
101 Gaza-Streifen verschleppt wurden.

102 Die lange Geschichte des Islamismus in der Bundesrepublik zeigt sich auch darin,
103 dass eine Spur hinter den Terroranschläge vom 11. September 2001 nach
104 Deutschland führt. Führende Köpfe wie Mohammed Atta, die als Terroristen an den
105 Anschlägen beteiligt waren, haben in Hamburg gelebt und studiert. 2007 konnte
106 die sog. Sauerland-Gruppe dingfest gemacht werden, bevor sie Autobombenanschläge
107 durchführen konnte. 2011 ermordete erstmals ein im Kosovo geborener Islamist
108 zwei US-Soldaten am Frankfurter Flughafen. Ebenfalls haben seitdem 1.150
109 Menschen eine Ausreise aus Deutschland in den Irak oder nach Syrien angetreten

110 und wurden dabei von islamistischer Ideologie geleitet.

111 Um Islamismus wirksam, nachhaltig und umfassend zu bekämpfen, müssen wir auch
112 auf den legalistischen Islamismus blicken. Akteure des legalistischen Islamismus
113 wurden in den vergangenen Jahrzehnten in dieser Gesellschaft aufgewertet. Nach
114 wie vor sind Vertreter*innen von Dachverbänden, denen auch vom Verfassungsschutz
115 beobachtete Vereine angehören, gern gesehene Gäste bei Veranstaltungen,
116 Politiker*innen lassen sich mit ihnen ablichten. Wir müssen festhalten, dass ein
117 auffälliger Zusammenhang zwischen Moscheebesuchen und der Zustimmung zu
118 antisemitischen Vorurteilen besteht, wie es die Repräsentativbefragung des
119 American Jewish Committee (AJC) Berlin Ramer Institute for German-Jewish
120 Relations aufgezeigt hat: Der Teil der muslimischen Bevölkerung, der regelmäßig
121 eine Moschee besucht, stimmt mit höherer Wahrscheinlichkeit antisemitischen
122 Aussagen zu. Mit Blick auf den legalistischen Islamismus und quasistaatliche
123 Akteur*innen, die eng mit islamistischen Regimen verbunden sind, gilt es vor
124 allem über die Träger von Moscheen zu sprechen, insbesondere DİTİB, die der
125 türkischen Religionsbehörde Diyanet unterstellt ist oder die vom IZH gegründete
126 Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands (IGS).

127 Das Problem des Islamismus in Deutschland reicht damit weiter zurück als bis ins
128 Jahr 2015. Der Zusammenhang, der in extrem rechten Narrativen zwischen Migration
129 und der islamistischen Bedrohung hergestellt wird, muss als das bezeichnet
130 werden, was es ist: rassistische Stimmungsmache auf dem Rücken der
131 gesellschaftlich Schwachen. Mit Asylrechtsverschärfungen und Leistungskürzungen
132 kann man den islamistischen Terror nicht nachhaltig bekämpfen. Dem treten wir
133 GRÜNE genauso entgegen wie der jahrelangen Toleranz des Islamismus.

134 **Radikalisierung verhindern**

135 Tagtäglich radikalisiert islamistische Ideologie Menschen in der Bundesrepublik.
136 Wir müssen daher endlich über die Ursachen und Orte islamistischer
137 Radikalisierung sprechen und Taten folgen lassen. In den sozialen Medien werben
138 große Accounts wie "Generation Islam", "Realität Islam" oder "Muslim Interaktiv"
139 für islamistische Inhalte. Nach wie vor wirken in der BRD islamistische
140 Gruppierungen, die die Errichtung eines globalen Kalifats anstreben, weitgehend
141 unbehelligt, etwa als mutmaßliche Nachfolgeorganisationen der 2003 durch das
142 Bundesinnenministerium verbotenen Hizb ut-Tahrir.

143 Teil des Problems ist auch, dass jahrzehntelang Muslim*innen ausgegrenzt und
144 ihnen ihre Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft abgesprochen wurde, während
145 gleichzeitig radikalen Akteuren wie der Muslimbruderschaft, Millî Görüş und
146 DİTİB das Feld überlassen wurde. In den meisten Regionen stellen Millî Görüş,
147 DİTİB und IGS die einzigen Strukturen für gläubige Muslim*innen. Es ist
148 beschämend, wenn Menschen, die auf der Flucht vor die islamistischem Terror
149 hierher kommen, feststellen müssen, dass sich in der Bundesrepublik Strukturen

150 des legalistischen Islamismus fest verankert sind.

151 Zahlreiche zivilgesellschaftliche Akteur*innen leisten in Bayern seit Jahren
152 Großartiges im Kampf gegen die islamistische Ideologie und Radikalisierung. Wir
153 GRÜNE Bayern stehen an ihrer Seite und treten für ihre Stärkung ein.

154 **Wir fordern deshalb:**

155 1. Sicherheitsbehörden besser ausstatten

156 Die bayerischen Sicherheitsbehörden brauchen mehr Personal, um islamistische
157 Bestrebungen zu verfolgen und Gefährder*innen aus der islamistischen Szene
158 konsequent zu überwachen. Der Austausch von Informationen innerhalb Deutschlands
159 und mit unseren EU-Partnern muss dringend verbessert werden. Im Fokus steht
160 diejenigen besonders zu schützen, die von Islamist*innen am stärksten bedroht
161 werden. Dazu zählen Jüdinnen*Juden, liberale Muslime und vor Islamismus
162 geflüchtete Menschen.

163 2. Radikalisierung verhindern

164 Online Radikalisierung darf nicht länger unbehelligt geschehen. Plattformen und
165 soziale Medien, die leichtfertig Terrorpropaganda verbreiten, müssen dafür zur
166 Rechenschaft gezogen werden. Wir brauchen gut funktionierende Frühwarnsysteme
167 für Anzeichen von islamistischer Radikalisierung und passgenaue Angebote für den
168 Ausstieg. Bisher mangelt es besonders in Unterkünften für Geflüchtete an einem
169 Konzept und ausreichender psychologischer Betreuung, um
170 Radikalisierungstendenzen rechtzeitig zu erkennen.

171 3. Einflussnahme aus dem Ausland entschlossen bekämpfen

172 Die Einflussnahme islamistischer Regime muss zurückgedrängt werden. Dafür darf
173 der Freistaat Bayern diesen nicht länger die Hand reichen. Die Beziehungen zum
174 iranischen Regime sind zu beenden. Handshakes von führenden Politiker*innen mit
175 Verbänden aus dem islamistischen Spektrum müssen der Vergangenheit angehören.

176 4. Islamistische Strukturen in Bayern zerschlagen

177 Das Vorfeld für den islamistischen Terrorismus muss konsequent trocken gelegt
178 werden. Jihadistische Strukturen müssen zerschlagen und Verbände, die zur
179 Radikalisierung beitragen, stärker überwacht werden. Das Instrument des

180 Vereinsverbots muss entschlossener eingesetzt werden.

181 5. Prävention stärken

182 Gemeinsam mit liberalen muslimischen Communities wollen wir ein Netzwerk zur
183 Prävention aufbauen. Ihr Wissen ist unschätzbar wertvoll, um wirksam Extremismus
184 zu verhindern. Neben einer deutlichen Stärkung der altersgerechten politisch-
185 historischen Bildungsarbeit wollen wir in Bayerns Schulen Religionsunterricht
186 durch staatlich ausgebildete Lehrkräfte für Muslim*innen anbieten.

187 6. Konsequent die Mittel des Rechtsstaats anwenden!

188 Nach aktuellem Kenntnisstand war der Tatverdächtige von Solingen ein
189 Asylbewerber, dessen Asylantrag in Deutschland abgelehnt worden ist, und dessen
190 Rücküberstellung nach Bulgarien gescheitert ist. Der Vorgang muss lückenlos
191 aufgeklärt werden. Wir setzen uns dafür ein, mehr Vernunft in die Debatten zu
192 bringen: Menschen, die sich in Deutschland radikalisiert haben, müssen auch in
193 Deutschland Zugang zu Aussteiger*innenprogrammen haben. Wer in Deutschland eine
194 Straftat begeht, muss auch in Deutschland verurteilt werden. Wir setzen uns für
195 die bessere Vernetzung von Geheimdiensten ein, damit Einreisen von Islamisten,
196 die bereits beobachtet werden, nicht unter dem Radar geschehen. Wer einreist, um
197 Terrorismus zu begehen, hat kein Recht auf Asyl.

Unterstützer*innen

Sebastian Hansen, Florian Siekmann, Timm Schulze (KV Bamberg-Stadt), Marius Schlosser (KV Bad Tölz-Wolfratshausen), Bernhard Schüßler (KV München-Land), Maximilian Retzer (KV Landshut-Land), Franziska Schmidt (KV Landshut-Land), Gerhard Müller (KV Würzburg-Land), Jonathan Hansen (KV Würzburg-Land), Peter Brückner (KV Würzburg-Land), Sarah Eisenberger (KV Bamberg-Land), Pascal Miosga-Loy (KV Regensburg-Land), Claudia Hauner (KV Dingolfing-Landau), Tim-Luca Rosenheimer (KV Bamberg-Land), Hans-Heinrich Sautmann (KV Fürstenfeldbruck), Wiebke Richter (KV Regensburg-Stadt), Jessica Hecht (KV Würzburg-Land), Monir Shahedi (KV Regensburg-Stadt), Martin Züchner (OV Neuhausen-Nymphenburg), Maximilian Breu (KV Freising), Yannis Mühlstraßer (KV München), Lukas Spanier (KV München), Helga Stieglmeier (KV Erding), Arian Kunze (KV Ebersberg), Johannes Rückerl (KV Regensburg-Stadt), David Distel (LV Grüne Jugend Bayern), Eveline Kuhnert (KV Günzburg), Stefan Christoph (KV Regensburg-Stadt), Olivia Kreyling (KV Kelheim), Stephan Fritsch (KV Erlangen-Stadt), Paulus Maximilian Guter (KV Erlangen-Stadt), Johannes Hunger (KV Landshut-Land), Tanja Josche (KV Roth), Sven Altendorfer (KV Schweinfurt), Roland Barfus (KV München), Regina Hammerl (KV Regensburg-Land), Rudolf Schmidhuber (KV Mühldorf),

Karin Scherer (KV Erlangen-Land), Gabriele Triebel (KV Landsberg-Lech)

A19 Migration aktiv humanitär gestalten und steuern - Unterstützung für den Reformkurs der Bundesregierung - Die Menschen mitnehmen

Antragsteller*in: Daniel Günthör (KV München)

Tagesordnungspunkt: Fortsetzung TOP 7 Anträge

1 **Analyse:**

2 **Insgesamt sind die Migrationspolitik und Integrationspolitik ein Erfolg – und es**
3 **wurde gelernt es besser zu machen**

4 Die Migrationspolitik ist insgesamt in der Geschichte der Bundesrepublik
5 Deutschland und in Bayern ein Erfolg. Nach der erfolgreichen Integration der
6 Menschen aus den östlichen Gebieten des früheren Deutschen Reiches ab Mitte der
7 40er Jahre kamen ab den 60 Jahren Gastarbeiter insb. aus Südeuropa,, die
8 mithalfen, Westdeutschlands Wirtschaft mit aufzubauen und die sich mehr und mehr
9 integrierten. Sie wie auch ihre Kinder sind heute hier zu Hause.

10 Der Staat hat allerdings die Integration der Ankommenden viel zu spät gesteuert,
11 während die Migrationspolitik als Arbeitszuwanderungspolitik bis zum Ende des
12 Kalten Krieges den Interessen des Staates entsprach. Das Defizit der fehlenden
13 Integrationspolitik wurde im letzten halben Jahrhundert in großen Teilen
14 behoben.

15 Trotz mancherorts erkennbaren Tendenzen zur Segregation und nach wie vor
16 bestehenden Defiziten bei den Sprachkenntnissen bei bestimmten Gruppen ist die
17 Integration in der Bundesrepublik also vielfach gelungen - auf dem Arbeitsmarkt,
18 in den Sportvereinen, in der Kultur und zunehmend, wenn auch noch stark
19 unterrepräsentiert, in der Politik. Dies gilt beispielsweise auch für sehr viele
20 inzwischen anerkannte Flüchtlinge, die 2015 oder davor aus Syrien kamen. Viele
21 dieser Migrant*innen sind zum Beispiel als Pfleger*innen, Gastwirte,
22 Reinigungskräfte oder Ärzt*innen, als Menschen in unserer Mitte nicht mehr
23 wegzudenken. Sie gehören zu Deutschland und sind ein Gewinn für uns alle.

24 **Die heutige Migration bringt neue Herausforderungen mit, die zu lösen und zu**
25 **bekämpfen sind: steigende Flüchtlingszahlen als Belastung für Kommunen und**
26 **extremistische und terroristische Bedrohungen**

27 Seit den 90er Jahren und insbesondere seit der Flüchtlingskrise 2015 und den

28 steigenden Zahlen von Asylbewerber*innen seit 2021 erleben wir neben der
29 Belastung der Kommunen, Ehrenamtlichen wie der hauptberuflich Betreuenden, der
30 Polizei und generell aller am Asylverfahren Beteiligten zunehmend weniger
31 Akzeptanz in der Bevölkerung und ein Erstarren der AfD.

32 Die Zahl der Geflüchteten ist seit 2021 deutlich gestiegen, die Zahl der
33 Erstanträge bei den Asylanträgen beispielsweise stieg von 2020 von 148.238 in
34 2021 auf 217.744 in 2022 auf in 2023 auf 329.120 und bleibt in 2024 auf diesem
35 hohen Niveau (1. Halbjahr 160.140). Allein 2015 gab es 720.370 Anträge aus Asyl.
36 (Quellen jeweils Bundeszentrale für politische Bildung). Dazu kommen Geflüchtete
37 aus der Ukraine, zu deren Aufnahme (insb. Frauen und Kinder) wir uns aufgrund
38 des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine zurecht verpflichtet fühlen.

39 Die Anerkennungsquote lag 2023 bei 16 %, 2024 liegt sie bislang bei 13%. 27%
40 erhielten jeweils subsidiären Schutz.

41 Was wir anerkennen müssen: Viele Kommunen sind am Rande der Belastungsgrenze
42 angekommen. Sie können auf Dauer die Unterbringung mit Bereitstellung der
43 Infrastruktur beispielsweise bei Schulen und Integrations- und Sprachkursen
44 nicht leisten, ohne dass die Daseinsvorsorge gefährdet ist und die Akzeptanz vor
45 Ort weiter zu sinken droht. Die Überlastung gilt für alle mit der Migration
46 direkt in Kontakt Treten, für Polizei, die Behörden und Ehrenamtlichen.

47 Zudem muss festgehalten werden, dass unter den vielen Geflüchteten und Asyl-
48 Beantragenden, ob sie aus politischen Gründen oder Armutsgründen kommen, es auch
49 eine kleine Gruppe von Menschen gibt, die unserer Demokratie und dem
50 Rechtsstaatsvertrauen massiv Schaden zufügen. Leider kommen aus diesen Reihen
51 auch immer wieder einzelne Gefährder und Attentäter.

52 Wir haben nicht nur ein von vielen subjektiv gefühltes Sicherheitsproblem,
53 sondern auch ein faktisches. Die Sicherheitslage in Bezug auf die Terrorgefahr
54 war selten so hoch wie jetzt. Extremismus, Islamismus, Radikalisierungstendenzen
55 und -strukturen sind ein Problem.

56 Grenzkontrollen, die es neben Bayern auch temporär z.B. im Grün regierten Baden-
57 Württemberg und mit Grün in der Regierung in Nordrhein-Westfalen gibt, hingegen
58 werden als wirksames Mittel allgemein akzeptiert, jedenfalls so lange die
59 Kontrollen und persönlichen Freiheitsrechte einen nicht selbst betreffen.

60 Ängste sind ernst zu nehmen und nicht von vornherein als nicht zutreffend
61 abzutun. Die sich so Äußernden dürfen nicht als Demokratiefeinde oder
62 Rechtsradikale abgewertet werden Sowohl mit den Menschen, die so empfinden, als
63 auch mit Geflüchteten ist Begegnung und Austausch wichtig und nachhaltig
64 anzubieten.

65 Flüchtlinge, wie z.B. der Grüne Bürgermeister von Ostelsheim in Baden-
66 Württemberg, Ryyan Alshebl, der 2015 als syrischer Flüchtling nach Deutschland
67 kam, sind selbst Akteure der Demokratie und bringen sich auch in die
68 Migrationsdebatte ein.

69 Aber es ist auch notwendig, den negativen Erscheinungen der Migrationspolitik
70 entgegenzutreten und Ihnen entschieden entgegen zu treten. Eine grundsätzlichere
71 konsequentere und differenziertes Handeln ist für uns Grüne ein schwieriger
72 Prozess, einfach, da wir auch ausgehend von anderen Rahmenbedingungen in der
73 Vergangenheit möglichst vielen helfen wollen.

74 Bündnis 90/Die Grünen sind hervorgegangen aus den Oppositionskulturen beider
75 deutschen Staaten, historisch starke Demokratieverfechter. Als Beitrag zum
76 Erhalt der Demokratie, auch zur Vorsorge gegen ein weiteres Kippen des
77 gesellschaftlichen Klimas und auch als Prävention gegen weitere Stimmungsmache
78 gegen Migrant*innen, streben wir eine humane, differenzierte und gut
79 kommunizierte Migrationspolitik an.

80 **Wir Bündnis 90/Die Grünen in Bayern fordern:**

81 **Unterstützung des Reformkurses der Bundesregierung**

82 **Politik für Humanität und Ordnung, mit Augenmaß - Gegen den Populismus von Merz**
83 **und Söder und gegen den Hass der AfD**

84 Angesichts der oben beschriebenen Analyse unterstützt die LDK den Reformkurs,
85 den Kurs der Humanität und Ordnung der Bundesregierung mit folgenden
86 Maßnahmenpaketen:

87 Wir unterstützen:

- 88 • GEAS

89 Durch die Umsetzung des in der EU beschlossenen Gemeinsamen Europäischen
90 Asylsystems (GEAS) wird die Kontrolle der EU-Außengrenzen verbessert und der Weg
91 einer fairen Verteilung in Europa angegangen.

- 92 • das im Bundestag beschlossene Rückführungsverbesserungsgesetz

93 Voraussetzung für Akzeptanz von Migration in der Gesellschaft und
94 funktionierende Integration von Schutzsuchenden sind konsequente Abschiebungen,
95 wo kein Bleiberecht besteht

- 96 • Aufnahme weiterer Drittstaaten in die Liste sicherer Herkunftsländer, wie
97 die Maghreb-Staaten unter Weiterführung der individuellen Prüfungen, wie
98 bisher auch. Dublin-Rückführungen und die hierzu beschlossene task force,
99 sofern sie rechtssicher und temporär sind

- 100 • Versuch der Abschiebung abgewiesener Personen, auch unter Berücksichtigung
101 der Lageeinschätzungen des Auswärtigen Amtes und nach Individualität
102 regionalen Unterschieden in Kriegs- und Krisenstaaten

- 103 • Abschiebung von Straftätern, sofern nicht die Todesstrafe droht (auch nach
104 geltenden Gesetz ist der subsidiäre Schutz grds. bei Straftätern verwirkt)

- 105 • Grenzkontrollen, sofern sie rechtssicher und temporär sind (4.000 Menschen
106 wurden im ersten Halbjahr 2024 an der bayerisch/österreichischen Grenze
107 aufgegriffen)

108 **Aber:**

- 109 • Das Recht auf Asyl in der EU muss mit fairen und individuellen Verfahren
110 gewährt bleiben.

- 111 • Menschen, die schon da und integriert sind, sollen bleiben und so helfen
112 den Arbeits- und Fachkräftemangel zu beheben.

- 113 • Denen, die schutzbedürftig sind, wird bei der Integration geholfen, z.B.
114 mit dem Ausbau von Integrations- und Sprachkursen.

- 115 • Wir lehnen ab, auch temporär, niemanden mehr nach Deutschland zu lassen,
116 die Binnengrenzen zu schließen und andere darüberhinausgehende Maßnahmen,
117 wie Zäune etc. an den Binnengrenzen.

- 118 • EU-Freizügigkeit und EU-Binnenmarkt dürfen nicht nennenswert
119 beeinträchtigt werden.

- 120 • Wir lehnen eine Obergrenze ab, streben aber mit den aufgeführten Maßnahmen
121 eine Reduzierung der Migrationszahlen an, um die nach Asylrecht
122 Schutzbedürftigen stärker unterstützen zu können.

- 123 • Wir unterstützen Entwicklungshilfe und Klimaschutzmaßnahmen vor Ort in den
124 Entwicklungsländern.

125 **Bekämpfung des Islamismus an der Wurzel**

126 Neben einer besseren Personalausstattung von Nachrichtendiensten gilt es auch
127 die die Verbreitung von des Hass auf unsere Gesellschaft zu bekämpfen,
128 beispielsweise mit einer besseren Sensibilisierung von Pädagogen und
129 Sozialpädagogen, um Extremismustendenzen früh zu erkennen, um aufklären zu
130 können.

131 Cem Özdemir sagt, es ist an der Zeit, einen Islam zu fördern, der auf den Boden
132 des deutschen Grundgesetzes steht und meint hier auch die demokratiefeindliche
133 Vereine, der islamischen Dachverbände.

134 „Ich habe zu oft erlebt, dass in der Politik nach jedem Anschlag, nach jeder
135 Eskalation – und dabei schließe ich meine Partei nicht aus – erschrockene Worte
136 folgen, nur um am nächsten Tag genauso weiterzumachen wie zuvor“, sagt Özdemir.
137 „Der Punkt ist erreicht, an dem man sagen muss: Damit muss Schluss sein!

138 Konkret fordern wir hier:

- 139 • Keine Kooperation oder Grußworte zu islamischen Verbänden, die nicht auf
140 dem Boden des Grundgesetzes stehen.

141 Diese schwierigen Kooperationen gibt es auch im Freistaat Bayern. So z.B. mit
142 Ditib, die unter dem Einfluss des antisemitischen Diyanet und Erdogans-Türkei
143 stehen. Die CSU redet gegen Islamismus, handelt aber nicht konsequent.

- 144 • Einen Islamunterricht in deutscher Sprache mit in Deutschland
145 ausgebildeten Lehrer*innen, die unverdächtig sind, Anhänger von Regimen zu
146 sein, sondern einen Islam auf dem Boden und mit den Werten des
147 Grundgesetzes lehren.

148 **Positives Narrativ für Humanität und Ordnung mit Mitnahme der Bevölkerung**

149 Wir Grünen stehen für eine Gesellschaft,

- 150 • Die Menschen in Not (politisch Verfolgte, vom Krieg Geflüchtete) Hilfe
151 leisten möchte
- 152 • Die die wirtschaftlichen und demographischen Bedürfnisse nach einer
153 Zuwanderung von Arbeitskräften angeht
- 154 • Die aus der Vielfalt von Menschen grundsätzlich Stärke zieht

155 Wir wollen mit den oben aufgezeigten, rechtsstaatlichen differenzierten
156 Maßnahmen, die Schutzsuchenden unterstützen und hierfür Kapazitäten einsetzen,

157 während wir andere nicht mehr so unterstützen können bzw. gegen diejenigen die
158 Schaden anrichten, noch konsequenter reagieren. .

159 Dieses Prinzip findet sich auch in den Regelungen der Reform des
160 Zuwanderungsgesetz wieder. Ergänzt wird diese Politik der Bundesregierung, auch
161 mit Anreizen für mehr Fach- und Arbeitskräfte von außen bietet und auch somit
162 gezielt Zuwanderung steuert und dies soll weiter ausgebaut werden.

163 Mit diesen Maßnahmen können wir eine Vision von einer Zukunft der Migration und
164 der Gesellschaft auch vor den Rahmenbedingungen der Krise aufzeigen. Wir wissen,
165 dass die Migrationspolitik eine der wichtigsten Themen für die Bürger*innen ist.
166 Wir sagen klar, wir haben verstanden, es gibt Probleme, die gehen wir
167 entschlossener als bisher an. Straftäter werden konsequent abgeschoben. Die
168 Bundespolitik und auch die Grünen sollen diesen Weg weiter verfolgen.

169 Mit einer empathischen und steuernden Migrations- und Zuwanderungspolitik wollen
170 wir die Akzeptanz in der Bevölkerung hierfür wieder stärker gewinnen. Der
171 Vertrauensverlust nicht weniger, die denken, der Staat hätte die Migration nicht
172 unter Kontrolle, wird entgegnetreten, dies aber ohne des Populismus von Merz und
173 Söder, die keine Menschen mehr hereinlassen wollen. Die AfD schürt ohnehin hier
174 vor allem Hass und Hetze.

175 Darüber hinaus plädieren wir dafür, den Vorschlag von Professor Steffen Mau,
176 Professor für Makrosoziologie an der Humboldt-Universität Berlin von Bürgerräten
177 auch beim Thema Migration, bei konkreten Herausforderungen vor Ort unter
178 Einbezug auch von Migrant*innen zu realisieren.

179 Wir sind Akteur und werden besser erklären. Wir haben einen klaren Kompass der
180 Politik der Humanität und gesteuerten Migration.

Unterstützer*innen

Dirk Simon (KV Aschaffenburg-Land), Kathrin Waldmann (KV Oberallgäu), Bernhard Zimmer (KV Berchtesgadener Land), Martin Beier (KV München), Ulrike Schweiger (KV Berchtesgadener Land), Robert Blasius (KV Unterallgäu), Thorsten Kellermann (KV München), Gisela Kainz (KV München), Alexander König (KV München), Markus Königsdorfer (KV Unterallgäu), Thomas Gehring (KV Oberallgäu)

BZ Bayern verdient Zuversicht

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 20.09.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Bayern verdient Zuversicht

1 Die Welt ist in Aufruhr – und Bayern mittendrin. Zählen Fakten und Wahrheit noch
2 etwas in unserer Zeit? Wie schützen wir unsere Demokratie vor ihren Feinden? Wie
3 halten wir die Erderhitzung endlich auf? Kann ich mich im Notfall auf die
4 Gemeinschaft verlassen oder bin ich auf mich alleine gestellt, wenn ich krank
5 werde, meinen Job verliere oder keine Wohnung finde? Wie können wir Migration so
6 gestalten, dass wir die nötigen Fachkräfte bekommen? Wie kann die Gesellschaft
7 in Land und Stand wieder zusammen halten?

8 Diese Fragen stellen sich viele, besonders auch junge Menschen, mit Blick auf
9 die Wahl in den USA, aber auch mit Blick auf unser schönes Bayern.

10 Wir GRÜNE finden: Wir müssen jetzt handeln, damit wir alle wieder mit Zuversicht
11 auf unsere Zukunft schauen können. Jung und Alt erleben es gerade täglich im
12 verspäteten Zug im Funkloch: Unser Land hat viele Jahre des Reformstaus hinter
13 sich. Unions-Politiker*innen haben die Krisen unserer Zeit ungebremst eskalieren
14 lassen: Klimakrise, Wohnungskrise, die immer ungerechtere Verteilung des
15 Wohlstands. Mit harter Arbeit haben wir GRÜNE in der Bundesregierung begonnen,
16 diese Probleberge abzutragen, um die Zukunft unseres Wohlstands und des
17 Zusammenhalts zu sichern.

18 Und auch in Bayern ist es Zeit, die Aufschieberitis zu beenden. Bayern verdient
19 es, modernisiert zu werden. Die Menschen in Bayern verdienen eine Regierung, die
20 weiterdenkt als bis zum nächsten Grünen-Bashing. Sie verdienen eine Regierung,
21 die Schritt für Schritt am Fortschritt für alle Menschen arbeitet. Denn nichts
22 spendet mehr Hoffnung, als wenn die Menschen sehen: Da handelt jemand, da geht
23 wer voran. Denn das zeigt: Es ist also doch möglich, die Welt zum Guten zu
24 gestalten. Wir sind nicht ausgeliefert, wir können unser Zusammenleben aktiv
25 gestalten. Mut kommt vom Machen – und zum Mut gehört auch Ehrlichkeit.

26 **Für unser Zusammenleben ist die freiheitliche demokratische Grundordnung**
27 **unverzichtbar. Wir sichern die Würde und Rechte der Menschen, die in Deutschland**
28 **leben oder hier Schutz suchen.** Wir müssen Bildung und Engagement für die
29 Demokratie ausbauen, ebenso wie Präventionsprogramme, die verhindern, dass sich
30

31 gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Gewalt und Extremismus weiter ausbreiten.
32 Wir brauchen besser ausgestattete Sicherheitsbehörden. Es kann kein Asyl für
Islamisten geben.

33 Wir GRÜNE Bayern schlagen vier Projekte vor, mit denen die bayerische Politik
34 jetzt Handlungsfähigkeit beweisen kann und Vertrauen zurückgewinnt – und die das
35 Leben der Menschen in Bayern ganz konkret billiger und sicherer machen. Denn
36 unser Bayern ist schön, aber hinter der Fassade bröckelt es. Lasst uns gemeinsam
37 ans Sanieren gehen.

38 Wir fordern:

39 **1. Bürgerräte für eine starke Demokratie**

40 Denn die Menschen in Bayern müssen endlich in ihrer Vielfalt gehört werden und
41 sich einbringen können. Wenn unterschiedliche Menschen gemeinsam an einer Lösung
42 arbeiten, sind am Ende alle zufriedener mit dem Ergebnis. Mit einem guten
43 Kompromiss aus der Mitte richten wir den Blick darauf, dass uns viel mehr
44 verbindet als trennt. Für die Söder-CSU ist das Neuland, aber sie kann es
45 lernen. Bei wichtigen Gesetzesvorhaben der Landesregierung wird ein Bürgerforum
46 künftig den ersten Gesetzentwurf erörtern.

47 Ein erster Bürgerrat kann Maßnahmen gegen Desinformation und für mehr Angebote
48 der politischen Bildung diskutieren – hier ist Bayern bisher Schlusslicht im
49 Ländervergleich. Noch in diesem Jahr kann der Freistaat mit der Planung des
50 ersten Bürgerrats beginnen. Denn die Bürger*innen wollen nicht mehr bis zur
51 nächsten Wahl warten: Sie wollen jetzt mitreden.

52 **2. Windwende und Sonnensprint für eine stabile Wirtschaft**

53 Denn ohne den billigen Strom aus Wind und Sonne rutscht Bayerns Industrie auf
54 Abstiegskurs, . Die Modernisierung stockt, Arbeitsplätze geraten in Gefahr. Die
55 Menschen in Bayern haben das nicht verdient – sie verdienen eine Regierung, die
56 den wirtschaftlichen Erfolg von morgen schon heute vorbereitet. Die Geschichte
57 zeigt: Ambitionierte Ausbauprogramme für grüne Energie gibt es nur, wenn GRÜNE
58 regieren. Jetzt ist die Zeit, den Hebel umzulegen, damit uns entwicklungsstarke
59 Länder wie China nicht noch weiter den Rang ablaufen.

60 Entscheidend ist, dass alle Menschen direkt mitverdienen können an Windrädern
61 und Solarparks. Die Erlöse sollen in die Taschen der Bürger*innen und Gemeinden
62 fließen, nicht in die der Großkonzerne. Deshalb braucht Bayern ein
63 Bürgerenergie-Beteiligungs-Gesetz.

64 Die Hürden für den Windkraftausbau müssen endlich fallen und als erstes die

65 Windkraftverhinderungsregel 10 H komplett abgeschafft werden. Wir GRÜNE wollen,
66 dass der Freistaat unterstützt für schnellere Planungen für Wind-Vorrangflächen:
67 Die Planungsverbände sollen bis spätestens bis Ende 2025 1,8 % der Fläche
68 Bayerns für die Windkraft ausweisen. So kommt frischer Wind nach Bayern und es
69 wird ermöglicht, dass das Windrad den neuen Kindergarten finanziert. Um den
70 Industriestandort Bayern zu sichern, brauchen wir bis zum Jahr 2030 etwa drei
71 bis vier neue Windräder pro Jahr pro Landkreis und Solaranlagen auf allen großen
72 Dächern und neuen großen Parkplätzen.

73 **3. Mehr Unterstützung für Bayerns Kommunen bei der Integration – Arbeitsverbote** 74 **beenden!**

75 Denn die CSU macht seit Jahren die Integration geflüchteter Menschen bewusst
76 schwierig und belastet so die Kommunen. Sie handelt ideologisch und verschließt
77 die Ohren vor den Hilferufen der Unternehmen. Unsere Wirtschaft stockt, weil
78 Arbeitskräfte fehlen – und die Babyboomer sind noch nicht mal in Rente. Arbeit
79 ist der beste und schnellste Weg für eine gelungene Integration. Wir GRÜNE
80 wollen Integration durch Arbeit erlauben und Arbeitsverbote grundsätzlich
81 beenden. So halten wir die Gesellschaft zusammen und stärken unsere Wirtschaft.
82 Schutzsuchende sollen schneller arbeiten dürfen. Ein Antrag auf Arbeitserlaubnis
83 soll als genehmigt gelten, wenn die Ausländerbehörde nach Beteiligung der Agentur
84 für Arbeit nicht innerhalb von zwei Wochen widerspricht. So können die Menschen
85 für sich selbst sorgen und die Wirtschaftskraft Bayerns stärken, während ihr
86 Asylverfahren läuft. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass der Freistaat die
87 Kommunen bei der Umsetzung des geltenden Rechts in vollem Umfang unterstützt.

88 **4. Kostenloses Schulessen für gutes Lernen und weniger Geldsorgen**

89 Denn unsere Kinder sind das Kostbarste, was wir haben. Sie alle verdienen einen
90 guten Start ins Leben, unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern. In Zeiten
91 steigender Preise sorgt ein kostenloses Mittagessen in Kita und Grundschule für
92 eine Sorge weniger – und Bayerns Höfe gewinnen eine sichere Einnahme-Quelle
93 hinzu. Bayerisches Gemüse tut gut – vor allem, wenn es regional ist, und gerne
94 auch bio. Unsere Kinder haben dasselbe verdient. Ein Bürgerrat auf Bundesebene
95 ist übrigens bereits zu demselben Schluss gekommen. Darüber hinaus soll der
96 Freistaat Bayern ein Förderprogramm auflegen, in dem er kleine und mittelere
97 Unternehmen unterstützt, in ihren Kantinen leichter ein vergünstigtes
98 Mittagessen aus bayerischen Zutaten anbieten können.

99 Wir GRÜNE sind überzeugt: Aus kleinen Erfolgen wie diesen wächst Zuversicht neu.
100 Und aus kleinen Erfolgen wachsen große. Bringen wir Bayern im 21. Jahrhundert
101 wieder dorthin, wo es hingehört: an die Weltspitze.

Unterstützer*innen

Alexander Rohde (KV Freyung-Grafenau), Viola Grießhammer (KV Ansbach), Philipp
Schwertner (KV Ansbach)

FO1 Ergänzung Präambel in Finanzordnung

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 16.09.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Satzung & Statute

1 Ergänzen noch vor Absatz A:

2 "Dabei orientieren wir uns an den drei Prinzipien Zukunftsfähigkeit,
3 Fokussierung/Zielorientierung sowie Subsidiarität/Solidität. Unter
4 Zukunftsfähigkeit verstehen wir Nachhaltigkeit im Umgang mit den
5 Haushaltsmitteln der Partei. Das bedeutet für uns Grüne in Bayern, dass wir Geld
6 bevorzugt dort ausgeben, wo eine dauerhafte Verbreiterung unserer Basis zu
7 erwarten ist. Daraus ergibt sich der Leitsatz, dass wir Investitionen und
8 Strukturaufbau vor unbefristeten, laufenden Zuwendungen ohne nachhaltige
9 Perspektive bevorzugen. Dazu gehört auch, die Erhaltung angemessener Rücklagen
10 für die Zukunft sicherzustellen. Unter Fokussierung und Zielorientierung
11 verstehen wir, dass Haushaltsmittel erst dann verplant werden, wenn ein klares
12 und realistisches Ziel formuliert ist, wie grüne politische Ziele vorangebracht
13 werden oder wie unsere institutionelle Basis verbreitert werden kann. Dabei
14 wollen wir die Mittel eher auf durchschlagskräftige Projekte konzentrieren als
15 großflächig jeweils kleinere Summen zu verteilen. Subsidiarität bedeutet für den
16 Umgang der unterschiedlichen Gliederungen miteinander, dass jede Gliederung
17 anstrebt, mit den eigenen Finanzmitteln auszukommen und somit Verantwortung für
18 die eigenen Haushalte übernimmt (=> Strukturaufbau). Gleichzeitig sind wir eine
19 solidarische Partei. Dabei ersuchen wir die Solidarität einer gleichgestellten
20 oder ober- bzw. übergeordneten Gliederung erst, wenn eine bedeutende
21 Verschiebung der Rahmenbedingungen eintritt oder wesentliche neue Aufgaben
22 hinzukommen und die eigenen Spielräume ausgeschöpft sind."

Begründung

erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

Friederike Scholl (KV Bamberg-Stadt), Viola Grießhammer (KV Ansbach)

KW1 Dein Ort wird schöner mit dir. Dafür stehen wir GRÜNE bei der Kommunalwahl 2026 in Bayern.

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 16.09.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 6 Kommunalwahl 2026

1 Unser Zuhause ist der Ort, an dem wir zusammen die Dinge zum Besseren gestalten
2 können. Das wollen wir Grüne tun – gemeinsam mit dir. Lass uns bewahren, was wir
3 lieben. Und lass uns behutsam verändern, was nicht mehr funktioniert. Gemeinsam
4 schaffen wir viel, gemeinsam kommen wir gut durch diese herausfordernde Zeit.
5 Das zeigen wir Grüne überall dort, wo wir Verantwortung übernehmen, ob in den
6 Räten, in den Rathäusern oder Landratsämtern.

7 Hier halten wir das Geld im Ort durch regionale Landwirtschaft und
8 Handwerksbetriebe und durch lokale erneuerbare Energieerzeugung.
9 Hier halten wir die Menschen zusammen durch faire Bildungschancen, bezahlbaren
10 Wohnraum und verlässliche Gesundheitsversorgung.
11 Hier gestalten wir ein gleichberechtigtes Leben durch klimafreundliche und
12 flexible Mobilität und durch Transparenz und Beteiligungsmöglichkeiten in der
13 Politik vor Ort.
14 Lass uns gemeinsam unsere Städte, Gemeinden und Dörfer sozial, wirtschaftlich
15 und ökologisch fit machen für eine gute, lebenswerte Zukunft.

16 **Unsere Themenschwerpunkte**

17 **Für ein starkes Miteinander.**

18 Lebendige, grüne Plätze und Ortskerne mit hoher Aufenthaltsqualität für alle
19 Altersgruppen stärken das Miteinander im Ort. Der Zusammenhalt wächst da, wo
20 Menschen sich gleichberechtigt begegnen, Generationen zusammenleben, Wohnraum –
21 auch barrierefreier – bezahlbar ist und der Dorfladen gleich mitgeplant wird. Wo
22 immer ein Wirtshaus in Gefahr ist, werden wir Grüne uns für seine Rettung
23 einsetzen, denn Treffpunkte wie diese brauchen wir dringend, um die Spaltung in
24 unserer Gesellschaft zu überwinden. Wir möchten Orte und Quartiere für und mit
25 den Menschen gestalten. Orte, an denen alle gut zusammenleben können. Zentral
26 für ein gutes Leben ist für uns die Förderung von Kunst und Kultur. Sie schaffen
27 Identität, kreative Freiheit und bieten ungeahnte Entfaltungsmöglichkeiten.
28 Wir setzen uns ein für die Stärkung und Anerkennung des Ehrenamts und

29 unterstützen die Aktiven in den Vereinen.
30 Verfolgte Menschen, die fliehen mussten und bei uns Schutz suchen, nehmen wir
31 auf und schaffen dafür die notwendigen Strukturen. Gute Migrationspolitik vor Ort
32 braucht aber auch mehr Geld vom Land und vom Bund sowie ausreichend und gut
33 besetzte Verwaltungsstrukturen. Nur so kann die Integration vor Ort gelingen,
34 sei es in der Kita, in der Schule oder im Arbeitsleben.
35 Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der Vielfalt einen festen Platz hat und
36 jede*r vor Ort mitgestaltet, egal ob sechzehn oder sechsundsiebzig, ob
37 bayerisches Urgestein oder erst seit kurzem im Land.

38 **Für mehr Frauen in Verantwortung.**

39 Der 8. März ist Wahltag und er ist Weltfrauentag. Nehmen wir die Kommunalwahl
40 2026 zum Anlass, ein deutliches Zeichen für mehr Frauen und mehr Vielfalt in der
41 Kommunalpolitik zu setzen.

42 Gute Kommunalpolitik braucht mehr Frauen im Mandat. Denn Frauen haben einen
43 anderen Blick auf Arbeitswege, Pflege, Kinderbetreuung, Architektur, Nahverkehr,
44 Fuß- und Radwege, Aufenthaltsqualität öffentlicher Räume, Freizeiteinrichtungen,
45 Vereinsleben, Ehrenamt Mehr Frauen im Mandat sind deshalb ein Gewinn für
46 jeden Ort.

47 Wir Grüne fordern nicht nur die Hälfte der Macht den Frauen, wir leben es auch.
48 Schon jetzt haben Frauen 50 % der grünen Mandate in den Gemeinderäten Bayerns
49 inne. Bayernweit liegt der Frauenanteil in den Gemeinderäten dagegen bei nur 22
50 %. Bei der CSU sind es sogar mit 20 % noch weniger. Das ist beschämend.
51 Wir Grüne stehen ein für ein gleichberechtigtes Miteinander, das
52 unterschiedliche Lebensperspektiven in all ihrer Vielfalt einbezieht und Frauen
53 ermöglicht, aktiv im Mandat mitzugestalten.

54 **Für Vielfalt beim Wohnen.**

55 Wir Grüne kämpfen für mehr bezahlbaren Wohnraum, denn daran fehlt es in immer
56 mehr Orten in Bayern. Wir Grüne nehmen dabei die zentrale Rolle der Kommunen
57 ernst und setzen uns vor Ort für die richtigen politischen Rahmenbedingungen
58 ein. Dort, wo wir in der Kommune neues Baurecht ermöglichen, führen wir eine
59 Soziale Bodennutzung ein, schaffen Sozialwohnungen und Belegungsrechte oder
60 setzen auf Konzeptausschreibungen wie Genossenschafts- oder
61 Einheimischenmodelle. So können junge und alte Menschen auch in
62 Wachstumsregionen am Ort bleiben. So entsteht Wohnraum, der so vielfältig ist,
63 wie die Menschen, die darin wohnen.

64 Wir fördern zuerst die Entwicklung im Inneren der Ortskerne, indem wir
65 Brachflächen erschließen und Leerstand beleben. Das macht unsere Orte

66

67 attraktiver und reduziert den Flächenverbrauch. So behalten unsere Orte ihr
68 Gesicht und die Menschen ein Stück Heimat. Maßvolle Nachverdichtung in
Ballungsgebieten spart ebenfalls Flächen und erhält kühlendes Grün.

69 Unsere Idee vom Wohnen vereint ökologische und soziale Nachhaltigkeit. Wie wir
70 bauen und sanieren ist eine Schlüsselfrage auf dem Weg zu einer klimastabilen
71 Gesellschaft, in der alle gut leben können. Wir unterstützen kostengünstige,
72 nachhaltige, inklusive oder experimentelle Wohn- und Arbeitsformen in Städten
73 ebenso wie in alten Ortskernen oder in alten Bauernhäusern auf dem Land. Wir
74 brauchen mehr flexiblen Wohnraum, der sich an die unterschiedlichen Bedürfnisse
75 unserer Lebensphasen anpasst – junge Familien haben andere Bedürfnisse als
76 ältere Menschen. Viele Menschen sind erfinderisch, gemeinwohlorientiert und
77 wollen ihr Lebens- und Wohnumfeld aktiv mitgestalten. Wir Grüne schaffen dafür
78 die Möglichkeit, indem wir neue Wohnmodelle zulassen oder passende Grundstücke
79 zur Verfügung stellen.

80 **Für verlässliche Bildung und entspannte Familien.**

81 Jedes Kind verdient gleichwertige Bildungschancen, unabhängig vom Einkommen der
82 Eltern – und unabhängig von der Haushaltslage seines Heimatorts. Wir machen
83 Schluss mit maroden Schulgebäuden, veralteter Infrastruktur oder ständigen
84 Betreuungsausfällen. Kommunen brauchen mehr Geld für die Erfüllung ihre stetig
85 wachsende Bildungsaufgaben und für notwendige Investitionen in Schul- und
86 Kindergartengebäude. Und sie brauchen mehr Fachpersonal, um ihre Einrichtungen
87 zu betreiben.

88 Denn damit jedes Kind mit den gleichen Chancen ins Leben startet, braucht es
89 eine gute, verlässliche Kinderbetreuung vor Ort sowie moderne, gut ausgestattete
90 Schulen. Dazu gehört auch die feste Einrichtung von Schulsozialarbeit an jeder
91 Schule.

92 Für Eltern und besonders für Mütter erleichtert eine qualitativ hochwertige und
93 verlässliche Ganztagsbetreuung der Kinder die Gleichberechtigung und
94 Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt. So gelingt es, stressfrei und ohne
95 Gewissensbisse Familie und Beruf zu vereinbaren.

96 **Für ein Wirtschaften mit Zukunft.**

97 Wir Grüne sind die treibende Kraft für die Zukunftssicherung unserer lokalen
98 Wirtschaft. Wir schaffen ein innovationsfreundliches Umfeld: effektiv,
99 bürokratiearm, nachhaltig. Wir stärken die regionale Wertschöpfung und arbeiten
100 interkommunal zusammen. Wir machen unsere Städte und Gemeinden attraktiv für den
101 Zuzug von Fachkräften: durch bezahlbaren Wohnraum, Weltoffenheit und eine gute
102 Kinderbetreuung. Wir treiben den Ausbau der digitalen Infrastruktur voran und
103 unterstützen den Umbau zu klimaneutralen und ressourcenschonenden Technologien,
104 wo wir nur können – für unsere Unternehmen, für unser Handwerk und für die
105 Menschen, die hier arbeiten und leben.

106 Wir Grüne in Verantwortung sorgen dafür, dass die Kommunen selbst Vorreiterinnen
107 sind für den Wandel hin zu einem nachhaltigen und fairen Wirtschaften mit
108 Zukunft. Deutschlandweit vergeben Kommunen Aufträge im Wert von 500 Milliarden
109 Euro. Mit der konsequenten Umsetzung einer nachhaltigen Auftragsvergabe geben
110 Kommunen Unternehmen und Handwerk Planungssicherheit. Wir verstehen
111 Wirtschaftsförderung als Zukunftsgestaltung mit dem Ziel: Bayern wird
112 Weltmarktführerin im Klimaschutz. Und das beginnt hier, bei uns vor Ort.
113 Wir schaffen gute, verlässliche Voraussetzungen für neue Nachhaltigkeitsangebote
114 von Unternehmen. Erprobte Maßnahmen sind Solarkataster, Wärmeplanung, Fairtrade-
115 Förderung, interkommunales Flächenmanagement, Sharing-Mobility oder CO2-
116 Bilanzierung für ortsansässige Unternehmen.
117 Wir unterstützen Unternehmen dabei, neue ressourcenschonende und
118 klimafreundliche Produkte und Dienstleistungen auf dem Markt zu bringen. Neben
119 lokalen Vermarktungsstrukturen sollen regionale Produkte auch vermehrt online zu
120 kaufen sein. Eigene Lieferdienste stärken dabei künftig den örtlichen
121 Einzelhandel mit seinen regionalen Produkten. So schaffen wir neue
122 Einnahmequellen, neue Arbeitsplätze und sichern zugleich die Nahversorgung für
123 die Menschen am Ort.

124 **Für Energie vor Ort.**

125 Wir Grüne sorgen dafür, dass die lokalen Unternehmen ebenso wie die Bürger*innen
126 verlässlich, unabhängig und sicher mit billiger Energie aus Wind und Sonne
127 versorgt sind. So schützen wir unsere Wirtschaft und unser Klima. Wir schaffen
128 vor Ort den Rahmen, damit unsere Energie möglichst effizient und dezentral
129 erzeugt wird. Denn ein System aus vielen kleineren Anlagen ist krisenfester als
130 das alte Energiesystem mit seinen teuren und gefährlichen Großkraftwerken.
131 Mit dezentralen Anlagen bleibt das Geld bei uns im Ort. Vom privaten
132 Balkonkraftwerk bis zur Agri-Photovoltaikanlage, die den Landwirt*innen
133 zusätzliche Einnahmen ermöglicht. Von der Geothermie bis zur Solar- oder
134 Windenergie mit Beteiligung von Bürgerenergiegenossenschaften: Bei der
135 Energiewende vor Ort kann jede*r mitwirken und alle profitieren. Wir wollen alle
136 Bürger*innen zu Energiegewinner*innen machen – ob über einen reduzierten
137 Strompreis, Selbsteinspeisung oder als Anteilseigner*in an der Windkraftanlage
138 vor dem Dorf. Auch die Kommunen selbst sollen von der Erzeugung Erneuerbarer
139 Energien durch Windräder, Photovoltaik usw. über die Gewerbesteuer hinaus
140 mittels eines „Energiegewinner-Bonus“ profitieren. Dann finanzieren die
141 Windräder am Ort indirekt einen Teil des Schwimmbads.

142 **Unser aller Wärmebedarf verursacht mehr als die Hälfte des gesamten**
143 **Endenergieverbrauchs.** Wir Grüne helfen den Bürger*innen, unabhängig zu werden
144 von teurer Wärmeenergie aus fossilen Energiequellen. Dafür treiben wir die
145 kommunalen Wärmeplanung voran. Sie gibt die notwendige Orientierung für
146 Investitionsentscheidungen, identifiziert die wirtschaftlichste
147 Wärmeversorgungsart und schafft so Planungssicherheit. Wo möglich schaffen wir
148 Nahwärmeversorgungsnetze. Wir setzen uns ein für eine kostenfreie Erstberatung

149 zu Energiefragen und Fördermöglichkeiten, um alle Bürger*innen beim
150 klimafreundlichen und wirtschaftlichen Heizungstausch zu unterstützen.

151 **Für die Mobilität der Zukunft: zuverlässig, bequem, billig.**

152 Mobilität ist Lebensqualität. Wir Grüne gestalten sie zuverlässig, bequem,
153 bezahlbar und mit dem Ziel: klimaneutral. Der Weg: Vernetzte Mobilitätskonzepte,
154 die auf dem Land und in der Stadt unterschiedlich sind, aber für alle einfach
155 funktionieren – für Jung und Alt, für Berufstätige, Familien und
156 Ausflügler*innen und für Menschen mit und ohne Beeinträchtigung. Dazu schaffen
157 wir mehr sichere und attraktive Fußwege auf Alltagsstrecken, mehr Radwege und
158 Schnell-Radwege, eine belastbare E-Lade-Infrastruktur, mehr Sharing-Angebote und
159 Mobilitätsstationen. Gerade auch auf dem Land setzen wir uns ein für den Ausbau
160 des barrierefreien öffentlichen Nahverkehrs, schaffen mit Überlandbussen
161 Anbindungen an die Mittelzentren oder fördern On-Demand-Angebote. Denn im Fokus
162 steht eine Mobilitätsinfrastruktur, die sich an den unterschiedlichen
163 Bedürfnissen der Menschen orientiert, die Eigenständigkeit ermöglicht mit und
164 ohne Führerschein oder Auto. Wir befreien die Menschen vom Autozwang.
165 Gleichzeitig wird das Auto vor allem auf dem Land ein zentrales Verkehrsmittel
166 bleiben – und künftig ein E-Auto sein.

167 Wir Grüne verpflichten uns der „Vision Zero“, also dem Ziel, keine Verkehrstoten
168 mehr in keinem Ort, in keiner Familie. Wir gestalten den Mobilitätsmix so, dass
169 die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer*innen gewährleistet ist. Fußgänger*innen
170 und Radfahrer*innen denken wir bei jeder Wegeplanung mit. So schaffen wir einen
171 Mehrwert für alle. Auf dem Land, in der Stadt und überall dazwischen.

172 **Für Weitsicht in der Klimakrise.**

173 Wir spüren: Die Klimakrise hat uns erreicht. Hitzetage nehmen zu, ebenso
174 Extremwetterereignisse mit Hagel, Sturm und Starkregen. Extreme Hitze ist
175 besonders für die Gesundheit der Kleinsten und der Ältesten unter uns eine
176 Gefahr.

177 Wir fordern ein Hitze- und Regenmanagement in unseren Orten.
178 Wir müssen unsere Orte und Städte so umbauen, versiegelte Flächen so
179 zurückbauen, dass sie möglichst viel Wasser direkt vor Ort aufnehmen und
180 speichern können. So schützen wir unser Hab und Gut in Zeiten der Klimakrise vor
181 Überflutungen.

182 Wir brauchen dringend mehr schattenspendende, hitzeresistente Bäume, vernetzte
183 Grünflächen und Frischluftschneisen, offene Wasserflächen, Fassaden- und
184 Dachbegrünung, aber auch Trinkbrunnen und schattige Bänke auf öffentlichen
185 Plätzen. So schaffen wir ganz nebenbei auch schöne Orte, die zum Verweilen und
186

Begegnen einladen – für ein lebendiges Miteinander.

187 **Für Land, das Leben schafft.**

188 Vielfältige Landschaften und lebendige Böden sind unser aller Lebensgrundlage.
189 Hier bauen Landwirt*innen unsere Lebensmittel an. Hier versickert Regen und
190 entsteht unser klares Trinkwasser, hier speichern Moore CO₂. Der Wald kühlt und
191 reinigt unsere Luft, Auenlandschaften schützen uns vor Überflutungen. Hier leben
192 die meisten Tiere und Pflanzen, von der Wildbiene bis zum Enzian.

193 Wir Grüne gehen sparsam mit unseren Wiesen und Äckern um, denn sie sind zu
194 kostbar, um sie leichtfertig unter Beton und Asphalt zu vergraben. In Bayern
195 gehen täglich rund 10 Hektar wertvoller Boden durch Bebauung verloren. Diesem
196 ungezügelter Flächenfraß stellen wir uns entgegen. Er zerstört die Umwelt,
197 unsere Artenvielfalt, sie nimmt der Landwirtschaft die Existenzgrundlage und hat
198 massive Auswirkungen auf unsere Landschaft. Bayernweit fordern wir, den
199 Flächenverbrauch auf maximal 5 Hektar am Tag zu begrenzen. Vor Ort prüfen wir
200 alle Bebauungspläne auf ihr Flächensparpotenzial und Entsiegelungsmöglichkeiten.

201 **Für beste Gesundheit und wohnortnahe Pflege.**

202 Gesundheit ist das Wichtigste, damit wir unser Leben genießen können. Wir Grüne
203 setzen auf Haus- und Fachärzt*innen am Wohnort und eine optimale
204 Gesundheitsversorgung auf höchstem Niveau in Reichweite. Haus-, Kinder- und
205 Fachärzt*innen wollen wir vor Ort halten und zusätzlich neue gewinnen. Dafür
206 schaffen wir in unseren Orten mehr Praxisräume, Gemeinschaftspraxen und ärztlich
207 geführte medizinische Versorgungszentren. Wir verbessern und verschränken die
208 ambulante und stationäre Versorgung und bauen Pflegeplätze aus. Auch Hebammen
209 müssen in Land und Stadt schnell vor Ort sein können. Krankenhäuser stattdessen
210 mit genug Geld aus und ermöglichen Spezialisierungen für beste Qualität. So
211 gewährleisten wir ganz konkret die medizinische Versorgungssicherheit auf dem
212 Land und in Ballungsgebieten.

213 **Für eine Politik, die dich hört.**

214 Unsere ehrenamtlichen Rät*innen treten an, um dir zuzuhören. Wir beteiligen alle
215 interessierten Bürger*innen an unserer Ratsarbeit. Wir stehen in regelmäßigen
216 Stammtischen und Sprechstunden gerne Rede und Antwort. In unserer Kommune führen
217 wir die Jugendbeteiligung fort oder führen sie endlich ein. Alle Jugendlichen in
218 jeder Kommune haben ein Jugendforum oder Jugendparlament oder andere
219 Beteiligungsformen verdient – das ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Wir
220 nehmen die Jugend ernst und geben ihr auch Geld für ihre selbst festgelegten
221 Ideen und Projekte. Alle Bürger*innen der Gemeinde wollen wir mehr beteiligen.
222 Bürgerversammlungen sollen Ideen der Bürger*innen mehr berücksichtigen. Wir
223

224 stärken Bürgerforen oder Bürgerräte wie Beiräte für Menschen mit Behinderungen
225 und Senior*innen. Selbstverständlich ist für uns der transparente Zugang zu
226 Ratsprotokollen und Beschlüssen.
227 Wir stehen für eine Debattenkultur des Miteinander und stellen uns gegen
228 Ausgrenzung und Anfeindungen. Unser Ziel ist es, die Menschen vor Ort unabhängig
229 von sozialer Herkunft, Alter, Geschlecht, Ausbildung, Migrationsgeschichte und
230 körperlicher Beeinträchtigung zu aktiven Gestalter*innen ihrer Heimat zumachen.
231 Denn jeder Blickwinkel ist wichtig und braucht Raum. Nur so bleibt unsere
Demokratie stark und lebendig.

Begründung

Mehr Grün – gut für Bayerns Kommunen

Seit genau 40 Jahren engagieren sich GRÜNE überall in Bayern als kompetente und erfahrene Kommunalpolitiker*innen – in den Stadträten, Gemeinderäten, Kreistagen, als Bürgermeister*innen und Landrät*innen. Mit uns ist Bayern auf einem guten und sicheren Zukunftskurs – mit und für die Menschen.

Diese Leitlinien unterstützen euch kommunalpolitisch Aktiven bei der Erarbeitung eures ganz eigenen und ortsspezifischen Kommunalwahlprogramms für 2026. Sie enthalten beispielhafte Texte zu wichtigen grünen kommunalpolitischen Themenfeldern, entwerfen ein Bild für ein gutes Leben für alle vor Ort, jetzt und in Zukunft. Nutzt die Leitlinien gerne als Ideengeberin, entnehmt für euch passende Satzbausteine oder orientiert euch an Tonalität und Einfachheit der Sprache. Und denkt daran, weniger ist manchmal mehr. Bei welchen Themenfeldern setzt ihr euren Schwerpunkt, wofür steht ihr ganz konkret, was wird mit euch im Rat besser für eure Mitbürgerinnen und -bürger. Gebt darauf eure ganz spezifische Antwort in euren Wahlprogrammen.

Grundsätzlich gilt: Unsere grüne Kommunalpolitik ist nah an den Menschen, sie nimmt ihre Sorgen und Wünsche ernst, sie bietet Lösungen an und sorgt für ein gutes Zusammenleben in einer intakten Umwelt. Jetzt und hier.

S1 Vielfalt in der Präambel

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 16.09.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Satzung & Statute

1 Ergänze in der Präambel Passagen zum Thema Vielfalt (Änderungen unterstrichen):

2 "BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Bayern verstehen sich als ökologisch, sozial,
3 vielfältig, basisdemokratisch und gewaltfrei. Ihr oberstes Ziel ist es, das
4 Leben zu schützen und seine Entfaltung zu fördern. Dies geschieht insbesondere
5 in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen.

6 Die Offenheit zum Gespräch mit allen Personen oder Gruppen gehört zum
7 Selbstverständnis von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die unterschiedlichen Motive des
8 jeweiligen Engagements werden anerkannt und toleriert, um die Offenheit,
9 Lebensnähe und Vielfalt der grünen politischen Alternative zu erhalten.

10 Ein wesentliches Ziel ist die Verwirklichung der Rechte und Interessen von
11 Frauen und die Stärkung gleichberechtigter Teilhabe von Menschen mit
12 Vielfaltsmerkmalen. Frauen sind Personen, die sich als solche definieren.
13 Menschen mit Vielfaltsmerkmalen sind Personen, die in Bezug auf ihr Geschlecht,
14 eine rassistische, antisemitische oder antiziganistische Zuschreibung, ihre
15 Religion und Weltanschauung, eine Behinderung oder Erkrankung, ihr Lebensalter,
16 ihre Sprache, ihre sexuelle Orientierung oder geschlechtliche Identität, ihren
17 sozialen Status, ihre Herkunft oder jede andere, abwertende Zuschreibung
18 diskriminiert werden. Frauen und alle Mitglieder bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
19 wissen, dass sich eine Veränderung durch das bloße Hoffen auf gute Vorsätze
20 nicht erreichen lässt. Veränderungen müssen auf vielen Ebenen ansetzen. Ein
21 Ansatz sind das Grüne Frauenstatut mit der darin verankerten Quotierung der
22 Ämter und Mandate sowie das Grüne Vielfaltsstatut. Wir unterscheiden für
23 Gremienbesetzungen, Redelisten und Wahllisten generell in Frauenplätze (für
24 alle, die sich als Frauen definieren) und offene Plätze, die allen Menschen
25 unabhängig von ihrer Geschlechtsidentität offenstehen, also auch trans*-, inter-
26 und non-binären Personen. Diese Maßnahmen sind ein Weg, die Interessen von
27 Frauen zu verwirklichen und gleichzeitig die geschlechtliche Vielfalt
28 abzubilden. Das Ziel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist, dass alle Mitglieder in
29 allen Lebensbereichen über ihre Interessen selbst bestimmen. Ein weiteres Ziel
30 ist die Repräsentation von diskriminierten Gruppen mindestens gemäß ihrem
31 gesellschaftlichen Anteil auf allen Ebenen der Partei zu erreichen.

32 Die Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Bayern sind überzeugt, dass es zur
33 Durchsetzung ihrer politischen Ziele einer Organisation bedarf, die sich an
34 Wahlen beteiligt und in Parlamenten vertreten ist. Sie betrachten ihre
35 Beteiligung an Wahlen aber nur als ein Mittel unter anderen zur Durchsetzung
36 ihrer Ziele.

37 Das Frauenstatut, das Vielfaltsstatut und die Urabstimmungsordnung sind
38 Bestandteil der Satzung.

Begründung

Ziel der Ergänzungen zur Präambel ist die Harmonisierung der Landessatzung mit dem Vielfaltsstatut. Obgleich das Bayerische Vielfaltsstatut seit fast drei Jahren in Kraft ist, enthält die Landessatzung noch keinen ausreichenden Verweis auf das Vielfaltsstatut und die vielfältige Ausrichtung der Partei. Das wäre aber allein schon aufgrund der Spiegelbildlichkeit zum Frauenstatut angezeigt. Diese Lücke soll mit der Satzungsänderung geschlossen werden. Die eingefügten Stellen, betonen das Selbstverständnis als vielfältige Partei und ergänzen die parteilichen Zielbestimmungen um den Aspekt der Vielfaltsstärkung. Der Begriff der Vielfalt wird zudem klar definiert.

Unterstützer*innen

Michael Sasse (KV Rosenheim), Alexander Rohde (KV Freyung-Grafenau), Julia Probst (KV Neu-Ulm)

S2 Vielfalt im Landesvorstand

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 16.09.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Satzung & Statute

1 In §19,1 nach Aufzählung der bisherigen Vorstandspositionen ergänzen:

2 "Die Landesversammlung wählt aus den gewählten Mitgliedern des Landesvorstands
3 eine*n vielfaltspolitische*n Sprecher*in."

Begründung

Auf der LDK im Januar 2024 wurde der Landesvorstand beauftragt, gemeinsam mit dem Landesausschuss, der LAG Integration, Flucht, Migration, der LAG Frauen und Gleichstellungspolitik, der LAG Queer.Grün.Bayern, der LAG Inklusion und Behindertenpolitik, der LAG Gesundheit und Soziales, der LAG Bildung, der LAG SilberGrüne und BuntGrün einen Satzungsentwurf zu erarbeiten, wie wir die Zuständigkeit für das Thema „Vielfalt“ adäquat bei einer Person im Landesvorstand verankert werden kann.

Deshalb wurde unter der Federführung der Frauenpolitischen Sprecherin, die auch das Thema Vielfalt im Landesvorstand bearbeitet, ein Runder Tisch ins Leben gerufen. Dieser tagte zwischen April und Juli 2024 drei Mal. Teilnehmer*innen waren Stellvertretungen der genannten Teilgruppierungen und weitere Einzelpersonen.

Die Einführung einer zusätzlichen Sprecher*innenrolle – vielfaltspolitische Sprecher*in – ist das Ergebnis dieses Runden Tisches. Eine feste Verankerung bei einem bereits bestehenden Vorstandsamt erschien in der Abwägung unpassend. So steht die Bewerbung um die zusätzliche Sprecher*innenrolle allen Mitgliedern des Landesvorstandes, unabhängig von ihrem Geschlecht, offen. Bewerbungen von Menschen mit Vielfaltsmerkmalen werden im Sinne von § 3 Abs. 3 Vielfaltsstatut in besonderem Maße gefördert. Der Posten des*der vielfaltspolitischen Sprecher*in wird von der Landesversammlung aus der Mitte des Landesvorstandes gewählt.

Unterstützer*innen

Michael Sasse (KV Rosenheim), Frank Dürsch (KV München), Alexander Rohde (KV Freyung-Grafenau), Julia Probst (KV Neu-Ulm), Adelheid Horneber (KV Ansbach), Viola Grießhammer (KV Ansbach), Karin Scherer (KV Erlangen-Land), Siegbert Steidl (KV Erlangen-Land), Philipp Schwertner (KV Ansbach)

S3 Kurzbezeichnung

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 16.09.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Satzung & Statute

1 In §1,1 Satz 1 ergänzen "..., die Kurzbezeichnung lautet GRÜNE Bayern."

Begründung

Auch in der Kurzform wollen wir präzise und erkennbar sein, deshalb diese Klarstellung.

Unterstützer*innen

Philipp Schwertner (KV Ansbach)

S4 Rechte und Pflichten des Mitglieds

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 16.09.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Satzung & Statute

- 1 In §4,3 Streiche "an Wahlen teilzunehmen" und ersetze durch "zu wählen und
2 gewählt zu werden"

Begründung

Hiermit erfolgt eine Klarstellung der Rechte des Mitglieds.

Unterstützer*innen

Philipp Schwertner (KV Ansbach)

S5 Zuständigkeit an Landesschiedsgericht verweisen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 16.09.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Satzung & Statute

- 1 In § 5,3 Satz 2: Streiche "Kreisschiedsgericht" und ersetze durch
- 2 "Landesschiedsgericht"

Begründung

Hiermit entlasten wir Kreisschiedsgerichte. Überdies vermeiden wir Befangenheiten bei der Behandlung dieser Fälle vor Ort.

S6 Ausschluss durch Landesschiedsgericht

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 16.09.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Satzung & Statute

- 1 In §5,4 Satz 1: Streiche "Kreisschiedsgericht" und ersetze durch
- 2 "Landesschiedsgericht"

Begründung

Damit führen wir die Änderung in §5,3 konsequent fort und belassen die Zuständigkeit beim Landesschiedsgericht.

S7 Zuständigkeit Bezirksdelegiertenwahlen ergänzen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 16.09.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Satzung & Statute

¹ In §8,2 ergänzen "Bezirks-, Bundes- und Landesversammlungen"

Begründung

Diese Zuständigkeit ist bislang nicht aufgeführt, liegt aber auf der Kreisebene.

Unterstützer*innen

Alexander Rohde (KV Freyung-Grafenau)

S8 Zusammensetzung Kreisvorstand

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 16.09.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Satzung & Statute

- 1 In §9,6 Satz 1 ändern "Der Kreisvorstand besteht aus mindestens drei Personen:
- 2 Zwei Sprecher*innen, darunter mindestes eine Frau, und dem*der
- 3 Schatzmeister*in."

Begründung

Mit dieser Änderung schaffen wir Klarheit, erfüllen das Frauenstatut und bleiben konform mit dem Parteiengesetz. Die Funktion der Schriftführung übernimmt in vielen Gliederungen mittlerweile ein*e Beisitzer*in. Und relevant für die Führung des Kreisverbands sind die beiden Sprecher*innen sowie der*die Schatzmeister*in. Deshalb auch hier eine Klarstellung, die auch für Kreisverbände ohne eigene Satzung klare Vorgaben macht.

S9 Weitere Vorstandsämter

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 16.09.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Satzung & Statute

- 1 In §19,8 diesen Satz 2 ergänzen: "Ausgenommen davon sind Ortsverbands- und
2 Kreisverbands-Ebene."

Begründung

Wir wollen damit die Strukturen in kleineren KVen und OVen stärken. Denn mit der Möglichkeit, dass Vorstandsmitglieder, die aus kleinen KVen kommen oder bislang in ihren OVen eine Vorstandsposition innehatten, bleiben diese Strukturen erhalten. Es darf nicht sein, dass Vorstände in kleineren Gliederungen deswegen Probleme bekommen, einen kompletten und quotierten Vorstand zu halten, "nur" weil jemand in den Landesvorstand gewählt wird. Das soll vermieden werden. Dass jedes Landesvorstandsmitglied hinsichtlich mehrfacher Vorstandstätigkeiten das eigene Arbeitspensum abschätzen muss, bleibt davon unbenommen.

TO1 neu Vorschlag zur Tagesordnung (neu)

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 07.10.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 1 Eröffnung & Formalia

1 Samstag, 11:00-21:00 Uhr (inkl. Pause)

2 TOP 1 Eröffnung & Formalia

3 TOP 2 Politische Rede & Debatte

4 TOP 3 Bayern verdient Zuversicht

5 TOP 4 Satzung & Statute

6 TOP 5 Gremienwahlen

7 TOP 6 Kommunalwahl 2026

8 TOP 7 Anträge

9 Sonntag, 10:30-14:00 Uhr

10 TOP 8 Deutschland verdient Zuversicht

11 Fortsetzung TOP 7 Anträge

12 TOP 9 Haushalt

13 TOP 10 Verabschiedung

Begründung

Der Tagesordnungspunkt Anträge wird vorgezogen, um am Samstag-Abend die Anträge zur Migration gesammelt beraten zu können. Voraussichtliches Ende am Samstag ist für 21 Uhr geplant.

Die Behandlung der weiteren Anträge bleibt für den Sonntag vorgesehen.

Der TOP 8 wurde redaktionell umbenannt (vorher: Bundestagswahl 2025).